

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Mittwoch, den 19. Juni 1907.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

## Die Kolonialpolitik als Kulturgefahr.

I.

Soeben ist im Verlage der „Leipziger Volksztg.“ eine umfangreichere Schrift des Genossen Parvus über die Kolonialpolitik erschienen. Diese Schrift erscheint gerade zur rechten Zeit. Haben wir es doch nicht nur erleben müssen, daß ein politischer Eingänger wie Calver direkt eine Lanze für die Kolonialpolitik gebrochen hat, sondern daß kürzlich auch Genosse Hue in einer Wochenchrift eine „positive“ Stellungnahme der Partei zur deutschen Kolonialpolitik empfahl und von den kulturellen Aufgaben der Kolonialpolitik sprach. Die ausgezeichnete Arbeit des Genossen Parvus dürfte wohl den Erfolg haben, diesem Gemunkel von den „Kulturaufgaben“ der Kolonialpolitik ein für allemal innerhalb der deutschen Sozialdemokratie ein Ende zu machen. Führt doch Parvus den zwingenden Beweis, daß die moderne Kolonialpolitik, und zwar ganz speziell auch die deutsche Kolonialpolitik, nicht nur keinem Kulturinteresse im sozialistischen Sinne dient, sondern daß sie nicht einmal im Interesse der kapitalistischen Gesellschaftsordnung liegt. Nicht die Entwicklung der Industrie, die Volksvermehrung und materielle Hebung des Volkes bedingen die heutige Kolonialpolitik, sondern einzig die den Gesamtinteressen widerstrebenden Klasseninteressen einiger privilegierter Kapitalistenschichten: des Agrarierturns und des Börsenkapitals. Eine Expansion der Industrie, eine Hebung der Qualität der industriellen Produktion und die damit verbundene materielle und moralische Hebung des Proletariats könnte sehr leicht durch eine vernünftige Regelung des Handelsverkehrs zwischen den Industriestaaten untereinander herbeigeführt werden. Aber statt diesen Weg einzuschlagen, entfesseln keine Schichten des industriellen und agrarischen Unternehmertums einen wütenden Fokamp. Diese Hochschulzöllnererei zwingt England zum imperialistischen Zusammenschluß mit seinen Kolonien. Diese Bedrohung der deutschen Ausfuhr nach Großbritannien und seinen Kolonien aber treibt nun wiederum Deutschland auf der Bahn eines aberwitzigen Imperialismus vorwärts.

Und das Ende vom Liede? Selbst wenn es Deutschland gelingen sollte, unter den ungeheuerlichsten Opfern den Abzug nach seinen Kolonien erheblich zu steigern, so wäre an die Stelle der früher nach England usw. exportierten Qualitätsware, in der ein unüberhältnismäßig höherer Arbeitslohn steckt, die billige Massenware getreten. Statt der industriellen Höherentwicklung ein Herabsinken des industriellen Niveaus, wie es England infolge seiner prozentual gesteigerten Kolonialausfuhr bereits deutlich aufzuweisen hat. Mit diesem wirtschaftlichen Rückgang wäre notwendigerweise auch eine Stagnation der Arbeitslöhne verbunden. Und wird erst zu dieser weltpolitischen Degeneration des Kapitalismus die mongolische Konkurrenz der sich kapitalistisch entwickelnden asiatischen Staaten treten, so wäre damit das Los der europäisch-kapitalistischen Kultur vollends besiegelt.

Bevor wir diese Gedankengänge, der Broschüre folgend, eingehender darlegen, möchten wir des Kapitels gedenken, in dem Parvus, gleichsam als an einer Stichprobe, die „koloniale Kulturarbeit“ der modernen Kolonialpolitik erweist. Man sollte es zwar für unmöglich halten, daß es nach der Enthüllung so unzähliger Kolonialskandale und dem Verlaufe des südwestafrikanischen Krieges für Sozialdemokraten noch eines solchen Beweises bedürfte, allein wir haben ja leider das Gegenteil erfahren müssen!

Die europäische Kulturarbeit in Südafrika war die Jahrhundertelang begnügte man sich in Afrika mit der Wildausbeute, mit Elefantenzähnen und Straußfedern. Dazu kam die Jagd auf Menschen, der Sklavenhandel. In Südafrika siedelten sich seit Mitte des 17. Jahrhunderts die Holländer an. Sie waren Viehzüchter, sie brauchten riesige Flächen Weidelandes und Eingeborene als Arbeitsflaven. Später kamen die Engländer, schließlich im Westen die Deutschen. Und jedesmal wiederholte sich in den Grundzügen der gleiche Kampf zwischen den europäischen Eindringlingen und den Eingeborenen. Die Eingeborenen mußten ihren Besitz gebracht und gleichzeitig bezimert werden. Man brauchte ja einmal ihr Land und zum zweiten die Arbeitskraft der Lebigen. Man verleitet sie also durch Angebot von Pulver, Schnaps und ockerhand wertlosen Kinkerlitzchen zur Verschleuderung ihres Besitzes und zum Schuldenmachen. Man gibt ihnen Feuerwaffen, um auch das Wild auszurotten und sie dadurch auch dieses Unterhaltsmittels zu berauben. Die Feuerwaffen haben überdies den Vorteil, die Kriege der Eingeborenen untereinander, wenn auch nicht häufiger, so doch blutiger zu machen. Sind durch diese schlaue Taktik die Eingeborenen hinlänglich geschwächt, so schreitet man auch vor der offenen Gewalttat, dem Raub- und Vernichtungskriege nicht zurück!

Die Vorgänge gerade in Deutsch-Südwestafrika bieten im Kleinen und historisch Bedrückten ein geradezu

klassisches Bild der Südafrika-Politik überhaupt. Nach Deutsch-Südwestafrika wurden Teile der von den Buren und Eingeborenen verstreuten Völkerstämme vertrieben. Schwabe, ein deutscher Kolonialoffizier, schildert die Dinge in seinem Buche: „Mit Pflug und Schwert in Südwestafrika“ folgendermaßen:

„Infolge der immer zahlreicher einwandernden Europäer und der Eroberung immer neuer Landstriche im Norden und Osten der Südspitze Afrikas wurden die ursprünglichen Besitzer des Landes, die Eingeborenen, immer mehr und mehr zurückgedrängt in entfernter liegende Gegenden. ... So sehen wir denn in der letzten Hälfte des 19. Jahrhunderts — hinausgedrängt aus seinen ursprünglichen, südlichen Wohnsitzen — ein trotziges Krieger- und Jägervolk, die Raman (Hottentotten) durch das südliche Eingangsgebiet am Orangefluß in unser heutiges Schutzgebiet stürmen, während von Norden her, begleitet von ungeheureren Horden, die Hereros oder Damaras, ein Hirtenvolk des Vantustammes, bereits nach Süden vorgeückt waren.“

Die beiden stammesfremden Völkerschaften lagen miteinander in Fehde. Die Hottentotten wurden dazu von weißen Händlern mit Feuerwaffen ausgerüstet, um den Hereros ihre Viehherden zu rauben. Freilich: So rasch wie es gekommen war, zerfiel das erbeutete Vieh wieder nach allen Himmelsrichtungen in die Hände der gierigen Händler, die dafür Pferde, Pulver und Blei zum nächsten Zuge lieferten.“

Nun kam die deutsche „Schuhherrschaft“. Die Ausbeute der Kolonie bestand hauptsächlich in der Viehlieferung nach den englischen Golddistrikten. „Das konnte nun entweder in der Weise geschehen, daß man sich in den Besitz der Viehherden der Eingeborenen setzte, oder daß man selbst Viehzucht trieb, zu welchem Zweck man aber den Grund und Boden dem Besitz der Eingeborenen entziehen mußte. In der einen wie der anderen Beziehung fanden die Deutschen aber bereits Konkurrenten vor, nämlich die Hottentotten, die, wie wir wissen, dies Geschäft auf eigenes Risiko besorgten. Die Hottentotten raubten den Hereros Vieh und Land. Sie betrachteten sich als die Herrscher im Lande, wenn sie auch diese Herrschaft nur in fortwährenden Kämpfen gegen die Hereros behaupten konnten. Um an Stelle der Hottentotten zu treten, mußten die Deutschen erst diese besiegen. Das war die Ursache des Krieges gegen Hendrik Witboi.“ (Parvus.)

Nach der Unterwerfung Hendrik Witbois wurde dann auch ein großer Teil des Landes der Hottentotten für Kronland erklärt.

Als ein Teil der Hereros unter Nicodemus sich gegen die deutsche „Schuhherrschaft“ erhob, wurde auch ihm sein Land genommen. Mit Recht fragt Parvus: „Mit welchem Rechte? Nach dem Völkerrecht der kapitalistischen Welt wird das Privateigentum auch im Kriege respektiert. Aber wo ihm ein Profit winkt, stellt sich das Kapital gern auch auf den Standpunkt des Hottentottenrechts. Und da spricht man noch von den höheren Rechtsbegriffen, die angeblich das Kapital zu den Wilden bringt.“

Man besaß jetzt Land, um Farmer anzusiedeln. Aber die Viehzucht war nicht besonders einträglich, weil ja die Händler den Eingeborenen ihr Vieh so viel billiger abschwindelten. Die Farmer verlegten sich also selbst auf den Viehhandel, mit dem Erfolg, daß die Hereros schließlich dem Hungertode den Tod auf dem Felde vorzogen. Viele Hereros wußten ganz genau, was ihnen bevorstand, aber ihnen blieb keine Wahl. So teilt der Missionar A. Kuhlmann folgende Aeußerungen christlicher Hereros mit:

„Lehret, wir wissen, daß wir einen schweren Krieg angefangen haben. Der deutsche Kaiser wird demnächst Millionen von Soldaten senden, und viele von uns werden sterben. Wenn wir alle gestorben sind, so schreibe dem Kaiser, allen Deutschen und den großen Lehrern: an diesem Kriege ist nicht die Truppe schuld, gegen die wir nichts haben, die kann ruhig im Lande bleiben. Die Schuld an dem Kriege tragen die Händler, die uns mit ihrem Handel drangsalieren haben: Kauften wir nicht bei ihnen auf Schuld, so war's ein Unglück; kauften wir auf Schuld, so war's auch ein Unglück; sie quälten uns eben immer.“

Mit dem Viehraub ging der Landraub Hand in Hand. Den Landraub besorgte im großen Stille die Regierung. Bei den Hereros war das Land kollektiveigentum, kein Häusling durfte es verkaufen. Da machte die Regierung nach dem Tode des alten Herero-Oberhäuptlings gegen alles Erbrecht der Herero dessen jüngsten Sohn Samuel Maharero zum Oberhäuptling. Major v. Francois, der diesen Coup ausführte, charakterisierte Samuel selbst als „eitel, gnußfüchtig und dem Trunke ergeben“. Gerade deshalb war er ja der rechte Mann für die Regierung. In richtiger Spekulation auf seine Verschwendungssucht billigte man ihm das Recht zu, Stammland zu veräußern, obwohl man wußte, daß er das gar nicht durfte! Und Samuel verschleuderte trotz allen Einspruchs seiner Grobleute das Stammesland unter dem Schutze der deutschen Regierung! Die Erbitterung der Herero wurde schließlich so namenlos, daß Samuel Maharero selbst, der doch an der deutschen Herrschaft so sehr interessiert war, dem Druck der Seinigen nachgeben mußte.

Die Erbitterung gegen Samuel seitens der dortigen Grobmänner war so groß, daß derselbe aus Furcht vor ihnen nicht auf der Straße nach Oshanaia zurückzukehren wagte, sondern den sehr beschwerlichen Weg durch die Verge einschlug. ... Schließlich mußte Samuel Maharero etwas tun, um sich vor seinen eigenen Leuten zu retten, und gab den unheilvollen Aufruf zum Aufstand gegen die Deutschen, denen

er selbst das Land verkauft hatte, und die sich nun, gestützt auf ihr Eigentumsrecht, als die alleinigen Herren der Hereroplage gebärdeten.“

Man sieht, wie genial die deutsche Politik der rechts-widrigen Erbfolgeschicht Samuel Mahareros war! Man bekam Land und schließlich durch den Hereroaufstand und die Ausrottung dieses Stammes von ebendem 80 000 Köpfen deren ganzes Stammeseigentum in die Hände. Nicht besser erging es den Hottentotten. Und wenn es nach dem Wunsche ein-flußreicher Kreise gegangen wäre, so hätte man auch gleich mit den Ovambos ausgeräumt.

Schreibt doch Oberst Leutwein in seinem Buche „El Jahre in Südwestafrika“:

„Ursprünglich war bei Beginn des Hereroaufstandes fast allgemein die Rede davon, seiner Beendigung unmittelbar einen Ovambokrieg folgen zu lassen“ ... (Und in einer Fußnote legt Leutwein hinzu): „Erhielt ich doch sogar von autoritativer Seite in einem Privatbriefe die Anregung dazu.“

Nun, der Ovambokrieg wird uns darum nicht lange erspart bleiben. Noch ist ja nicht die ganze Eingeborenenbevölkerung Südwestafrikas ausgerottet, noch nicht ihr sämtliches Land und Vieh geraubt!

So sieht es mit den kolonialen „Kulturthaten“ aus! Parvus schließt das Kapitel mit den beherzigendwerten Worten:

„Ich denke, wir Sozialisten haben am allerwenigsten ein Interesse daran, uns selbst zu belügen. Wollen wir Kolonialfragen erörtern, so sprechen wir vom Geschäft, von kapitalistischer Profitbildung — mit zivilisatorischen Aufgaben hat das nichts zu tun, im Gegenteil, es ist ein Hohn auf Zivilisation und Humanität.“

## Die letzten Stunden der Duma.

Nach der Nachsitzung von Freitag auf Sonnabend versammelten sich die Fraktionen, um über die Lage zu beraten. Während der Sitzung schienen die Radetten noch ziemlich einstimmig gegen den Auslieferungsvorschlag der Regierung Stellung zu nehmen. Ihr Führer Nilidoff z. B. sagte: „Geben wir heute unsere Einwilligung zur Ausschließung der sozialdemokratischen Fraktion, so kann die Regierung morgen die Entfernung der sozialrevolutionären Gruppe verlangen und schließlich, da auch die Radetten eine ungeseglich bestehende Partei bilden, kann ja die Regierung mit demselben Recht auch gegen sie vorgehen!“ Das war die ziemlich einmütige Stellung der Radetten während der Sitzung. Allmählich aber entstanden „Unstimmigkeiten“ unter ihnen, so daß man auf Ueberraschungen gefaßt sein mußte. Im Klub der Radetten kam es zu starken Zusammenstößen, wobei es sich zeigte, daß selbst in diesem Falle ein starker gemäßigter Flügel zu der Rechten hinneigte: Kaboloff, Petraschigki, Kolubakin waren für die Auslieferung, Tselkoff, Pergament, Petrunzewitsch dagegen.

Die Kommission der 22, die über die Anklageakte Bericht erstatten sollte, versammelte sich am Sonnabendvormittag, wandte sich aber gleich an den Justizminister wegen der Insendung aller Dokumente der Voruntersuchung, die ihr auch übergeben wurden. Die Erklärungen des Staatsanwalts des Appellationshofes, Samischanski. Die Prüfung der Schriftstücke, auf die der Staatsanwalt sich bezogen hatte, ergab, daß die Untersuchung von vornherein daran gegangen war, die Schuld auf alle Fälle zu konstruieren. Großes Gewicht hatte die Regierung auf ein im Fraktionsaal gefundenes Dokument gelegt. Nun erwiebs sich aber, daß die Untersuchungsbehörde in diesem Dokument willkürlich Bezeichnungen eingefügt hatte, um so ein Belastungsmaterial nach ihrem Sinne zu erhalten! Als die Kommission diese Entdeckung machte, mußte sie natürlich die Prüfung um so sorgfältiger vornehmen, so daß es ihr unmöglich war, in den 24 Stunden damit fertig zu werden.

Die Sonnabend-Sitzung der Duma begann etwas später als gewöhnlich. Auf der Tagesordnung stand die Reform der lokalen Gerichte. Die Linke konnte sich in diesem ersten Augenblick natürlich nicht mit einer Detailfrage beschäftigen. Sie erkannte, daß die letzte Stunde der Duma geschlagen. Nach 4 Uhr beantragte die Linke, die Debatten über die Gerichtsreform zu unterbrechen. Die Begründung des Antrages gab Peretelli. Von den Rednern der Linken wußte er den politischen Moment am schärfsten zu erfassen. „Unter gewöhnlichen Umständen“, so erklärte er, „würden wir selbstverständlich für die Fortsetzung der Debatte sein. Wir durchleben jedoch einen Moment, in dem nicht nur die Geschäftsordnung der Duma unbeachtet bleibt, sondern ein Attentat gegen die Konstitution ausgeführt wird. Die Verfassung wird mit Füßen getreten. Volksvertreter! Wir stehen vor dem Staatsstreich!“ Diese Worte zündeten, und der Vorsitzende beeilte sich, den Redner zu unterbrechen. Peretelli jedoch fuhr fort: „Weil morgen diese Leute, die über die physische Macht verfügen, uns hindern können, unsere Bürgerpflicht zu erfüllen, die uns das Volk auferlegt hat, so müssen wir die uns gebliebene Zeit dazu verwenden, für die Rechte zu kämpfen, die vom Volk in Leiden und Blut erlangt sind. Wir müssen den Willen des Volkes zum Ausdruck bringen. ...“ Der Vorsitzende unterbricht wiederum: Nach der Geschäftsordnung können er ein Abweichen von der Tagesordnung nicht zulassen. Peretelli verläßt, den Antrag noch einmal eingehender zu motivieren: „Verlassen wir“, so sagte er, „den formalen Standpunkt. Die Staatsgewalt bedroht die Konstitution, die Staatsgewalt organisiert eine Verschwörung. Wir müssen deshalb zu Fragen übergehen, die die größten Lebensinteressen des Volkes bedeuten, wir müssen

### Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonienliste oder deren Raum 50 Pfg. für politische und gesellschaftliche Berichte und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (letztgedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellenanzeigen und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

\*) Die Kolonialpolitik und der Zusammenbruch.“ Von Parvus. 155 Seiten 80. Preis 1 M.

dem Volke zeigen, auf welchem Boden der Konflikt entstanden ist und der Staatsstreik in Szene gesetzt wird. Das Volk soll wissen, wer (mit einer Handbewegung zur Rechten) jene Verschwörer sind." Diesmal wurde die Rede Jereckis vom brandenden Beifall der ganzen Linken begleitet.

Nach Jereckis sprach Hesse von den Kadetten, die gegen den Antrag der Linken waren: Die Kadetten geben ja zu, daß die Regierung in diesem Augenblick entgegen der Verfassung handelt, doch könne die Duma der Regierung auf diesem Wege nicht folgen! Als es der Linken nun also nicht gelang, die Debatte ganz zu unterbrechen, versuchte sie diese wenigstens zu kürzen. Bei der Begründung des Antrags auf Verschärfung der Redezeit ergriff Hesse von den Trudowitsch das Wort. Er weist gleichfalls auf die außerordentlichen Umstände des Augenblicks hin: die Duma könne sich nicht mit Einzelheiten befassen, wo die Grundgesetze des Landes auf dem Spiele stünden. Auch die Rede Jereckis wird vom Beifallsturm der ganzen Linken begleitet.

Das schwarze Hundert sendet wie gewöhnlich Purischaletowitsch vor. Auch heute ist er nur der geschorene graue alte Mann, aber den die Duma selbst heute, in ihrer ersten Stunde, nur lachen konnte! Der Klow ist natürlich für die Fortsetzung der Gerichtsreformdebatte. Eine halbe Stunde später wird der neue Antrag auf Unterbrechung der Debatten eingebracht. Es spricht nun Archangeloff von den Sozialrevolutionären: Unmöglichweise habe Hesse auf die Notwendigkeit, sich zu beherrschen, hingewiesen. Die Duma beherrsche sich! Sie weiß, daß sie ihre Pflicht zu erfüllen hat, die Pflicht: die letzte Minute vor dem Staatsstreik. Hier unterbricht ihn der Vorsitzende mit der naiven Frage, woher er denn wisse, daß wir vor dem Staatsstreik stehen! Nachdem Archangeloff seine Rede beendet hatte, wiederholte Adschemoff die nichtsjagenden Argumente Hesses und auch diesmal ward der Antrag der Linken abgelehnt.

Die Debatte über die Gerichtsreform läuft nun weiter. Nach einer längeren Ausführung eines Vertreters der Kadetten kam der neue Schlußantrag, den der „Volksozialist“ Wol-Karaschewski begründete: Es sei lächerlich, in dieser Stunde über das russische Gewohnheitsrecht zu diskutieren, das ja nichts anderes sei, als die Willkür der Minister und der Polizeiverwaltung. „Unsere Stunden sind gezählt, und wenn wir wissen, wenn wir die Überzeugung haben, daß wir sterben, so muß unser Tod den künftigen Generationen etwas sagen können! Wir sitzen hier drei Monate. Was haben wir dem Lande gegeben? Jetzt in der letzten Stunde müssen wir etwas tun, was dem Volke wirklich Nutzen bringt.“ Auf den Vätern der Schwarzen Hundertschaft erhebt sich Geschrei, die Linke applaudiert. Ein dritter Redner der Kadetten spricht sich gegen den Schlußantrag aus, und da 50 Stimmen genügen, um einen Schlußantrag zu Fall zu bringen, so wurde die Linke auch diesmal niedergestimmt.

Die Situation war also klar. Nur die Linke wollte dem letzten Augenblick der zweiten Duma die Wucht verleihen, die diese letzte Stunde zu einer historischen machen konnte. Aber jämmerlich-ängstlich wichen die Kadetten jeder schärferen Wendung aus. Das zeigte sich besonders, als die Sprache auf die Abhaltung einer Abend-sitzung kam: Nachdem man der Kommission der 29. bis Montag Zeit gegeben hatte, beirat Jereckis wiederum die Tribüne, um zu beantragen, die Duma möge in der Abend-sitzung die Fragen erörtern, die von der Linken fordern für die Tagesordnung vorgeschlagen waren. „Volkvertreter!“ sagte Jereckis, „wollt Ihr auf der Höhe des historischen Moments stehen, wollt Ihr eure historische Mission erfüllen, die Euch das Volk auferlegt hat, so sollt Ihr an diesem Vorabend des Staatsstreiks nach einem unsterblichen Worte Karl Marx das Besondere auf die Tagesordnung setzen, dem Volke noch einmal die großen Fragen seines Lebens zum Bewußtsein bringen.“ Ein Sturm durchbraust den Sitzungssaal, und dann erschien die Kammergestalt Krupenski von der Rechten, der unter lautem Lachen der Duma über „Verschwörer“ lachete. Genosse Dschaparidse unterstützte Jereckis. Das letzte Wort in der Sitzung hatte Sturbe. In seiner langgezügeln, mit einer gewissen Selbigen vorgetragenen Rede hieselte sich der ganze Charakter der zweiten Duma wieder. Es kam ja an sich darüber gestritten werden, welchen praktischen Nutzen eine größere Debatte über die wichtigen Fragen in der letzten Sitzung gehabt hätte. Es war aber notwendig, den historischen Moment allseitig zu beleuchten. Die Duma sollte zusammenfassend zeigen, daß sie nicht ganz vergebens dagewesen ist. Sie mußte im voraus wissen, daß die Regierung ihr die „Unerschütterlichkeit“ ihres Bestehens und Wirkens entgegenhalten würde. Es galt also, auf jeden Fall eine Antwort zu geben. Es galt weiter, öffentlich das zur Sprache zu bringen, was in der Nachsitzung unter Ausschluß der Öffentlichkeit gesagt worden war. Eine großzügige Anklage war nötig, eine Anklage gegen die „Anführer“. Das verlangte der politische Augenblick. So aber hauchte die zweite Duma ihr Leben in zerfallenen, abdrückenden Tönen aus. Es war eben schon eine Sitzung der Agonie, nicht des letzten Zusammenstoßens und des letzten Kampfes.

#### In der Hauptstadt.

Nachdem man in der Nacht von Samstag auf Sonntag in Petersburg etwa 700 Personen verhaftet und die Garnison durch Kavallerie und Infanterie bedeutend verstärkt hatte, wurde durch einen Erlass des Stadthauptmanns die Veröffentlichung von Artikeln und Mitteln, die eine feindliche Stimmung gegen die Regierung erzeugen können, die Verbreitung verbotener Schriften, die öffentliche Zustimmung zu Verbrechen, in welcher Form sie auch erfolge, ferner der Verkauf oder die öffentliche Ausstellung von Schriften, durch die Verbrechen gutgehellen werden, des Weiteren die Verbreitung lägenhafter Angaben über die Regierung und Regierungsbeamte, Kommandeure und Truppen, durch die die öffentliche Meinung gegen diese aufgereizt werden könnte, ferner die Verbreitung unwahrer, die öffentliche Meinung aufregender Gerüchte über Maßnahmen der Regierung, über die angeblich unglückliche Lage der Gesellschaft und anderer verboten. Die Schuldigen sollen auf administrativem Wege mit Geldstrafen bis zu 3000 Rubel oder mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft werden.

#### Im Reich.

Die „Russische Korrespondenz“ erhält das nachstehende Telegramm:

Petersburg, 18. Juni. Den Zeitungen hier in Petersburg wie im Reich ist das Verbot zugegangen, Äußerungen gegen die Regierung zu veröffentlichen. Nichtbeachtung soll härteste Strafe im Gefolge haben. Verhaftungen finden überall blindlings und in größter Anzahl statt. In Odessa in der abgelaufenen Nacht wiederum 300 Verhaftungen! Während die Dumaauflösung hier ohne besonders sichtbare Erregung der Bevölkerung aufgenommen wurde, wird aus dem Lande freizügiges Erbitterung gemeldet; sie wächst durch provokatorisches Auftreten des Verbandes des russischen Volkes. In zahlreichen Orten werden Prozessionen des Verbandes mit Fahnen und Musik arrangiert! In Odessa empfangt Kaufmann die Führer der Prozession. Da an den meisten Orten der Verband des russischen Volkes gänzlich bedeutungslos ist, so wurden Beamte, abhängige Personen, sogar Polizei und Kosaken zur Anteilnahme an den Prozessionen kommandiert.

#### Die Truppen.

Kiew, 18. Juni. (Weidung der „Petersburger Telegraphenagentur“.) In dem Lager von Strych wurde im Regiment Selerginof nach dem gestrigen Abendpöbel ein Meutereiverbündnis gemacht, der jedoch durch geeignete Maßnahmen unterzünftig beseitigt wurde. Gegen 11 Uhr abends meuterte im Sapperbataillon in Banijewla das Sapperbataillon Nr. 21, wurde aber nach einem Feuergefecht entwaffnet und durch die anderen Sapperbataillone zum Gehorsam gebracht. Ein Offizier wurde bei der Erfüllung seiner Pflicht getötet. In der Stadt ist alles ruhig.

### Der Bauernkrieg in Südfrankreich.

Paris, 18. Juni. (Eig. Ver.)

Der Ministerpräsident hat an die zurückgetretenen Bürgermeister einen ellenlangen Brief gerichtet, der allerhand gar nicht unrichtige Dinge enthält, aber den großen Fehler hat, daß er auf die jetzige Lage im Süden paßt wie die Haut aufs Auge. Der Minister legt den Gemeindevorstehern auseinander, daß ihr Streik dem Land nicht abhelfen könne. Als ob sie dies je gedacht hätten! Geradezu komisch wird aber Herr Clemenceau, wenn er, die gefährlichen Folgen der Demission aufzählend, in den Jammerruf ausbricht: „Wer wird Volksansammlungen verhindern?“ Hier erinnert der sozialphilosophische Regierer Frankreichs schon stark an Oesterreichs weiland „guten Kaiser Franz“, der auf die Nachricht von der Juli-revolution erschreckt andrieß: „Derjenige denn das?“

Unterdes geht's im Süden ziemlich drunter und drüber. Die Erklärung des Ministers, daß die Regierung die Demission nicht annehme und die Bürgermeister für alle aus ihrer Dienstverweigerung entstehenden Schäden verantwortlich machen wolle, scheint diese nicht zu rühren. Sie sind eben auf die Vorteile der organisierten Massenaktion gekommen und wissen, daß man mit einer ganzen rebellischen Provinz nicht umspringen kann wie mit einigen hundert oder tausend streikenden Arbeitern. Zuverlässige Beurteiler nehmen denn auch die Bewegung für weit mehr als einen phantastischen Massenwahnsinn. So schreibt einer der einsichtigsten und gebildetsten konservativen Publizisten Frankreichs, de Vogüé, im „Figaro“:

„Der Interessenskonflikt zwischen dem Norden und dem Süden ist vergiftet durch das furchtbare Mißverständnis: Paris kennt uns nicht oder verkennt uns aus Voreingenommenheit.“ Ich höre um mich nichts als diese Worte, und das feindselige Mißtrauen gegen alles, was aus Paris kommt, wächst von Stunde zu Stunde. Mehrere unserer großen Zeitungen, ohne Unterschied ihrer Tendenz, sind schon in der Gegenwart boykottiert. Die Unachtsamkeit und der Skeptizismus des Pariser Stammen aus einem Vorurteil, das er vielleicht teuer zu zahlen haben wird. Dieser lebenswürdige Daudet hat für lange Zeit unser Urteil gefällt. Er hat uns seinen Süden eingerebet, den Süden Tartorins und der Camébière (der Hauptstraße des als Stadt der Aufkueber verschrieenen Marseille). Der Süden ist kompliziert, vielgestaltig. Terzenje, der sich heute kundgibt, ist der Süden der Saragenen, der Albigenen, der Katalanen. Feierlich, fast schweigend in der grandiosen Manifestation gehalten und disziplinierter Leidenschaft. Wir leben hier wieder unter den schlichten Seelen, die das Wort eines Propheten zur Eroberung eines gelobten Landes entflammte, in der Geburtszeit des Islam, unter den Gläubigen, die von einem Apostel emporgeworfen, in Clermont zum Kreuze schwuren, und der Trumph der Niederländer von Münster wird vor uns lebendig.

Aber kehren wir zur Gegenwart zurück, um die Wirkung eines Phänomens von einst auf den Staat von heute mit klüher Vernunft zu beurteilen. Dieser Staat ist ernstlich bedroht. Nicht weil er außerstande ist, an einem Tag, mit einer Zauberformel ein Leben zu heilen, das alle und vielerlei Ursachen hat, sondern weil er seiner Sendung nicht gerecht worden ist und sich um alle Dinge eher als um diese Leiden kümmerte. Das Land hat die Augen geöffnet. In der Zeit von einigen Tagen hat dieses Volk seine ganze Denkwelt geändert: Es hat plötzlich begriffen, daß es an einer Lebensproduktion leidet. Ich spreche hier nicht von der des Weines. Ob es eine solche gibt, darüber sind die Meinungen noch geteilt. Aber alle sind über eine andere einig. Es hat eine Ueberproduktion von Politik gegeben. Diese plötzlich zur Arbeit gekommenen Massen wollen sich nicht mehr mit dem, was ihnen noch gestern gefiel, regieren lassen: mit Phrasen, Ordensbändern, Anbiederung von Vergünstigungen, Protektion von Betrügnern und nochmal Phrasen, immerzu Phrasen. Sie schreiben ihr für immer unbesiegbares Mißtrauen hinaus, gegen die öffentlichen Gewalten, gegen das Parlament, gegen ihre eigenen Vertreter, kurz gegen alles, was aus Paris kommt. Eine einfache Beobachtung sagt mehr als alle Paraphrasen: In diesem Lande, wo nicht zwölf Feuertochter oder Turner zusammenkommen konnten, ohne daß ein Deputierter hinzulief, versammelten sich jede Woche Hunderttausende zu entscheidenden Kundgebungen. Und kein einziger Deputierter wird dabei gesehen! Die Gegenwart eines einzigen von ihnen wäre eine Gefahr für die öffentliche Ordnung.

Das republikanische Regime ist keineswegs bedroht. Es wird's auch künftig nicht sein, wenn es sich dießmal genug erweisen wird, um sich im Sinne der vollständigen Ideen zu entwickeln. Was bedroht, ja durch ein einstimmiges Urteil schon verdammt ist, ist ein System und ein Personal. Der Stachel des Elends hat ein regionalistisches Gefühl erweckt, das auf dem Grunde der Herzen schlammerte und das man vielleicht wird Separatismus nennen müssen, wenn man diesen lokalen und historischen Patriotismus nicht einige legitime, mit der Einheit Frankreichs vollkommen verträgliche Zugeständnisse macht.

Von den Ehren bis zum Unterlauf der Rhône gibt es in dieser Stunde nur die eine moralische und tatsächliche Noth: das Komitee von Argeliers! Die offiziellen Autoritäten sind moralisch abgesetzt, tatsächlich ohnmächtig! Ueberall passiver und begeisterter Gehorsam gegen die Komiteebefehle. Die Bauern dieses Komitees machen keine Politik, sie verlangen nur, daß man keine auf ihre Kosten mache, daß man dem Elend ihrer Brüder beistehe, daß man mit ihren Interessen, mit ihren Wünschen rechnet. Sie greifen niemand an, sie predigen die Ruhe. Diese Bauern haben uns Wunder von Organisation und Mobilisation gezeigt, in einer Ordnung, einer Würde, einem Unstand, der alle zur Verwunderung zwingt. Bisher erlaubt nichts, verdächtige Hintergedanken bei diesen Menschen guten Willens da anzunehmen. Die Zentralgewalt, die nichts gegen sie vermag, könnte mit ihnen zusammenarbeiten, mit ihnen die Lösung der dringlichsten Probleme suchen.

De Vogüé schließt: „Die Situation ist ernst, die ernstesten Gefahren bedrohen die Ordnung und den ungeschmälerten Bestand unseres Landes, wenn das Elend einerseits und der Eigensinn andererseits den Konflikt verschärfen.“

Paris, 17. Juni. „Patrie“ meldet aus Argeliers, der Aufstehort Marcellin Albert sei Tag und Nacht von Wachen und Nachschauern umstellt, welche beauftragt seien, die Bevölkerung zu benachrichtigen für den Fall, daß Gendarmen kämen, um ihn zu verhaften. Es sollen dann Barrikaden gebaut werden. Zahlreiche Bauern seien mit Gewehren bewaffnet. Man spreche sogar davon, die Brücken in die Luft zu sprengen, wenn Marcellin verhaftet würde.

Paris, 17. Juni. Der Ministerrat hat in seiner heutigen Sitzung endgültige Maßnahmen getroffen, welche bestimmt sind, die Achtung vor den Gesetzen in den Weinbau-Departements sicherzustellen. Anordnungen in diesem Sinne sind nach Schluß des Ministerrats an die Behörden der beteiligten Departements telegraphisch übermittelt worden.

Paris, 17. Juni. Die Kammer setzte heute vormittag die Beratung des Gesehentourf's betreffend die Verhütung von Weinfälschungen fort. Nach längerer Verhandlung lehnte es die Kammer mit 304 gegen 255 Stimmen ab, die Zuschlagsteuer auf zur Weinbereitung bestimmten Zuder auf 65 Franks festzusetzen, wie Regierung und Kommission verlangt hatten.

Argeliers, 17. Juni. Die Nachricht, daß die Deputiertenkammer die Zuschlagsteuer von 65 Franks auf zur Weinbereitung bestimmten Zuder abgelehnt hat, hat die hier versammelten Weinbauern in große Erregung versetzt; sie erklären, sie würden ihrerseits keine Zugeständnisse machen.

Paris, 18. Juni. Das in Montauban garnisonierte Dragoner-Regiment und das Infanterie-Regiment in Carcassonne wurden aufgeben, um alle Zugänge nach Argeliers zu besetzen. Nach Montpelier wurden erhebliche Gendarmereverfärfungen gesandt.

Paris, 18. Juni. Die „Agence Hournier“ erhielt vergangene Nacht aus Montpellier folgendes Telegramm: Eine ernste Nachricht kommt aus dem Militärager von Narbonne. Nach derselben haben die Soldaten des 100. Infanterie-Regiments in Narbonne, welches gelegentlich der Winterzuge eine Kundgebung veranstaltete und aus diesem Grunde strafversetzt werden sollte, neuerdings sich gegen ihre Vorgesetzten aufgelegt. Sie sollen Offiziere geschlagen und das ganze Lager geplündert und demolirt haben.

Paris, 18. Juni. Wie die Blätter melden, sind die Maßnahmen, welche der Ministerrat im Hinblick auf die Krisis in den Weinbaudistrikten beschlossen hat, folgende: Einleitung des gerichtlichen Verfahrens gegen alle Mitglieder des Komitees von Argeliers wegen Aufreizung zum Aufruhr, gerichtliche Verfolgung der Weinschänder, Verfolgung gewisser Bürgermeister, Lehrer wegen gemeinsamen Vorgehens zu dem Zwecke, sich an Stelle der Zentralgewalt zu setzen. Verlegung des 100. Infanterie-Regiments und einiger anderer Regimenter des Südens. — „Petite République“ meldet, die Regierung sei ernstlich bemüht, eine weitere Ausdehnung der Bewegung zu verhindern; Berichte von Präfekten bestätigten, daß Versuche gemacht werden, die Bevölkerung der Departements Hère und Lot-et-Garonne zum Aufbruch zu bewegen.

Paris, 18. Juni (Deputiertenkammer.) In der Vormittags-sitzung wünscht Alby (radikaler Sozialist) Auskunft über die gerichtlichen Maßnahmen, die die Regierung gegen die Weinbauern im Süden ergriffen hat, und beantragt sofortige Verschonung. Clemenceau beantragt Vertagung derselben bis zum Freitag. Er erklärt, er wolle Entgegenkommen üben, zuerst aber mühten die Gesehe geachtet werden. Der Protest des Südens werde jetzt un-gesetzlich; eine längere Duldung desselben würde das Ende Frankreichs bedeuten. Während wir hier den Gesehentourf zur Unterdrückung der Weinfälschungen beraten,“ fährt der Ministerpräsident fort, „antwortet man im Süden mit Gewalttätigkeiten. Gegen die Urheber der im Süden verübten Verbrechen und Verbrechen sind gerichtliche Schritte ergriffen. Wenn aber die Kammer sich gegen das Kabinett entscheidet, werde ich anordnen, daß alle ergriffenen Maßnahmen vorläufig eingestellt werden. Die Kammer mag ihre Entscheidung treffen.“

Jaurès erklärt: „Es würde unklug sein, der Regierung die Vollmacht, die sie fordert, zu erteilen: denn sie hat nicht genügend Nachsichtigkeit bewiesen. Wir gestatten der Regierung nicht, und auf den Weg des Bürgerkrieges zu führen.“

Hierauf erwidert Clemenceau: „Wir müssen die Hindernisse niederwerfen, die sich der Vollstreckung der Gerechtigkeit entgegenstellen. Ich habe einfach die Staatsgewalt zur Verfügung des Gesehes gestellt. Soweit als angängig möchte ich einen blutigen Konflikt vermeiden. Angesichts einer regionalistischen Regierung, die Entlassungen durch Schrecken erzwingen will, ist die Stunde der Anwendung des Gesehes gekommen.“ (Langanhaltender Beifall.)

Sarraut fährt aus: „Seine Demission bedeute keine Mißbilligung der Politik der Regierung, der er treu bleibe. (Beifall.) Der Regierung gehe die Not des Südens sehr nahe, aber Clemenceau habe recht, zu sagen, daß das Gesehe herrschen müsse. Ich bin,“ so schließt Sarraut, „vor allem Franzose und beuge mich vor der gebieterischen Notwendigkeit.“ (Lauter Beifall.) — Ribot (Republikaner) erklärt: „Er werde für die Vertagung stimmen, denn seit 37 Jahren habe man keine ähnliche Lage gesehen. Die Stunde sei ernst, alle Parteien mühten sich um die Regierung scharen.“

Darauf wird mit 412 gegen 158 Stimmen die Verhandlung der Interpellation auf Freitag festgesetzt. Die Kammer nimmt sodann die Beratung des Gesehentourf's betreffend die Weinfälschungen wieder auf.

### Der Vertragsring gegen Deutschland.

Frankreich und Spanien und zugleich auch Spanien und England, haben Verträge mit einander geschlossen, deren Inhalt vom französischen Minister des Auswärtigen in den an die Befehlshaber seines Staates herausgegebenen Instruktionen folgendermaßen wiedergegeben wird:

„Diese Abmachung hat zum Zweck, nicht nur den status quo aufrecht zu erhalten, der in Anbetracht der Nähe unserer Besitzungen nicht ohne Verletzung wesentlicher Interessen beider Staaten geändert werden könnte, sondern — was uns ganz besonders betrifft — die Sicherheit unserer Verbindungen im Mittelmeer und im Atlantischen Ozean zu befestigen.“

Natürlich wird von den Offizieren die Friedlichkeit der Absichten der Vertragspartner betont. Wann wäre auch jemals ein Vertrag zu anderem Zwecke als „zum Schutze des Friedens“ geschlossen worden! Indes muß auch dem gläubigsten Gemüte die zum mindesten demonstrative Absicht dieser just bei Beginn des Haager „Friedenskongresses“ veröffentlichten neuen Vertragsserie offenbar werden: Die „Folterung Deutschlands“ erfährt eine neue, grelle Beleuchtung. Denn gegen wen sollte der wechselseitige Schutzwort notwendig sein, da doch Italien in notorisch guten Beziehungen zu Frankreich steht?

Der Pariser spanische Votschafter hat einem Redakteur des „Temps“ ausdrücklich gesagt, daß „die Marokko-affäre, die in Paris und in Madrid in lokalem Geiste behandelt worden sei, die Basis des Vertragsgebüdes gewesen“ ist! Die ungeschickte deutsche „Weltpolitik“ hat also in der Tat alle die Vereinbarungen möglich gemacht, die — man muß es eingestehen — der allgemeinen Stimmung der Völker

und der Meinung entsprechen, die sie über die Zuverlässigkeit der deutschen Politik haben.

Für die Wehrkraft der Gegner Deutschlands in einem Weltkriege würde bei dem jetzigen Zustande der spanischen Wehrkraft das einem allgemeinen Defensivbündnis sehr ähnliche Abkommen mit Spanien nicht allzu viel bedeuten, wenngleich natürlich die Sicherung des englischen Besitzes in Gibraltar schwer ins Gewicht fällt. Der „Temp“ versichert, daß zwischen Frankreich und Spanien „keine Militärkonvention und keine Geheimklauseln“ vorhanden seien, was beinahe die Vermutung bestätigen könnte oder vielleicht gar bestätigen soll, daß solche zwischen Frankreich und England bestehen! Dazu würde auch die zweideutige Antwort passen, die Clemenceau in der Kammer auf die Anfrage wegen einer Militärkonvention gegeben hat.

Bei dem bedingten Wert, den diplomatische Verträge haben, — da man sie ja doch nur so lange befolgt, als sie nützlich scheinen, ist der Abschluß dieser neuesten Verträge an sich für Deutschland kein Grund zum Erschrecken, vorausgesetzt, daß die deutsche auswärtige Politik künftig Begehr folgt, auf denen es ihr möglich wird, die gegen sie im Ausland angeammelten Antipathien zu zerstreuen. Immerhin ist nach wie vor größte Vorsicht gegen die Kriegstreiber in Deutschland sowohl wie im Auslande geboten; denn ebensowenig wie eine direkte Gefahr, bedeuten die neuen Verträge etwa eine stärkere Sicherung des Friedens. Sie verbessern auch nicht im geringsten die Hoffnungen auf eine Verminderung der militärischen Lasten, hinter denen der internationale Kapitalismus als besorgter Interessent Wache steht. Schon schreibt der „Temp“: „Die diplomatischen Aktionen sind Kreditoperationen, deren Grundlage das ist, was man das militärische Zulasso jedes Volkes nennen könnte. So friedfertig wir sind — und um es zu bleiben — denken wir immer an dieses Zulasso.“

In der Tat, trotz aller Schmeicheleien und trotz der abgeschmackten Friedenskongressmode — sie werden das „Zulasso“ nicht vergessen und es so lange betreiben, bis ihnen das internationale Proletariat einen Strich durch die Rechnung macht.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 18. Juni 1907.

### Eine neue Reichsfinanzreform.

Offiziös wurde vor einigen Tagen nicht nur bestritten, daß eine neue Reichsanleihe in Höhe von ungefähr 200 Millionen Mark bevorstehe, sondern auch, daß eine alsbaldige neue „Reichsfinanzreform“, das heißt die Vorlegung neuer Steuerforderungen zu erwarten sei. Daß das Dementi, soweit es sich auf die neue Reichsanleihe bezieht, auf nichts anderes als eine Wortklauberei hinausläuft, haben wir bereits in der Nummer 136 des „Vorwärts“ vom 14. d. M. nachgewiesen. Daß aber auch der zweite Teil des Dementis nicht auf eine viel größere Glaubwürdigkeit Anspruch machen kann, zeigt folgende, allem Anschein nach offiziöse Finanzbetrachtung der „Berl. Vol. Nachr.“:

„Sicher ist, daß der Reichshaushaltetat für 1907 nur dadurch ins Gleichgewicht zu bringen war, daß über den Betrag von 24 Millionen Mark hinaus, der von den Bundesstaaten in ihren Etats vorgesehen ist, ungedeckte Natrifularumlagen in der Höhe von 64 Millionen Mark ausgeschrieben worden sind. Ferner unterliegt es auch keinem Zweifel, daß vom nächsten Jahre ab dem Reiche Mehrausgaben in beträchtlicher Höhe erwachsen, und endlich ist es gleichfalls sicher, daß, wenn im Jahre 1912 der Kapitalbestand des Reichsinvalidenfonds aufgezogen sein wird, die darauf angewiesenen Ausgaben in der Höhe von rund 40 Millionen Mark im Jahre aus laufenden Einnahmen zu decken sein werden. Das Bedürfnis, dem Reiche Mehreinnahmen in beträchtlicher Höhe zuzuführen, wird daher ernstlich nicht bestritten werden können. Wie außerordentlich unerwünscht selbst für Preußen die Notwendigkeit ist, für 1907 einen Betrag von nahezu 180 Millionen Mark an Natrifularumlagen vorsetzen zu müssen, erhellt, wenn man bedenkt, daß für etwa 40 Millionen Mark an Natrifularumlagen im Staatshaushaltetat Mittel nicht vorgesehen sind, daß also für deren Deckung anderweitig gesorgt werden muß. Zwar stehen für diesen Zweck aus Geldern, die vorwiegend für Rechtsanprüche des Reiches in früheren Jahren zurückgelegt sind, noch etwa 16 Millionen Mark zur Verfügung. Der überschüssige Betrag aber muß, wenn anders er nicht durch Anleihen gedeckt werden soll, in den rechnungsmäßigen Ueberschüssen des laufenden Jahres seine Deckung finden. Ferner zwingt die Notwendigkeit, sich für unvorhergesehene Ansprüche des Reiches gerüstet zu halten, dazu, die Einnahmen des Reiches so vorsichtig zu veranschlagen, daß sich daraus mit einiger Sicherheit die entsprechenden Reserven gewinnen lassen. Diese Reserven entziehen sich aber der Verwendung für den eigenen Bedarf Preußens; in ihrer Höhe muß deshalb für die Deckung des Mehraufwandes für Beamten- und Lehrerbeförderungen die Steuerkraft der Bevölkerung in Anspruch genommen werden. So wird schon in Preußen trotz seiner reichen Einkünfte aus wachsendem Staatsvermögen die Finanzwirtschaft durch die Inanspruchnahme für das Reich beträchtlich erschwert und die Gefahr einer starken Anspannung der Steuerkraft heraufbeschworen. In ungleich höherem Maße ist dies naturgemäß bei den meisten anderen Bundesstaaten, denen gleich reichlich fließende Einnahmequellen nicht zur Verfügung stehen, der Fall, und man kann sich nicht verhehlen, daß das unbefriedigende Verhältnis zwischen den Reichs- und Landesfinanzen in hohem Grade verstimmend gegen das Reich wirkt.“

Offen wird in dieser Notiz zugestanden, daß dem Reiche Mehreinnahmen in beträchtlicher Höhe zugeführt werden müssen. Ob zur Aufbringung dieser Mehreinnahmen allerdings schon vom Reichsfinanzsekretär irgendwelche Steuerpläne ausgearbeitet sind, oder ob sich das neue Steuervorschlagsbündel noch im ersten Konversationszustand befindet, das läßt sich mit Bestimmtheit nicht sagen. Daß aber der sogenannten „Reichsfinanzreform“ des Vorjahres alsbald eine Reform gleichen Kalibers folgen wird, kann als sicher gelten.

### Kapitalismus und Friedenskonferenz.

Die Friedenskonferenz im Haag legt einen Teil der Presse zu allerlei Friedensvorschlägen an. Besonders eifrig erweist sich auf diesem Gebiete die „Frankf. Ztg.“. Sie knüpft an die Tatsache an, daß seit zwei Jahrzehnten eine internationale Vereinbarung besteht, die das Kaliber des Kleingewehrs auf ein bestimmtes Maß beschränkt, und meint dann:

„Wäre man nicht diese Vereinbarung einfach auf das große Geschütz zu Wasser und zu Land und auf die Schiffsanzugung ausdehnen? Es liegt auf der Hand, daß dadurch ungeheure Summen, die jetzt auf immer stärkere Kanonen, auf stets weiter schießende Kanonen, auf fortwährende Versuche und Proben ver-

wendet werden, erspart werden könnten. Aber da tritt leider ein neues Gemmis ganz eigener Art auf, das bisher nur wenig beachtet worden ist. Die Fabrikation der Kleingewehre ist Monopol der Mächte, die unter sich leicht eine Verständigung erzielen können; für Kanonen und Schiffsanzug tritt jedoch ein anderer selbständiger Faktor auf, mit dem eine Einigung nicht so leicht zu erreichen ist: die Privatindustrie, die so mächtig geworden ist, daß sie in der Abrüstungsfrage vielleicht das entscheidende Wort mitzusprechen hat. Die Rüstungen sind nämlich zu einem großen Teile darum so gewachsen, weil die Fabriken, welche Kanonen und Panzer herstellen, mit ihren riesigen Kapitalien und ihren Hunderttausenden von Arbeitern einen großen Teil des Nationalreichtums bilden, der unterhalten und befördert sein will. So ist es neuerdings nicht sowohl das Schicksal der Völker, das zu Rüstungen drängt, es sind vielmehr die Stempel, Schneider, Armstrong, Maxim, Turin usw., die immer neue, immer mehr Kanonen und Panzer herstellen müssen, damit sie Geld verdienen, ihren Kapitalien hohe Dividenden ausrichten und ihre Arbeiter bezahlen können. Wir wollen nicht so weit gehen, zu behaupten, daß alle Regierungen, die sich der Abrüstung und sogar der Besprechung derselben widersetzen, bei ihren Entschlüssen bewußt oder unbewußt dem Einflusse der großen Kriegsindustrie gehorchen, aber sicher ist, daß die Konferenz sich ein unerschöpfliches Verdienst erwerben würde, wenn sie einmal die Seite der Sache gründlich behandeln und klar zeigen würde, wo die Hauptgegner der Abrüstung sitzen; die öffentliche Meinung würde dann auch wissen, wofür sie ihren Hauptdruck zu richten habe. Leider ist, wie die Dinge liegen, wenig Aussicht vorhanden, daß die Konferenz sich dieses Verdienst erwerben wird.“

Mit ihrer Vermutung, daß die Haager Konferenz ihren schönen Vorschlag ignorieren wird, dürfte die „Frankf. Ztg.“ recht behalten — jedenfalls die Festsetzung einer Maximalgrenze des Kalibers an den Rüstungen nichts ändern würde, geht doch ohnehin das Bestreben der Erfinder dahin, das Kaliber zu verringern, um die Kraft und Tragweite des Geschosses zu erhöhen. Aber in gewisser Hinsicht hat allerdings die „Frankf. Ztg.“ recht: es würden die Rüstungen weit weniger energisch betrieben und nicht so häufig mit den Geschützmodellen und -Systemen gewechselt werden, wenn nicht die Geschütz- und Panzerindustrie daran ein großes Interesse hätte und nicht durch eine von ihr alimentierte Presse die öffentliche Meinung beeinflussen würde. Es sind größtenteils rein kapitalistische Interessen, die der Abrüstung entgegenstehen.

### „Kaplan hegt das Volk auf!“

So telegraphierte, wie aus dem Wacener Landfriedensentscheidungsprozess bekannt geworden ist, der Unternehmer Sölingmann an den Kölner Erzbischof Kardinal Fischer. Es ist nicht bekannt geworden, wie Se. Eminenz sich auf diesen Hülferuf verhalten hat. Aber bei anderer Gelegenheit hat der Herr Erzbischof bewiesen, daß er ein Herz hat für die Unternehmer, die sich durch die Agitation politisierender Kaplanen beschwert fühlen.

Vor Jahresfrist, so berichtet die „Vergessene Arbeiterstimme“, kam nach Wiesdorf im unteren Kreise Solingen ein junger Kaplan namens Esser, dem das Elend der dortigen, im Joche der Bayerischen Handwerke frondenden Arbeiter zu Herzen ging. Er fing an, in dem städtischen Orte die Scharen zu sammeln und mit Mut und Hoffnung zu erfüllen. Den Gewinn hatte zunächst das Zentrum; ein katholischer Arbeiterverein entstand, der katholische Volkstreffen nahm mächtig an Mitgliedern zu und die Abonnentenzahl der ultramontanen Presse stieg um mehrere hundert Prozent. Bei der letzten Reichstagswahl ging Esser mit Eifer gegen das Unternehmertum vor, die Arbeiter kamen in Erregung, von der auch die Sozialdemokratie, deren Flugblätter verschlungen wurden, profitierte. Da aber war die Geduld der Unternehmer zu Ende. Sie wandten sich nach der Wahl an den Kardinal Fischer mit dem Ersuchen, den Kaplan Esser im Interesse des Friedens aus Wiesdorf zu entfernen. Se. Eminenz tat den liberalen Herren den Gefallen, den Kaplan zur Nischenhaft zu ziehen. Die Nachricht, daß Esser verlegt werden sollte, brachte die Gemeinde in Aufruhr. Der Erzbischof wurde mit Witzelschen bestimt. Kaplan Esser erklärte dem Oberhirten, daß er nicht daran denke, den Frieden zwischen Unternehmer und Arbeiter zu stören, sein Kampf gelte nur der Sozialdemokratie. Esser durfte bleiben. Er legte seine Kapitalien unter den Arbeitern fort, was eine abermalige Veräberung der Herren von den Bayerischen Handwerken zur Folge hatte. Und diesmal war ihnen der Erfolg sicher. Kaplan Esser scheidet aus Wiesdorf, er geht nach Eufingen, wo ihm die Gelegenheit, gegen das liberale Großkapital zu Felde zu ziehen, genommen ist.

Der Kölner Erzbischof, so schreibt unser Solinger Parteiblatt, macht sich damit zum Beschützer der schrankenlosen Ausbeutung und Entregung der Arbeiter in den wälderischen Wäldern der Bayerischen Handwerke!

Wir können aus eigener Kenntnis hinzufügen, daß Kaplan Esser in seinem Schicksal Vorgänger hat. Vor einem Duzend Jahren amtierte in Köln der Kaplan Oberdorffer, der mit zu den Gründern der ersten christlichen Gewerkschaften gehört. Er trat mit Eifer für die Sache der Arbeiter ein und bewahrte auch der Sozialdemokratie gegenüber eine anständige Haltung. Auf Verreiben des Unternehmertums wurde er nach einem kleinen rheinischen Orte verlegt, dort verlor er seinen Eifer für die Arbeiterfrage, heute ist er Pfarrer in Köln und die rechte Hand des Kardinals Fischer in sozialpolitischen Dingen.

Einige Jahre nach ihm trat in Köln Kaplan Gehdörffer als eifriger Agitator unter den Arbeitern auf; auch er tat viel für die gewerkschaftliche Organisation der katholischen Arbeiter und redigierte eine Zeitschrift ein christliches Arbeiterblatt, bis auch ihn eines Tages der Bannstrahl traf. Seine sozialpolitische Tätigkeit gestiel dem Unternehmertum nicht und so wurde er nach einem kleinen Wallfahrtsort verlegt, wo er fromme Pilger zu erbaute hatte. Heute beschäftigt er sich als Pfarrer in Stolberg bei Aachen mit der unglückseligen Organisation der katholischen Jugend.

Man sieht, das Kapital findet immer einen treuen Bundesgenossen in der Kirche, und der Hülferuf: „Kaplan hegt das Volk auf!“ schlägt nicht vergebens an die Ohren der hohen Hierarchie.

### Ein „terroristisch geführter Guerilla-Kampfbau“

wird gegenwärtig in Frankfurt a. M. von einer kleinen aber entschlossenen Gruppe eines Berufs — es handelt sich um ein Duzend Leute — in Szene gesetzt, ohne daß ihre „Arbeitgeber“ es wagen, den Standpunkt des „Herrn im Hause“ hervorzulehren. Unter schlaun und rücksichtsloser Ausnutzung der Konjunktur und des Glaubens ihrer Arbeitgeber, die sie für unerschütterlich halten, setzt ein Angehöriger dieser Berufsgruppe nach dem anderen durch „Drohungen“ und „Kötigungen“ seinen „Arbeitgebern“ die Pistole auf die Brust und drückt spielend eine Lohnerhöhung durch. Die Arbeitgeber sind so eingeschüchtert und hynostifiziert, daß sie sich bei den Beratungen über die Forderungen ängstlich einschließen, so daß niemand Zeuge ihrer Schwäche ist. Von allen Instanzen ihrer Klasse völlig verlassen, verzichten sie nicht nur auf den üblichen Nachweis, daß die Löhne der Mehrfordernden bisher schon höher

waren, als sonst irgendwo, sondern sie bewilligen sogar ohne jedes Feilschen und im Handumdrehen die Forderungen. Der erste dieser „Terroristen“ begnügte sich noch mit einer 17 prozentigen Lohnerhöhung, die absolut mehr als das Doppelte eines gewöhnlichen Arbeiterlohnes ausmacht; doch der schnelle Erfolg ermutigte den zweiten „Kollegen“ bereits, das Doppelte, nämlich eine Lohnerhöhung von mehr als 33 Proz. zu fordern und durchzubringen. Als sicher gilt bereits, daß in nächster Zeit zwei weitere Kollegen, und zwar die einflussreichsten von allen, dem Beispiel der beiden ersten folgen werden.

So wissen geldbewußte Leute ihre Lohnverhältnisse zu verbessern, ohne sich um den bestehenden „Lohnarif“ zu kümmern, ohne auf die „gespannte“ Geschäftslage Rücksicht zu nehmen, ohne langes Verhandeln, ohne Belästigungen durch die Behörden und ohne — sich zu genieren. Diese Glücklichen sind allerdings keine gewöhnlichen Arbeiter. Es sind die besoldeten Magistratsmitglieder in Frankfurt a. M. und ihre „Arbeitgeber“ sind die dortigen Stadtverordneten, mit Ausschluß der sozialdemokratischen. Der Chef des Hochbauamts, Stadtrat Schumann, mochte vor einigen Monaten den Anfang, indem er forderte, sein Gehalt von 14 500 M. auf 17 000 M., also um 2500 M. pro Jahr zu erhöhen, sonst würde er den Dienst quittieren und nach Köln gehen. Ihm ist jetzt der Chef des Tiefbauamts, Stadtrat Köllle, gefolgt, der aber gleich eine Gehaltserhöhung von 15 000 M. auf 20 000 M., also um 5000 M., forderte, wenn er nicht in Privatdienste treten solle. In geheimen Sitzungen haben die bürgerlichen Stadtverordneten die Forderungen ohne zu museln bewilligt, und damit die ganze Regelung der Magistratsgehälter über den Haufen geworfen. Dem zweiten Bürgermeister Grimm dünken, wie es heißt, seine 15 000 M. Gehalt jetzt auch zu wenig. Er will nächstens ebenfalls mehr fordern. Oberbürgermeister Adickes wird für seinen Verzicht auf einen Ministerposten höchstwahrscheinlich ebenfalls zu seinen 30 000 M. eine „Leuerungszulage“ bekommen, und so fort.

Bei den bescheidensten Lohnforderungen der städtischen Arbeiter predigen dieselben Herren Zufriedenheit und Genügsamkeit, und die bewilligungsbereiten bürgerlichen Stadtverordneten werden plötzlich knauserig und sagen: „Ja, Bauer, das ist ganz was anderes!“

### Schleiden-Malmedy.

Bei der heutigen Landtagswahl für den verstorbenen Abgeordneten Bringen Arenberg im Wahlkreise Schleiden-Malmedy-Monjoie wurde der Zentrumskandidat Lehrer Aesernich mit allen abgegebenen 207 Stimmen gewählt.

Eine schallende Ohrfeige erhielten die Kerze von dem zurzeit in Dresden tagenden Verbandstag deutscher Journalisten- und Schriftstellervereine. Er beschloß auf Antrag der westfälischen Gruppe des Verbandes, über die Verhandlungen des Ende Juni in Münster stattfindenden Kerzertages nicht zu berichten, da die Kerze wegen der skandalösen Behandlung der Presse auf dem Kerzertag in Klostod noch keine Genugung geleistet haben.

Dieser Beschluß der bürgerlichen Journalisten ist durchaus begrüßlich. Gut wäre es aber, wenn sie alle Verstärkungen der Presse bei höchsten und anderen ähnlichen Veranstaltungen, bei denen sie sehr oft an canalis behandelt werden, gleichermaßen beantworteten. Aber da fehlt der Mut!

### Oesterreich.

Die erste Sitzung des Reichsrats wird in einem kurzen Vorbericht, den die „Wiensche Zeitung“ Montag abend erhielt, folgendermaßen geschildert:

Wien, 17. Juni. Die heutige erste Sitzung des Abgeordnetenhauses, die auf Grund der Bestimmung der Geschäftsordnung etwas bloß formalen Charakter tragen konnte, ist programmgemäß und ohne jeden Zwischenfall verlaufen. Die Abgeordneten leisteten die Angelobung in ihrer Muttersprache: Polen polnisch, Tschechen tschechisch, Italiener italienisch und so weiter. Drei von den vier in Galizien gewählten Christen bedienten sich der polnischen Sprache, der Dozent an der Prager deutschen Universität Dr. Rohler sprach die Angelobungsformel deutsch. Als Alterspräsident Dr. Junke am Schluß seiner Rede das Haus zu dreimaligem Hoch auf den Kaiser aufforderte, verliehen ein Teil der Abgeordneten sowie der Präsidenten des Reichsrats dem Kaiser. Die tschechischen Sozialdemokraten blieben sitzen. Die deutschen Sozialdemokraten erhoben sich, stimmten jedoch in das Hoch auf den Kaiser ebenso wie die im Saale anwesenden drei Abgeordneten nicht ein. Die tschechischen Sozialdemokraten sowie die Kroaten fügten mit Bezug auf ihre staatsrechtlichen Bestimmungen der Angelobungsformel die Worte „unter Verwahrung“ bei. Der Kroate Don Joo Proban gelobte mit den Worten: „Ich gelobe, soweit ich als Kroate geloben kann.“

### Italien.

#### Rasi.

Rom, 16. Juni. Die Kammer nahm in ihrer heutigen Sitzung einen Antrag des Abgeordneten Turati und Genossen an, in welchem die Kammer den Justizminister auffordert, in kürzester Frist den Wortlaut des Beschlusses des Kassationshofes in dem Prozeß gegen den ehemaligen Minister Rasi der Kammer vorzulegen, ebenso wie die vorhergehenden Beschlüsse der Anklagenkammer und des Schworenengerichts sowie auch das vollständige Urteil des Kassationshofes. Der Ministerpräsident Giolitti hatte vorher erklärt, daß es sich um Vorrechte des Parlamentes handele, werde die Regierung an der Abstimmung nicht teilnehmen.

Rom, 17. Juni. Der Abgeordnete Vermialto hat in der Kammer einen Antrag eingebracht, welcher die Aburteilung Rasis durch den Senat als höchsten Gerichtshof fordert.

Rom, 17. Juni. (Kammer.) Der Präsident gibt bekannt, daß der Justizminister dem Hause den Wortlaut des Beschlusses des Kassationshofes, der Beschlüsse der Anklagenkammer und des Schworenengerichts sowie andere Akten über den Prozeß Rasi mitgeteilt hat. Diese Schriftstücke werden gedruckt und dann verteilt werden.

### Persien.

#### Der Polizeichef als Geiseln.

Teheran, 17. Juni. In vergangener Woche setzten die Teheraner Polizisten ihren Chef gefangen und drohten, ihn in Haft zu behalten, bis sie die rätselhaflichen Gehälter erhalten hätten. Der Minister des Innern versprach die Auszahlung, worauf der Polizeichef in Freiheit gesetzt wurde. Als aber das Geld nicht eintraf, veranstalteten die Anständigen eine lärmende Kundgebung und weigerten sich, eine Teilszahlung anzunehmen.

### Afrika.

#### Die Parlamentstagung im Transvaal.

Nachdem das Parlament vom 22. März an in den Ferien gewesen war, nahm es am 14. Juni seine Arbeiten wieder auf. Zunächst werden die Chinafrage und der Streik der weißen Bergarbeiter im Vordergrund der Verhandlungen stehen. Der Premierminister, General Botha, teilte dem Parlamente bereits mit, die Regierung sei gedrängt worden, ein Gesetz einzubringen, welches verlangt, daß die Chinesen der Kolonie erhalten bleiben, das Ministerium sei aber fest davon überzeugt, daß jene eine Gefahr für Transvaal seien und daß es an der Zeit sei, sie sobald als möglich aus der Kolonie verschwinden zu lassen. Die Verhütung, es sei nicht möglich, aus der eingeborenen Rassenmischung ar-

nägend Arbeitskräfte zu rekrutieren, sei nicht begründet, da in der letzten Zeit das Angebot an Arbeitskräften die Nachfrage ganz bedeutend überschritten habe! Dann aber sei das Ministerium auch entschlossen, die Rekrutierung selber zu überwachen. Gleichzeitig sollen die Arbeitsbedingungen und die Lebensweise der eingeborenen Arbeiter gebessert werden, wodurch bei diesen das Vertrauen zu den Unternehmern gesteigert würde. (1) Außerdem werde man noch in kurzer Zeit in der Lage sein, mit der Rekrutierung von Arbeitskräften in Natal und im Zululande zu beginnen.

Am 17. Juni trat das Parlament in die Verhandlung des Regierungsprogramms ein, und man erwartet allgemein, daß diese Tagung recht stürmisch verlaufen wird. In der Tat hat die sogenannte Chinesenpartei, d. h. die Verteidiger der Minenmagnaten, alles aufgebieten, die Regierung zu zwingen, die Chinesen in der Kolonie zu halten. Aber selbst wenn die Vorschläge der Regierung angenommen werden, wird es bis 1910 dauern, bevor die Chinesen aus der Kolonie entfernt sind, da man erst die dreijährige Kontraktzeit ablaufen ließe.

Der erste „Chinesenschub“ langte im Juni 1904 in Transvaal an. Am Ende desselben Jahres wurden in den Minen bereits 20 885 Chinesen beschäftigt. Bis Ende 1905 wurden im ganzen 50 605 Chinesen importiert. Von diesen hat man 3478 wieder in ihre Heimat zurückgeschickt, weil sie untauglich oder sonst „defekt“ waren; einige „lauchten“ ihre Freiheit zurück, andere starben. Bemerkenswert ist es, daß die Zahl der Chinesen Ende 1906 trotz der liberalen Regierung auf 53 828 gestiegen war, ja selbst in diesem Jahre wurden noch Chinesen importiert. Die Gesamtzahl aller bis jetzt importierten beträgt 63 568, davon starben oder gingen in die Heimat zurück 9740. Die Sterberate ist überhaupt eine sehr hohe: sie betrug bis jetzt im Durchschnitt 15—16 Proz. Die ersten Kontrakte sind am Ende dieses Jahres abgelaufen, und es sollen dann 16 759 Mann in die Heimat zurückgeschickt werden.

Vor einiger Zeit hat die Regierung zwei parlamentarische Kommissionen eingesetzt, deren Aufgabe es ist, die Klagen und Forderungen der weißen Bergarbeiter zu untersuchen, besonders die Frage der Ventilation in den Minen und die Frage, ob die Bedienung von drei Bohrmaschinen durch eine Person anempfohlen werden könne, ohne daß den Arbeitern Schäden daraus erwachse. Die Grubenmagnaten wollten von einer unparteiischen Untersuchung dieser Fragen ebenso wenig wissen wie von einem gewerblichen Schiedsgericht, welches die streifenden Arbeiter vorgeschlagen hatten. Nachdem aber General Botha vor einigen Tagen einer Deputation von Minenbesitzern kurz und bündig mitgeteilt hatte, die Regierung sei nicht im Stande, die Truppen ewig am Rand mobil zu halten, erklärten die Herren Unternehmer sich plötzlich bereit, die Vorschläge der Untersuchungskommissionen als bindend anzuerkennen!! —

## Amerika.

**San Francisco, 18. Juni. (W. Z. V.)** Bürgermeister Schmitz ist, da er überführt wurde, Geld von französischen Gastwirten erpreßt zu haben, seines Amtes entsetzt worden.

**San Francisco, 18. Juni.** Sofort nach Verurteilung des Bürgermeisters wegen Betrugs ist gegen 92 Polizisten und 98 städtische Beamte gerichtliche Verfolgung eingeleitet worden wegen Anfertigung falscher Schriftstücke.

## Gewerkschaftliches.

### Berlin und Umgegend. Vom Bäckerboykott.

Der Boykott tut seine Wirkung. Man merkt das schon an den zahllosen Schmähen und Drohbriefen, die bei der Verbandsleitung, bei Gruppenführern und bei der Redaktion des „Vorwärts“ einlaufen. Aber auch zahlenmäßige Nachweise für die Wirksamkeit des Boykotts liegen vor.

Im Verbandsbureau der Bäcker sind in den letzten Tagen über 50 Meister erschienen, die, der Macht der Hausfrauenolidarität sich fügend, die Forderungen der Gesellen bewilligten.

Allein am letzten Sonntagabend und Sonntagvormittag wurden vom paritätischen Arbeitsnachweis 114 Gesellen an bewilligte Bäckereien vermittelt.

Die Herren, welche vor einigen Tagen in den Ruf eines ihrer Häher: Wir haben gestiegt! einstimmten, bekommen bald Angst und Grauen vor ihrem Siege. Wir können uns die Gesichter dieser Sieger vorstellen, sie dürften so geistreich ausschauen, wie ein Mops, der den Schnupfen hat. Und unsere Genossinnen werden dafür sorgen, daß die Zunftkassentaxen ganz gründlich den Schnupfen bekommen.

Die vom Bäckerverband eingeführte Kontrolle hat ergeben, daß es zum großen Teile die Milch- und Gemüsehändler sind, welche in hinterhältigster Weise das Publikum täuschen und unter allerhand Schiebung den Meistern, die nicht bewilligen, den Rücken steifen. Es wird aber bei der scharfen Durchführung der Kontrolle auch diesen Leuten das Handwerk gelegt werden und es ist manchmal erstaunlich, mit welcher Schamlosigkeit Händler, die den Kontrollleur „rauschschmeißen“ wollten, durch das Abspringen diverser Kunden zur Verurteilung gebracht werden.

Genossinnen, laßt nicht locker, der Boykott muß durchgeführt werden!

Einzelne Polizeibeamte nutzen die Unkenntnis mancher Bäcker und Händler aus und versuchen, teilweise unter Zynausfischung von Strafe, sie zum Entfernen der roten Karten aus den Schaufenstern zu veranlassen.

Zu solchen Forderungen hat die Polizei nicht das Recht und niemand ist verpflichtet, unberechtigten Anforderungen der Polizei Folge zu leisten. Bei eventuellen Gewaltmaßnahmen wende man sich an das Verbandsbureau der Bäcker. Dort wird jeder erfahren, was zu tun ist, wie man Schadenersatzansprüche an die Polizei geltend macht und sich gegen uniformierte Belästiger wehrt.

Für Verkürzung der Dienstzeit demonstriert zurzeit ein Artillerist, indem er lustig als Klempner arbeitet. Der junge Mann, Siegwart sein Name, dient in Jugoistadt und hat angeblich vier Wochen Urlaub, um in Berlin bei der Firma Kornay als Klempner tätig sein zu können. Wenn zu solchen Zwecken die Dienstzeit abgekürzt werden kann, dann könnte das auch generell geschehen.

### Achtung, Rohrleger und Heiser!

Die Differenzen bei der Firma Deming u. Markgraf, Grünstraße 17, sind beigelegt, die Kollegen haben die Arbeit aufgenommen. Die Sperre ist hiermit aufgehoben.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Ortsverwaltung Berlin.

### Deutsches Reich.

Die Maschinenisten und Heiser der Schleppl-, Güter- und Duggerboote des ganzen Rheinstromes sind in den Streik getreten. Die Organisation hat alles aufgebieten, auf friedlichem Wege eine Einigung herbeizuführen, jedoch alle Versuche dazu scheiterten am Starsinn der Unternehmer.

Insbefondere scheint es den Herren die Forderung einer Mindestnachruhe von sechs Stunden, sowie der Sonntagsruhe angetan zu haben. Dabei hat selbst die nationalliberale Fraktion des Reichstages diesem am 20. März d. J. folgende Resolution unterbreitet:

Rechtsw. Redakteur: Hans Weber, Berlin. Anseratenteil veranw.;

„Der Reichstag wolle beschließen: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, tunlichst bald einen Vorschlag vorzulegen, durch welchen für die in der Binnenkauffahrt beschäftigten Personen Bestimmungen über Sonntagsruhe getroffen werden.“

So die nationalliberale Partei, in deren Reihen sicher viele Redner zu finden sind. Wenn die Probe aufs Exempel gemacht wird, dann ist Theorie und Praxis zweierlei. Allen Anschein nach sind auch die Gewaltigen des Rheinstromes vom Geiste Ballins befeelt. Die Gebuld der Rheinschiffslaven ist aber erschöpft. Mit Entschiedenheit wurde von dem ablehnenden Standpunkt der Rheinprovinz Kenntnis genommen und einstimmig beschlossen, sofort in den Streik zu treten. In Betracht kommen 1200 Kollegen, die auf 330 Dampfbooten, bei 92 Gesellschaften bezw. Westfern beschäftigt sind. Zugut ist nach sämtlichen Rheinhäfen streng fernzuhalten. Die arbeiterfreundliche Presse wird um Abgedruck gebeten.

Die Streikleitung. J. A.: F. Scheffel.

In der Motorschiffsfabrik Heine u. Weiß in Augsburg-Dorfhäfen sind erste Differenzen ausgebrochen.

Die Freiregierungen in Leipzig haben eine Lohnbewegung eingeleitet, nachdem sie im vorigen Jahre den Kampf abbrechen mußten. Der Gesellenausschuß richtete an die Zunft die Anfrage, ob sie geneigt sei, neue Verhandlungen über den Abschluß eines Tarifvertrages mit den Gehilfen anzubahnen. Der Zunftvorsitzende hat darauf ablehnend geantwortet. Die Gehilfen sind jedoch nicht gewillt, sich so abspieren zu lassen. Sie haben für nächste Woche eine Versammlung einberufen, um die weiteren Schritte zu beschließen.

Die Hafenarbeiter Königsbergs haben am Montag früh die Arbeit wieder aufgenommen und die „Guahyba“, das Streikbrecher-Schiff, das während der sechs Wochen dauernden Aussperrung der Hafen- und Stauerarbeiter im Königsberger Außenhafen lag, hat am Sonntagmittag 5 Uhr, mit den fremden Arbeitswilligen an Bord, die Anker gelichtet. Die Streikbrechergarde, die zum größten Teil aus verklumpten und verkommenen Elementen bestand, hat hier in Königsberg mancherlei Schandtaten aus dem Gewissen. Zu Raufereien kam es fast täglich und nur der humanen Behandlung der Sicherheitsbeamten dieser gefährlichen Sorte gegenüber, wie sie sonst ehrsüchtig, im Ausland oder in der Aussperrung befindlichen Arbeitern wohl selten zu teil wird, ist es zu danken, wenn die Revolterschießereien und Messerschereien nicht noch zahlreicher vorgekommen sind. So kam es selbst noch am Tage der Abfahrt der „Guahyba“, am Sonntag früh, auf dem Roggarter Markt, einem Platz im Zentrum Königsbergs, zu einer blutigen Schlägerei. Einige Streikbrecher der „Guahyba“, die nach durchgeleiteter Nacht zum Dampfer zurückkehren wollten, verprügelten ohne weitere Veranlassung entgegenkommende Passanten und nach kurzer Zeit gab es eine blutige Schlägerei. Der Streikbrecher Schiller aus Ehen wollte hierbei einen der in Aktion tretenden Schugleute niederschlagen, verfehlte jedoch sein Ziel und die Kugel traf einen der Passanten in die Schulter; bewußtlos stürzte der Betroffene zur Erde. Nun bekam aber auch Schiller eine kräftige Lektion, bald lag er blutüberströmt am Boden, besonders am Kopfe schwer verletzt. Drei Opfer der Schlägerei mußten mit dem Unfallwagen nach dem städtischen Krankenhaus geschafft werden, ein Teil der Kampfwilligen wurde verhaftet oder zur Anzeige notiert. Zu keiner Zeit hat bisher die Stadt Königsberg derartige Exzesse gehabt als in den Tagen der Aussperrung der Hafenarbeiter, verursacht durch die Einschleppung der fremden Streikbrecher.

Der Streik bei der Weltfirma Seidel u. Raumann in Dresden ist ohne Erfolg für die Arbeiterschaft beendet. Einen schweren Kampf hat hier die organisierte Arbeiterschaft zu bestehen gehabt und trotzdem zehn Wochen lang im Auslande verharret, aber leider ohne Erfolg. Der Firma ist es gelungen, mit Hilfe des behördlichen Apparats und mit Hilfe der damals im Betriebe gebliebenen gelben Streikbrecherorganisation, den Betrieb aufrecht zu erhalten. Ferner hat die Firma Seidel u. Raumann den größten Teil der Arbeit bei anderen Firmen herstellen lassen. In allen diesen Momenten kommt nun noch die Halsstarrigkeit der Direktion, die nicht ein Nota Entgegenkommen zeigte und dadurch auch nur den Streik frivolo herausbeschnitten hatte. Am Montag nachmittag beschäftigte sich nun eine Versammlung mit der Situation über den Streik. Verbandsleiter Haack legte in längerer Ausführungen dar, daß eine Weiterführung des Streiks unter den obwaltenden Verhältnissen aussichtslos sei. Nach einer äußerst heftigen und langen Debatte, in welcher sich einige Redner für die Weiterführung des Streiks aussprachen, wurde dann in geheimer Abstimmung die sofortige Beendigung des Streiks mit 475 gegen 285 Stimmen beschlossen. Wenn auch der Kampf für die Arbeiterschaft ohne Erfolg geblieben ist, so geht aber doch die Organisation gestärkt aus diesem Kampfe hervor. Die moralische Niederlage bei diesem Streik hat aber die Weltfirma Seidel u. Raumann erlitten. —

Die Kämpfe des Textilarbeiterverbandes im Jahre 1906. Insgesamt wurden 217 Lohnbewegungen mit 118 928 Beteiligten geführt. 145 Bewegungen mit 95 806 Beteiligten wurden ohne Streik durch Verhandlungen erledigt. An den 72 Streiks und Aussperrungen waren 23 120 Personen beteiligt. An den 54 Angriffen, 15 Abwehrstreiks und 8 Aussperrungen waren 12 403, 1908 und 9414 Personen beteiligt. Von den Angriffstreiks endeten 25 erfolgreich, 23 teilweise erfolgreich und nur 5 erfolglos; beteiligt waren 4995, 5888 und 1375 Personen. Die Abwehrstreiks endeten: 5 ganz, 1 teilweise erfolgreich und 8 erfolglos mit 479, 6 und 722 Beteiligten. Alle 3 Aussperrungen aber endeten für die 9414 Personen teilweise erfolgreich. Die Kämpfe ergaben als Gesamterfolg: 86 793 M. für 75 344 Beteiligte pro Woche an Lohn erhöhungen oder Abwehr von Lohnreduzierungen, ferner für 67 250 Beteiligte pro Woche 233 075 Stunden Arbeitszeitverkürzung. Die Lohnbewegungen verursachten eine Gesamtausgabe — Wahregelungsentwöhnung nicht mitgerechnet — von 434 491 M. Der Verband hat durch seine Kämpfe den Textilarbeitern 4 1/2 Millionen pro Jahr 1906 von der Prostitution abgeküpft. Trotzdem entfällt auf den beteiligten Arbeiter nur ein Mehrlohn von 1,15 M. pro Woche. Kulturell höchst bedeutsam ist, daß jeder Beteiligte pro Woche drei Stunden weniger Arbeitszeit erreichte.

Alles in allem sind die Erfolge gerade dieses Verbandes, der ein besonders kapitalkräftiges, prognes Unternehmertum als Kompensationsgegner hat, umso höher anzuschlagen, als der Prozentsatz der Organisierten noch ein verhältnismäßig geringer ist. (Wiederholt, weil nur in einem Teil der Auflage.)

### Ausland.

Ein Landarbeiterstreik ist im Departement der Orie ausgebrochen. In dieser Gegend existieren Güter von ziemlich erheblichem Umfange, die meisten der Bauern besitzen 120—250 Hektar Boden, den sie von 30—40 ständigen Arbeitern kultivieren lassen, ihre Profite betragen alljährlich bis in die Zehntausende. Die Landarbeiter erhalten jetzt während der Hälfte des Jahres einen Tagelohn von 2,40 M., während der übrigen Zeit 2,80 M. bis 3 M., die an der Dreschmaschine beschäftigten Arbeiter 38 Pf. pro Stunde. Die Forderungen der Streikenden gehen dahin: 3,20 M. Tagelohn während neun Monaten des Jahres und 2,80 M. während der übrigen Zeit, sowie eine Erhöhung des Stundenlohnes für die Drescher um 8 Pf. Die Grundbesitzer haben sich zur Abwehr in einer Organisation vereinigt.

Ueber die Trade Unions in New South Wales (Australien) enthält die soeben erschienene „Statistik der in der Industrie gezahlten Löhne“ im Anhang kurze Angaben. Die Gewerkschaften sind dort nämlich durch die Trade Unions Act vom Jahre 1881 verpflichtet, über die Zahl der Mitglieder, ihre Einnahmen und Ausgaben sowie über ihre Verhältnisse und Verbindlichkeiten dem staatlichen statistischen Amte genaue Angaben für die Zwecke der Statistik zu machen. Danach bestanden am Ende des Jahres 1905 157 Trade Unions mit im ganzen 84 803 Mitgliedern, deren gewerkschaftliche Einnahmen sich auf 1 452 000 M. belaufen. Die Ausgaben betragen 1 352 000 M.

das Vermögen am Jahreskassette 1905 1 400 500 M. Die größte Gewerkschaft ist die der „Australischen Arbeiter“, welche 17 852 Mitglieder zählt. Dann folgt die Bergarbeiter-Gewerkschaft mit 6099, die der Maschinenweber mit 4704, die der Eisenbahn- und Straßenbahnangestellten mit 4592, die der Seelente mit 2069, der Broken Hill-Grubenarbeiter mit 2828, der Werftarbeiter mit 2824 usw. Ueber die Entwicklung der Gewerkschaften sind leider keine Angaben vorhanden.

Paris, 18. Juni. Die Wäcker von Gap sind in den Ausstand getreten. Auf Anordnung des Bürgermeisters hat im Rathaus sofort eine Brotverteilung stattgefunden. Weitere Maßnahmen sind vorgesehen, damit es der Bevölkerung nicht an Brot fehle.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Abgeblüht.

Karlsruhe, 18. Juni. (Privatdepesche.) Der beantragte Ausschluß des Genossen A. Beck aus der Gewerkschaft „Teutonia“ ist am Sonntag vom Bundeskonvent mit der Begründung abgelehnt worden, daß es nicht zu den Aufgaben der Gewerkschaften gehöre, die politische Haltung ihrer Mitglieder zu zensurieren.

### Typhus-epidemie beim Militär.

Erier, 18. Juni. (W. Z.) Eine große Anzahl der Mannschaft des 181. Regiments wurde als typhusverdächtig in das hiesige Garnisonlazarett übergeführt. Generalarzt Dr. Dit aus Koblenz ist hier eingetroffen.

### Englisch.

Herfeld, 18. Juni. (W. Z. V. Amtliche Meldung.) Heute mittag entgleiste der vorletzte Wagen des Zuges 81 bei der Ausfahrt desselben aus dem Bahnhof Hedra und stürzte um. Sieben Reisende wurden verletzt. Der Betrieb ist nicht gestört.

### Der Abschluß der Autorsperre.

Höchst, 18. Juni. (W. Z.) Ungefähr 30 Anzeigen gegen Automobile, die wie festgesetzt worden war, innerhalb der Stadt Höchst zu schnell gefahren sind, gingen Montag früh bei der Höchster Bürgermeisterei ein. Die Anzeigen sind sofort der Anstaltsverwaltung zur gerichtlichen Verfolgung übermitteln worden.

### Abgestürzt.

Salzburg, 18. Juni. (W. Z.) Der Delonomiebeamte Guetler stürzte im Tannengebirge ab und blieb tot.

### Generalfreik in Lodz.

Lodz, 18. Juni. (W. Z.) Die hiesigen Fabrikarbeiter sind heute in den Generalfreik eingetreten.

### Die Revolte der Weinbauern.

Paris, 18. Juni. (W. Z. V.) Einem Abgeordneten ist aus Narbonne ein Schreiben zugegangen, das besagt, in den Straßen seien Barrikaden errichtet und die Bewohner aus der Umgebung träfen in der Stadt ein, um, wenn nötig, den bisherigen Maire Ferroul zu beschließen. Ramentlich seien die Frauen sehr erbittert. Radfahrer streiften in der Gegend umher, um die Bevölkerung zum Widerstande aufzufordern.

Narbonne, 18. Juni. (W. Z. V.) Inweil des Pledens Courfan sind die Eisenbahnschienen aufgerissen und die Telegraphendrähte zerschnitten worden. Zur Reparatur entsandte Arbeiter sowie der Staatsanwalt und Untersuchungsrichter, die sich nach den betreffenden Stellen begeben hatten, mußten umkehren. Ferroul hat die Bevölkerung aufgefordert, die Wiederherstellung der Telegraphenleitung und die Ausbesserung der Schienen nicht zu hindern.

### Zusammenstoß mit dem Expreßzug.

Rom, 18. Juni. (W. Z.) In der Station von Bari stieß heute ein Güterzug mit einem Expreßzug zusammen. Infolge der Gefahr versuchten, bevor der Zusammenstoß stattfand, zahlreiche Reisende des Expreßzuges, sich aus dem Wagen zu stürzen. Viele sind schwer verletzt worden.

### Frech und feige.

London, 18. Juni. (W. Z. V.) Unterhaus. Heute kam es zu erregten Auftritten bei der Besprechung von Anträgen, die an den Staatssekretär für Indien, Morley, in der Angelegenheit der Deportation der indischen Agitatoren Lakhpatrai und Abshitsingh gerichtet wurden. Mehrere radikale Redner, sowie Mitglieder der Arbeiterpartei und irische Nationalisten stellten Fragen in dem Sinne, daß sie betonten, Lakhpatrai sehe nicht in Beziehung zu der aufrührerischen Agitation des Abshitsingh und verdiene, verschieden behandelt zu werden. Diese Behauptung stellt Staatssekretär Morley in Abrede. Während er sprach, machte der konservative Howard Vincent mit halblauter Stimme eine Zwischenbemerkung. Diese wurde jedoch von den Nationalisten gehört und gab ihnen Anlaß zu stürmischer Protestkundgebung. Wie sich herausstellte, hatte Howard Vincent zwischengerufen, warum man den Lakhpatrai nicht erschieße. Es entstand starke, langandauernde Unruhe. Der Sprecher wurde von den Nationalisten aufgefordert, Howard Vincent zur Zurücknahme seiner Bemerkung zu zwingen. Letzterer erklärte, es sei nicht seine Absicht gewesen, daß seine Bemerkung gehört werden solle. Der Sprecher sagte darauf, daß er die Bemerkung nicht gehört habe, ermahnte jedoch Howard Vincent, Zwischenrufe zu unterlassen. Staatssekretär Morley erklärte dann auf Aufforderungen von Seiten der Nationalisten, daß er sich der Bemerkung Vincents keineswegs anschließe, und damit war der Gegenstand erledigt.

### Es gibt Menschen die hündischer sind als Hunde.

Petersburg, 18. Juni. (W. Z. V.) Der Vorsitzende des Verbandes echt russischer Leute richtete an den Kaiser folgendes Telegramm: „Tränen der Rührung hindern uns, Dir, Kaiser, die Gefühle auszudrücken, die wir beim Lesen Deines Manifestes empfanden. Dein Nachwort hat der Existenz der verbrecherischen Duma ein Ende gemacht. Wir bitten Gott, Dir und Deiner Familie die Gesundheit zu erhalten. Wir sind überzeugt, daß unter Deiner mächtigen Führerschaft Rußland siegreich aus allem Unglück hervorgehen wird, daß alle Ränke innerer und äußerer Feinde nicht zu fürchten sind, so lange das russische Volk gesichert wird durch einen von Gott eingesetzten, unumschränkten Selbstherrscher.“ Der Kaiser antwortete dem Vorsitzenden des Verbandes mit folgendem Telegramm: „Uebermitteln Sie den Vorsitzenden aller Abteilungen des Verbandes und allen Mitgliedern des Verbandes der wahrhaft russischen Leute, die mit ihre Ergebenheit ausgedrückt haben, meinen herzlichsten Dank. Ich bin überzeugt, daß sich jetzt alle wahrhaft treuen Söhne des russischen Volkes, die ihr Vaterland unerschütterlich lieben, ihre Reihen noch enger zusammenschließen und mir helfen werden bei der Erneuerung unseres großen heiligen Rußlands und bei der Vervollkommnung der Grundlagen des mächtigen Volkes. Möge mir der Verband der wahrhaft russischen Leute hierbei eine feste Stütze sein und allen in jeder Hinsicht als Beispiel der Gerechtigkeit und der Ordnung dienen.“

### Zum Kampf im Baugewerbe.

Der Netter.

In der von uns bereits erwähnten Denkschrift führen die Unternehmer, getreu ihrer bisherigen Taktik, eine sehr selbstbewusste Sprache. Und die hochgemutete Siegeszuversicht, als Ausfluß stolzer Kraft, hält an bis auf die — letzte Seite. Da wird's elegisch! Die 23 Seiten lang pouffierte Siegeszuversicht löst sich auf der 24. Seite in eine — Drohung aus. Eine schreckliche Drohung! Eine gelbe Gewerkschaft wird man gründen und die Verbände zerreißen. Berliner Bauarbeiterzittere und vernehme das beschlossene Verhängnis:

Die Arbeitgeber halten daran grundsätzlich fest, daß nicht eher der Kampfzustand dem Frieden weichen wird, bis die unterständigen und im höchsten Maße unwirtschaftliche Forderungen auf jedwede Herabsetzung der Arbeitszeit von den Gewerkschaftsführern entgütig ausgegeben, oder in praxi zur Bedeutungslosigkeit geworden ist; sollte es sich im Laufe der allernächsten Zeit zeigen, daß die Gewerkschaften auf ihrem Kraftprobierfeld beharren, dann werden Mittel und Wege gefunden werden, den sich so anmaßend gebärdenden Organisationen andere Vereinigungen der Arbeitnehmer zur Seite zu stellen, die weitwichtig genug sind, im Blicken und Gebahren des ganzen Gewerbes auch ihren Vorteil zu sehen, und denen das Interesse der Allgemeinheit mehr gilt, als eigene Augenblickserfolge, die, im gänzlichen Widerspruch zur allgemeinen wirtschaftlichen Lage stehend, das Gewerbe selbst nicht tragen kann, und die also durch erhöhte Ausgaben auf der anderen Seite, oder richtiger gesagt, durch die Entwertung des Geldes in kurzem wieder paralytisiert werden. Die Gewerkschaften sollten sich, ganz wesentlich noch in ihrem eigenen Interesse, daran erinnern, daß bereits in anderen Berufen ganz gute Erfolge mit den sogenannten meistertreuen Arbeitnehmervereinigungen gemacht worden sind.

Wenn die Nächsteingründe die nötige Geduld haben und warten, bis sie selbst — gelb werden, dann bekommen sie auch eine gelbe Gewerkschaft. Mit solchen Drohungen, wie die vorstehende, können sie wahrhaftig nicht imponieren. Solche unfreiwilligen Eingeständnisse der Schwäche und der Hoffnungslosigkeit können die Kampffreudigkeit der Arbeiter nur noch erhöhen.

### Nicht verblüffen lassen!

Die Unternehmer haben durch Plafatanschläge bekannt machen lassen, daß sie am 1. Juli die Bauten öffnen wollen. Arbeitswillige, die zu den alten Bedingungen anfangen wollen, sollen sich bei den einzelnen Baugesellschaften und im Zentralarbeitsnachweis des Unternehmerverbandes melden. Daß man Leute annimmt, ihnen aber gleich sagt: Ihr müßt noch 14 Tage warten! ist ein Robum. Aber der Unsinn hat Methode. Es steckt etwas dahinter. Und dies Etwas wollen wir verraten: Man weiß ganz gut, daß sich nicht Leute genug melden, und da soll künstlich etwas nachgeholfen werden. In den nächsten Tagen wird man der Öffentlichkeit mitteilen, daß bereits so und so viele tausend Arbeitswillige eingeschrieben sind. Die Zahlen kann man leicht zusammenrechnen. Alles, was sich an den Arbeitsnachweisen an Arbeitern der verschiedensten Kategorien meldet, kann man als „arbeitswillig“ eintragen, dazu noch die Obdachlosen; vielleicht kommen auch Doppelzählungen vor. Die Hauptsache ist, daß man Zahlen auf dem Papier hat. Damit hofft man die Bauarbeiter ängstlich zu machen und zu veranlassen, sich ebenfalls zu melden. Glücke der Plan, dann könnte man Auslese halten und sich über das gelungene Mänschen ins Häuschen lachen.

Die Arbeiter werden sich natürlich nicht so leicht über den Vöfel barbieren lassen, wie die Herren das gern möchten. Für die Bauarbeiter gilt jetzt das 11. Gebot:

Laß dich nicht verblüffen!

Nachdem die Arbeitgeber im Dachdeckergerwerbe den von der Tarifkommission aufgesetzten und unterschriebenen Vertrag abgelehnt hatten, mühten die Gesellen sich schlüssig zu werden, in welcher Weise der von neuem entbrannte Kampf weitergeführt werden soll.

In der am Sonntag bei Wille stattgefundenen Mitgliederversammlung gab der Gauleiter Höppler den Situationsbericht. Trotz des Wanders der Unternehmer sieht die Sache der Gesellen derartig günstig, daß von den im Tarif niedergelegten Bedingungen unter keinen Umständen zurückgegangen werden soll. Die Kassenverhältnisse des Verbandes seien ebenfalls dezent, daß an ein Abbrechen des Kampfes seitens der Arbeitnehmer gar nicht zu denken sei, solange die Unternehmer auf ihrem inkonsequenten Standpunkt verharren.

Lebendiger werde am Donnerstag das Einigungsamt des Gewerbegerichts darüber entscheiden, ob die vom Vorsitzenden der Tarifkommission im Auftrage der Unternehmer abgegebene Unterschrift bindend sei oder nicht.

Nach längerer Debatte beschloß die Versammlung einstimmig, an den gestellten Forderungen festzuhalten.

Die Dachdeckerhülfsarbeiter, welche aus dem gleichen Anlaß wie die Dachdeckergehilfen zur Weiterführung des Kampfes gezwungen sind, beschloßen ebenfalls in ihrer am Sonntag im Gewerkschaftshaus abgehaltenen Mitgliederversammlung, an ihren bisherigen Forderungen festzuhalten.

Die Einwendungen der Unternehmer gegen die einzelnen Tarifpositionen sind so kleinlicher Natur, daß man ohne weiteres als wahren Grund der Ablehnung die Treibereien der Oberhauptmänner im Vauverlauf herausklemmen muß.

### Vierter ordentlicher Genossenschaftstag.

Düsseldorf, 17. Juni 1907.

Der Genossenschaftstag tagt hier selbst in der Städtischen Tonhalle. Derselbe wird von Madestock-Dresden eröffnet. In Vorsitzenden werden Radestock, Barth und Markus, zu Schriftführern Schmittenen, Magdeburg und Jammer, Düsseldorf gewählt.

Der Zentralverband deutscher Konsumvereine hat, seitdem er infolge des Kreuznacher Genossenschaftstages aus dem Allgemeinen Verband deutscher Wirtschaftsgenossenschaften ausgeschieden, sehr erhebliche Fortschritte gemacht. In den 5 Jahren des Bestehens des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine (1902 bis 1906) ist die Zahl der Verbände von 585 auf 929, die Zahl der Mitglieder dieser Vereine von 480 000 auf 781 000 gestiegen. Der Umsatz hat sich von 148 Millionen im Jahre 1902 auf 265,5 Millionen im Jahre 1906 gehoben, und dementsprechend hat sich auch das Kapital der Vereine von 14 auf 25 Millionen vermehrt. Die Zahl der zurzeit von den Konsumvereinen des Verbandes — es gehören ihm übrigens auch eine kleinere Zahl von Produktivgenossenschaften an — beschäftigten Personen betrug zuletzt

10 716, die Zahl der Verkaufsstellen 2324. Dieser Fortschritt verteilt sich ganz gleichmäßig auf die einzelnen Jahre. Auch im letzten Jahre ist der Umsatz der dem Verband angeschlossenen Konsumvereine bedeutend größer geworden, er stieg um mehr als 9 Proz. Dieses rasche Wachstum des Verbandes macht eine Reihe von Änderungen in der Organisation notwendig, die der Düsseldorferverbandsstag beschließen soll. Die Einteilung des Gesamtverbandes in Revisionsverbände soll streng durchgeführt und eine scharfe Teilung der Aufgaben der Zentralverwaltung, des Vorstandes und des Sekretariats, und der Revisionsverbände vorgenommen werden. Diese sollen durch Anstellung besoldeter Beamten, zu deren Gehalt auch die Zentralkasse größere Beiträge zu leisten bereit ist, fester gesichert und aktionsfähiger gemacht werden. Die Hauptaufgabe des Sekretariats ist die literarisch-journalistische Vertretung der Konsumvereine nach außen. Auch hier soll ein weiterer Ausbau der Verbandseinrichtungen dadurch angestrebt werden, daß das Propagandaorgan der Konsumvereine, das „Frauen-Genossenschaftsblatt“, zu einem konsumgenossenschaftlichen Volksblatt erweitert wird. Weitere Reorganisationen des Zentralverbandes, die jetzt zum ersten Male über ihre Tätigkeit vor dem Verbandstage berichten, sind die Unterhaltungs-kasse und das Tarifamt. Das Tarifamt, das aus zwei Gewerkschaftsvertretern und zwei Genossenschaftsvertretern unter Hinzuziehung eines Mitgliedes der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands und des Sekretärs des Zentralverbandes Heinrich Kaufmann gebildet ist, hat die Aufgabe, alle aus den Tarifverhältnissen entspringenden Streitigkeiten in den einzelnen Konsumvereinen zu schlichten und den Abschluß neuer Tarifverträge anzubahnen. Bisher ist es gelungen, mit den Bäckern und mit den Transportarbeitern Tarifvereinbarungen für ganz Deutschland zu treffen, dagegen sind die Verhandlungen über einen Lohn-tarif zwischen den Konsumvereinen und den Lagerhaltern und Handlungsgehilfen bisher ergebnislos verlaufen, obwohl die Bemühungen um ihren Abschluß auch dieses ganze Jahr hindurch angehalten haben. Die Forderungen, an denen die beiden Verbände der Lagerhalter und der Handlungsgehilfen vom gewerkschaftlichen und politischen Standpunkt aus durchaus mit Recht festhalten, während die Konsumvereine sie für unannehmbar erklären, sind in der Hauptsache: gleiche Bezahlung von Frauen- und Männerarbeit, Geltung der Tarifverträge auch für die kleinsten Konsumvereine und für das Personal der Zentralkasse und Konkurse. Diese Schwierigkeiten in der Regelung der Verhältnisse mit den beteiligten Gewerkschaften werden zweifellos bei dem einschlägigen Punkte der Tagesordnung den Verbandstag ausgiebig beschäftigen. Weiter wird sich der Verbandstag außer mit den üblichen geschäftlichen Angelegenheiten, den Berichten des Vorstandes und des Sekretärs sowie des Ausschusses mit der Regelung des gemeinschaftlichen Ankaufs der Konsumvereine beschäftigen. In besonderen Tagungen werden sich die anwesenden Vertreter mit der Organisation und dem Jahresbericht der Großeinkaufsgesellschaft beschäftigen. Dem Verbandstage voraus geht eine Tagung der Mitglieder des internationalen Genossenschaftsbundes, dessen nächste Zusammenkunft noch im laufenden Jahre in Cremona stattfindet.

In seiner Begrüßungsrede gibt Radestock seiner Freude Ausdruck, daß endlich der Genossenschaftstag einmal im Rheinland tagen könne, da gerade im Rheinland die Genossenschaftsbewegung mächtig gefördert sei. Seit Kreuznach sei die Entwicklung der Konsumvereine rapid vor sich gegangen, da durch die dortigen Verhandlungen die Bahn für dieselben frei geworden sei. Die Vertreter der Genossenschaften sahen dort ein, daß sie nur als Schlepptreuer der Freiwirtschaft dienen sollten. Radner gibt dem Wunsch Ausdruck, daß auch die Verhandlungen dieses Tages vom Geiste der letzten Jahre befeuert sein mögen.

Annähernd 500 Delegierte sind erschienen, die insgesamt 250 Konsumvereine vertreten. Ferner ist die internationale Konsumbewegung vertreten durch den Verkehrsminister Dr. Sven Högdbo-Kopenhagen; aus England ist der Generalsekretär Gray, Direktor Barwick und Goodrich-Manchester erschienen. Frankreich ist durch Dr. Raffin, Holland durch Unterstaatssekretär Dr. Elias und Herrn Goodhart, Belgien durch Serwin, Desterreich durch Sekretär Eger-Wien, die Schweiz durch Kertwint und Stäffelder-Basel, Schweden durch Direktor Wahlmann-Stockholm, Norwegen durch den Präsidenten Mogwell, Finnland durch Väinälä, die International Cooperative Alliance durch den Präsidenten Henry Wolff-London vertreten. Die Generalkommission hat Umbreit, der Tabakarbeiterverband Eberle, der Transportarbeiterverband Schulz, der Bäckerarbeiterverband Allmann entsandt. Ebenso haben die Verbände der Lagerarbeiter und Handlungsgehilfen Deauftragte delegiert. Högdbo-Kopenhagen betont in seiner Begrüßungsrede, daß er von 1125 Konsumvereinen beauftragt sei, dem vierten Genossenschaftstag die Brudergrüße zu überbringen. Dort wie hier sei es das Bestreben der Konsumvereine, durch Verbilligung der Lebensmittel die Lage der arbeitenden Klassen zu verbessern. Der Umsatz der Großeinkaufsgesellschaft sei von 3 auf 30 1/2 Millionen Kronen gestiegen; dies dürfe bei einer Bevölkerung von 2 1/2 Millionen als ganz enorm bezeichnet werden.

Dr. Raffin-Paris gibt eine Entwicklungsgeschichte der französischen Konsumvereine. Radner erwähnt, daß schon früher der Genossenschaftsgedanke propagiert und die Heberverteilung der Konsumgüter seitens der Kaufleute als ein großes Uebel bezeichnet habe. Die Genossenschaftsidee sei unter der Bevölkerung dort populär, die genossenschaftliche Allianz sei eine Idee, von der die Arbeiter aller Länder noch immer mehr erfüllt werden müssen.

Aus England wird berichtet, daß dort nicht nur die Konsumvereine, sondern auch die Produktivgenossenschaften sehr gute Fortschritte gemacht haben. Über 10 000 Personen finden allein in letzteren Beschäftigung. Die bestfunktionierenden Maschinen und Arbeitsmethoden werden in diesen Betrieben angewandt. So ist es ihnen z. B. möglich, innerhalb einer Stunde 220 Doppelzentner Korn zu Mehl zu vermahlen; auch in der Seifenfabrikation ist die Produktion eine ähnlich staunenerregende.

Von den auswärtigen Gästen betont der Delegierte aus Schottland, daß der Genossenschaftsgedanke mehr Frieden und Glück für die Menschheit verbürge, als alle hochtönenden Worte der Häger Friedenskonferenz.

Darauf wird die Verhandlung auf Dienstag früh 9 Uhr vertagt.

Heute tagt erst der

### Internationale Genossenschaftsbund.

Der einzige Punkt der Tagesordnung des Internationalen Bundes ist eine Aussprache über den Internationalen Genossenschaftstag.

Das einleitende Referat hatte Lorenz-Hamburg.

Radner bemängelt die in den Statuten des Internationalen Genossenschaftsbundes festgelegten Grundzüge und tritt energig dafür ein, daß der Internationale Genossenschaftstag in Cremona mit den alten Statuten anräume. In Cremona mühten die in dem Zentralverbande der deutschen Konsumgenossenschaften geltenden Prinzipien zum Durchbruch gelangen, gegen die man seinerzeit in Budapest verstoßen habe, indem dort einseitige Agrarinteressen gefördert seien. Die deutschen Konsumgenossenschaften seien antikapitalistisch, deshalb dürfe aus keinem Fall eine Verästelung von Kapitalinteressen und Volksinteressen stattfinden. Da Deutschland nur mit 82 Vereinen dem Internationalen Genossenschaftsbunde angeschlossen ist, so ermahnt Radner dringend zu einem stärkeren An-schluß an den Bund.

Dr. Wolff-London (Präsident des Internationalen Genossenschaftsbundes) betont, daß ihm der Referent im Prinzip aus der Seele gesprochen habe, doch scheine er ein wenig zu stark die Situation zu schildern. Auch könne sich der Internationale Genossenschaftsbund nicht in die inneren Angelegenheiten der einzelnen Sektion einmischen. Uebrigens mache sich auch in England innerhalb der Genossenschaften die Agrarbewegung stark bemerkbar, sie finde auch in Regierungskreisen Freunde, doch sei die Idee des Genossenschaftswesens, das die Hebung der arbeitenden Klassen im Auge habe, so stark im Volke eingewurzelt, daß eine Zurückdrängung dieses Gedankens durch eine Sonderbestrebung für agrarische Interessen ausgeschlossen sei.

Kaufmann-Hamburg betont, daß dem Bestreben der landwirtschaftlichen Genossenschaften, die nach Staats-hülfe verlangten, entgegengetreten werden müsse. Radner geht dann näher auf den Internationalen Genossenschaftstag ein und macht Vorschläge bezüglich der Delegation. Es sei an der Zeit, endlich das Gefühl der „Burschigkeit“ gegenüber dem Internationalen Genossenschaftsbunde abzulegen. Bei der Revision der Statuten in Cremona müsse ganze Arbeit gemacht werden.

Dr. Müller-Basel erklärt die jetzigen Zustände innerhalb des Internationalen Bundes für unhaltbar, es fehle jedes klare Ziel. Bei den verschiedenen Strömungen erscheine es ihm unmöglich, alle unter einen Hut zu bringen. Es bestehe auch im Prinzip ein Unterschied zwischen landwirtschaftlichen Genossenschaften und den Konsumvereinen. Für die agrarischen Genossenschaften käme innerhalb des Internationalen Bundes kein Platz sein. Die Großeinkaufsgenossenschaften und die Konsumgenossenschaften seien das Rückgrat des Internationalen Genossenschaftsbundes. In Cremona müsse das demokratische Gefühl mehr zum Durchbruch kommen, die kleinbürgerlich-utopischen Anschauungen mühten beiseite geschoben werden.

v. Elm-Hamburg tritt Dr. Müller teilweise entgegen. v. Elm will die internationalen Grundzüge nicht zu eng gezogen wissen, da sonst für Bau- und Produktivgenossenschaften kein Platz mehr im Internationalen Bunde sei. Durch die antiagrarische Strömung würden auch die dänischen landwirtschaftlichen Genossenschaften, die doch sehr gegenwärtig im Volksinteresse wirken, schwer getroffen werden, obwohl sie rein häuerlich, nicht agrarisch seien. Die Scheidung zwischen agrarischen und Konsumgenossenschaften werde sich auch ohnedem vollziehen.

Dr. Wolff-London besorgt, daß es in Cremona zu einem zweiten Kreuznach kommt. Aber democh müsse versucht werden, die Reformierung der Grundzüge durchzubringen. — Dr. Müller betont gegenüber v. Elm, daß auch selbst bei den Kleinbauern das Eigentumsgefühl vorherrsche. — Lorenz ermahnt dann in seinem Schlusswort noch dringend, auf eine starke Vertretung in Cremona bedacht zu sein. Es solle wohl den Wegern in den Anschauungen die Hand geboten werden, aber wenn es nicht anders gehe, dann müsse schließlich ein internationaler Konsumvereinsverband ins Leben gerufen werden. Das Prinzip dürfe nicht unter Sonderinteressen leiden.

### Eine Feuerwehr vor Gericht.

Im Siebenlehner Brandstiftungsprozeß sind die Verhandlungen gestern beendet worden. Von den Angeklagten hat sich am letzten Freitag der Schuhmacher Stein im Gefängnis erkängt. Auch der als Zeuge vernommene frühere (1893—1898) Feuerwehrrauptmann Claus machte seinem Leben durch Erhängen (im Jellerwalde) ein Ende.

Von den charakteristischen Aeußerungen aus dem Prozeß sei noch erwähnt, daß nach der Aussage eines Zeugen in der Feuerwehrtunde gesagt wurde:

wenn's Geld mal knapp wird, haben wir immer noch die Ludwigshöhe Scheune, die muß zwei Prämien bringen.

Das

Urteil

ging dahin: Drei Angeklagte, der Feuerwehrrkommandant, Kaufmann und Feldweibel der Landwehr Jersch, der Baumeister, Brandmeister und Versicherungs-agent Straube, und der Schlossermeister Raden wurden zu je drei Jahren sechs Monaten Zuchthaus, der Wirtschaftsbefizer Kendel zu drei Jahren sechs Monaten Gefängnis, der Schuhmacher Sohr zu einem Jahre zwei Monaten Gefängnis, der Schuhmachermeister Starke zu einem Jahre sechs Monaten, der Schuhmachermeister Franke zu sieben Monaten Gefängnis verurteilt. Fünf Angeklagte wurden freigesprochen.

### 5. Verbandstag der Gravere und Ziselere.

In der kurzen Vorbereitung am Montag wurde nach den üblichen Begrüßungen das Bureau gebildet.

Die Präsenzliste weist 34 Delegierte auf.

Zum Bericht des Zentralverbandes gab der erste Vorsitzende Brückner noch eine Reihe mündlicher Erläuterungen zu der gedruckten Vorlage. Er wies u. a. darauf hin, daß die Entwicklung des Verbandes in den letzten Jahren nicht in der Weise vor sich ging, wie es wünschenswert gewesen wäre, und führte dies zum Teil auf die zunehmende Neigung zum Uebertritt in den Metallarbeiterverband, teilweise aber auch darauf zurück, daß an manchen Orten die leitenden Personen nicht die nötige Energie entfalteten, um die indifferenten Kollegen für die Organisation zu gewinnen. Die Einberufung einer süddeutschen Konferenz anlässlich der Erhebung von Extrabeiträgen wurde von dem Redner scharf beurteilt. Er berichtete sodann über die Schritte, die getan wurden, um die Gravere der Stoffdruckindustrie zum Uebertritt in den Verband zu veranlassen. Es ist aber nichts daraus geworden. Die Organisation der Stoffdruckgravere beruht nach des Redners Meinung auf Hirsch-Dundercher Basis, und er hat den Eindruck, daß die führenden Organe dieser Kategorie eifrig daran arbeiten, die Stoffdruckgravere vom Uebertritt in den Verband abzuhalten. Radner bemerkte noch einiges zu den Grenzstreitigkeiten und sprach am Schluß den Streik der Leipziger Gravere.

Nachdem der Kassierer Streicher noch einige Bemerkungen zum Kassenbericht gemacht, berichtete Siwert-Verlin kurz über die Einrichtung der Wanderbibliotheken und über die zur Befestigung der erwerbslosen Kranken aufgenommene Statistik, die als Grundlage für die eventuelle Einführung der Erwerbslosenunterstützung dienen soll. Nachdem noch Hollerbach-Stuttgart den Bericht der Kontrollkommission gegeben, setzte eine ausgiebige Diskussion über die verschiedenen Berichte ein.

### Aus Industrie und Handel.

Schad-Verkehr.

Die andauernde Geldverknappung hat das Problem der Umschaltung des Bargeldes im Tagesverkehr wieder akut gemacht und wird dabei auch wohl etwas herausbringen.

Die Frankfurter Handelskammer hatte für Sonnabend nachmittag eine Versammlung der Bank- und Wankers des Bezirks einberufen, welche über die zur Popularisierung des Schadverkehrs zu ergreifenden Maßnahmen beraten sollte. Erschienen waren auch Vertreter des Bankgewerbes aus der weiteren Umgebung Frankfurts, sowie Vertreter der benachbarten Handels-

fammern von Mannheim, Darmstadt, Wiesbaden, Mainz, Offenbach und Hanau. Nach einleitenden Referaten der Herren Friedrich Thormann und Danker Otto Höchberg entwickelte sich eine lebhaft diskutierte, deren Ergebnis die Einsetzung einer Kommission war, die nun die weiteren Arbeiten betreiben soll, um den Schiedsverfahren zu verbreiten und wenn möglich die Organisation eines Abrechnungs- und Ueberweisungsverfahrens für den ganzen Bezirk in die Wege zu leiten. In die Kommission sollen die Frankfurter Handelskammer vier, die anderen Kammern je ein Mitglied delegieren.

Hamburg erfreut sich bereits eines sehr ausgedehnten Ueberweisungsverfahrens, durch welches Gehaltszahlungen, Steuerleistungen, Begleichung von Rechnungen usw. ohne Vorverleib lediglich mittels Uebertragung in den Büchern der Banken besorgt werden. Bei den reichsten Leuten findet man kaum 100 M. Bargeld im Hause; alle ihre Verpflichtungen lösen sie durch Ueberweisung. Auch die Behörden zahlen ihren Beamten die Gehälter und Lieferanten ihre Guthaben durch Ueberweisung an die Bank. So sehen wir wieder sich eine Organisation entfalten, die man für den Zukunftsstaat gut wird gebrauchen können, welche zeigt, daß schließlich das Geld aus der Wirtschaft vollständig ausgeschaltet werden kann.

#### Anteil der einzelnen Industrien am Kohlenverbrauch.

Ueber den Anteil der einzelnen Industrien und des Bedarfs von Hausbrand bringt der „Glückauf“ nach den Ausweisen des Rheinisch-Westfälischen Kohlenhidrats folgende Aufstellung:

| Industriezweig  | 1903 1904 1905 |        |        |
|---|----------------|--------|--------|
|   | %              | %      | %      |
| Gewinnung von Steinkohlen und Koks; Zerkleinerung (Selbstverbrauch der Zechen).                                       | 5,74           | 6,08   | 6,56   |
| Erzeugung und Aufbereitung von Erzen aller Art  | 0,53           | 0,65   | 0,61   |
| Salzgewinnung; Salzbergwerke und Salinen  | 0,53           | 0,54   | 0,40   |
| Metallhütten aller Art (ausgenommen Eisenhütten)  | 0,92           | 0,98   | 0,69   |
| Eisenhütten; Herstellung von Eisen und Stahl, Schmied- und Streckwerke  | 28,60          | 24,20  | 26,70  |
| Metallbearbeitung (ausgenommen Eisen- und Stahlbearbeitung)   | 0,61           | 0,78   | 1,00   |
| Verarbeitung von Eisen und Stahl  | 7,51           | 7,71   | 8,95   |
| Industrie der Maschinen, Instrumente und Apparate   | 4,08           | 4,41   | 3,18   |
| Chemische Industrie   | 1,08           | 1,17   | 1,08   |
| Industrie der Steine und Erden  | 5,89           | 5,17   | 4,70   |
| Glasindustrie   | 1,26           | 1,14   | 0,83   |
| Chemische Industrie   | 3,91           | 4,10   | 3,29   |
| Gasanstalten  | 3,05           | 3,45   | 3,40   |
| Textilindustrie, Bekleidungs- und Reinigungsgeräthe   | 4,23           | 3,60   | 3,16   |
| Papierindustrie und polygraphische Gewerbe  | 1,26           | 1,17   | 1,25   |
| Lebber-, Gummi- und Guttapercha-Industrie   | 0,50           | 0,47   | 0,34   |
| Industrie der Holz- und Schnitzstoffe   | 0,22           | 0,18   | 0,19   |
| Lebber- und Kartoffelzucker-Fabrikation und Zuckerrefinerie, einschließlich Fäbrifikation von Stärke und Stärkehydrat | 1,02           | 0,89   | 0,91   |
| Brauereien und Branntweinbrennereien, einschl. Mälzereien, Löss-, Preßhese- und Spiritus-Fabrikation                  | 1,82           | 1,64   | 1,28   |
| Industrie der übrigen Nahrungsmittel- und Genußmittel   | 1,21           | 1,12   | 1,10   |
| Wasserwerkstätten, Bade- und Waschanstalten   | 0,62           | 0,77   | 0,47   |
| Handbedarf  | 18,05          | 12,18  | 14,97  |
| Eisenbahn- und Straßenbahn-Bau u. Betrieb, ausgenommen elektrische Bahnen   | 11,09          | 11,65  | 10,67  |
| Flugverkehr, See- und Luftschiffahrt, Hochseefischeret, Hafen- und Postdienst   | 4,44           | 4,72   | 4,86   |
| Kriegsmarine  | 0,68           | 0,59   | 0,66   |
| Zusammen  | 100,00         | 100,00 | 100,00 |

Demnach ist der Anteil der Eisenindustrie — Eisengewinnung und Verarbeitung von Eisen und Stahl — an dem Gesamtverbrauch von 30,11 Proz. im Jahre 1903 auf 35,65 Proz. im Jahre 1905 gestiegen.

Die Ergebnisse der landwirtschaftlichen Betriebszählung in Oesterreich. Soeben werden die Ergebnisse der landwirtschaftlichen Betriebszählung veröffentlicht. In Oesterreich wurden im ganzen 2.850.348 land- und forstwirtschaftliche Betriebe gezählt, von denen über 1,1 Millionen oder fast 40 Proz. in Galizien und der Bukowina gelegen sind. Fast alle diese Betriebe enthalten eine, wenn auch nur geringe landwirtschaftliche Fläche; bloß 9461 Betriebe besaßen ausschließlich aus Waldboden, die überwiegende Mehrzahl der Betriebe, 2.133.506, lediglich aus landwirtschaftlicher Fläche. Die übrigen Betriebe von weniger als 1/2 Hektar repräsentieren ungefähr 1/2 Million oder etwa 1/6 der Gesamtzahl; etwas größer ist die Zahl der Betriebe von 1/2 bis 1 Hektar. Am stärksten besetzt ist die Größenklasse von 2 bis 5 Hektar mit 808.290 Betrieben oder etwa 28 Proz. Rechnet man zu den mittleren Betrieben jene von 5 bis 50 Hektar, so ergibt sich für diese agrarpolitisch besonders wichtige Klasse eine Gesamtzahl von 766.754, während an Großbetrieben von mehr als 50 Hektar nur 30.982 gezählt wurden.

Deutsche Ridelwerke. Bei erhöhten Ueberweisungen an den Referendatsfonds sollen für das letzte Geschäftsjahr 16 Proz. Dividende verteilt werden gegen 14 Proz. im Vorjahre.

## Aus der Partei.

Die christliche Streikbruchspraxis wurde wieder in einer Verhandlung des Schöffengerichts für rüth enthält, die zugleich auch zeigte, daß die bayerische Justiz immer mehr im Einklang nach Bremen und Sachsen abhinkt. Angeklagt war der Genosse Emil Föllner von der „Färther Bürgerzeitung“, der den Leiter des christlichen Arbeiterverbandes, Fidelis Ulrich, beleidigt haben sollte. Die Vorgeschichte des Falles ist folgende: Die Glaschleifer der Firma Verchenthal u. Meyer in Fürth legten im Februar die Arbeit nieder, weil verschiedene Verschlechterungen der Arbeitsverhältnisse geplant waren und die Firma die Vereinbarungen wegen der ausschließlichen Benutzung des Arbeitsnachweises brach und auf Vorhalt erklärte, sie beachte den Arbeitsnachweis nicht. In der christlichen Presse und in den christlichen Versammlungen wurde die allbekannte Lügenmär verbreitet, es handele sich bei diesem Streik nur darum, einen Christlichen aus der Fabrik hinauszukorrigieren. Der betreffende Arbeiter selbst hatte jedoch eine schriftliche Erklärung abgegeben, daß der Gauleiter des Glasarbeiterverbandes ihm mitgeteilt hat, er solle ruhig weiter arbeiten, da die Differenzen sich weder um ihn noch um die christliche Organisation drehen. Auf Grund dieser Erklärung hatte die „Bürgerzeitung“ einen scharfen Artikel gegen den Leiter der Christlichen, den schon genannten Ulrich, der jene unwahre Nachricht in die Welt gesetzt, gebracht. Der Herr besaß den Mut, durch eine beschönigende Erklärung zu antworten, außerdem scheute er sich nicht, unter seinen Mitgliedern Streikbrecher zu werben, indem er mit einem anderen christlichen Führer von Haus zu Haus ging und die Leute entsprechend bearbeitete. Aber die christlichen Arbeiter hatten mehr Solidaritätsgelübde als ihre Führer, denn nur wenige ließen sich zum Streikbrecher verleiten. Da gab Herr Ulrich selbst seine gute Stellung in einer anderen Fabrik auf, um in eigener Person Arbeitswilliger zu spielen. Dieses Gebaren wurde von der „Bürgerzeitung“ in ihrem Artikel auf die Ulrich'schen Beschönigungen als „schamloser Streikbruch“ gekennzeichnet. Obwohl nun durch das Zeugnis der Nachweise erbracht wurde, daß die christliche Behauptung von der beabsichtigten Hinausleitung eines christlichen Arbeiters eine Lüge war, und obwohl ferner nachgewiesen

und durch die eigene Aussage des Ulrich bestätigt wurde, daß er lediglich aus gehässigen Motiven Streikbruch verübt hat, wurde Föllner wegen des ersten Artikels zu 25 Mark Geldstrafe, wegen des zweiten zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Dem christlichen Verleumder, gegen den Widerstand erhoben worden war, wurde der Schutz des § 193 zugesprochen, dem Genossen Föllner aber versagt. Selbstverständlich wird gegen dieses unerbörte Urteil Berufung eingelegt werden.

## Soziales.

### Das Elend der Landarbeiter in Ostpreußen.

Die Landarbeiter waren von jeher die Stiefkinder der Gesetzgebung. Sie haben kein Recht sich zu organisieren, um um höhere Löhne und kürzere Arbeitszeit zu kämpfen; in vielen Bundesstaaten wird sogar der Streik bei den Landarbeitern mit hoher Gefängnisstrafe bestraft. Und dabei werden die Löhne so tief wie möglich gehalten. Ein wahres Bild des Jammers steckt in den Zahlen, welche wir im „Reformblatt für Arbeiterversicherung“ über die durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienste für land- und forstwirtschaftliche Arbeiter in der Provinz Ostpreußen für die einzelnen Kreise finden.

| Anzahl der Kreise | Erwachsene Arbeiter |          |
|-------------------|---------------------|----------|
|                   | männlich            | weiblich |
| 14                | 300                 | 1        |
| 1                 | 375                 | 11       |
| 5                 | 390                 | 1        |
| 5                 | 400                 | 10       |
| 1                 | 410                 | 2        |
| 1                 | 420                 | 1        |
| 1                 | 440                 | 4        |
| 4                 | 450                 | 4        |
| 2                 | 500                 | 1        |
| 1                 | 450                 |          |

Die Landarbeiter in Ostpreußen genießen die Vorteile der Krankenversicherung nicht, weil die Krankenversicherungspflicht auf sie nicht ausgedehnt ist. Nimmt man die allgemeine Versicherung in ihren verschiedensten Formen, so ergibt sich das Resultat, daß die Landwirtschaft täglich pro Arbeiter ganze vier Pfennige ausgibt. Im Jahre 1906 betrug die Gesamtsumme dieser Pfennige (inklusive der gewerblichen Unternehmer innerhalb der Landwirtschaft) 148.250.000 M. Diese Summe verliert aber bald ihr glänzendes Aussehen, wenn es ferner bekannt wird, daß sie sich auf 6151 Witwen, 12.613 Waisen und 336 zu unterhaltende andere Verwandte berufungsloser Landarbeiter, 1604 dauernd völlig erwerbsunfähige, 63.233 dauernd teilweise erwerbsunfähige und 44.292 Verletzte, die innerhalb der ersten 13 Wochen geheilt wurden, erstreckt. Aus alledem gewinnt man den Eindruck, als ob die Großgrundbesitzer die Arbeiter nur als lebendes Inventar betrachten, mit dem sie rücksichtslos wirtschaften können. Die Landarbeiter aber sind durch die Nachgiebigkeit der Regierung gegenüber den agrarischen Wünschen rechtlos geblieben und daher nicht in der Lage, sich bessere Lebensbedingungen zu erkämpfen.

### Terrorismus gegen den eigenen Bruder.

Der Terrorismus gegen Arbeitnehmer durch „schwarze Listen“ verübt nach der Entscheidung des Reichsgerichts gegen die guten Sitten und macht Schadenersatzpflichtig, mag auch strafbar sein. Trotzdem fällt keine Anwendung in Deutschland ebenso wenig auf wie seine Straffreiheit. Etwas seltener dürfte der Fall sein, daß ein Unternehmer seinen eigenen Bruder auf die schwarze Liste setzt. Das ist jetzt in Dülken geschehen. Bei der Firma Joh. Schwarz, Stuckgeschäft in Dülken, waren die Arbeiter in den Streik getreten und hatte sich der Bruder des Firmeninhabers, als alle Vergleichsversuche erfolglos waren, den Ausständigen angeschlossen. Die Firma hatte sich an den Arbeitgeberverband für das Baugewerbe zu M. Gladbach gewandt, welcher die Sache zu der seinigen machte. Der Geschäftsführer des Verbandes sandte ein Schreiben an die Mitglieder, in welchem sie aufgefordert wurden, die Streikenden nicht einzustellen, oder wenn sie eingestellt, sofort zu entlassen. Diesem Schreiben war eine schwarze Liste beigelegt, die die Namen der Streikenden — darunter den des Bruders des Firmeninhabers — enthielt. Die Prokureur des Unternehmers kennt keine Schranken der Kündigung. Der eigene Bruder wird versetzt, weil er sich nicht ruhig ausruhen läßt. Und dann predigen die Unternehmer und ihre Trabanten von der — Heiligkeit der Familie.

### Gelenkerkrankungen im Verlaufe von Geschlechtskrankheiten.

Die Berliner Ortsgruppe der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten hielt am Freitag im Kaiser Friedrichsaal ihre vierte öffentliche Sitzung ab, in der Herr Dr. Hoffe, Assistent des Geheimrats Hoffa, einen Vortrag über „Gelenkerkrankungen im Verlaufe von Geschlechtskrankheiten“ hielt. Der Vortragende wies darauf hin, daß ein nicht unerheblicher Teil derjenigen Erkrankungen, welche im Publikum als rheumatisch aufgefaßt würden, auf Tripper-Infektionen beruhen. Die richtige Diagnose würde gewöhnlich erst dadurch gestellt, daß das auf Rheumatismus wirkende Sarcin bei jenen Erkrankungen wirkungslos bleibe. Gerade aber für Tripper-Rheumatismus komme es sehr viel auf die frühzeitige Erkennung an, weil die Behandlung alsdann stets von Erfolg begleitet ist, besonders seitdem Geheimrat Bier die bei derartigen Erkrankungen häufig vorkommenden Gelenksteifigkeiten und Verunstaltungen der Gelenke erfolgreich wie früher zu behandeln gelehrt hat. Noch schwerer aber verlaufen die Gelenkerkrankungen, die durch erworbene oder ererbte Syphilis entstanden sind und die im Publikum gewöhnlich, besonders wenn es sich um die ererbte Syphilis der Kinder handelt, als englische Krankheit oder Tuberkulose aufgefaßt werden. Die durch Syphilis hervorgerufenen Gelenkveränderungen sind leider oft so schwer, daß sie in der erheblichsten Funktionsstörung und Verkrüppelung der Gelenke und Knochen führen. Der Vortragende unterzöge seine Ausführungen in wirkungsvoller Weise durch zahlreiche Projektionsbilder von gesunden und kranken Knochen und Gelenken.

Zum Schluß gab Herr Dr. Blaschko einen Bericht über den jüngst abgehaltenen Mannheimer Kongress, auf welchem als alleiniges Thema die Sexualpädagogik von den berufensten Medizinern und Pädagogen im Beisein der Vertreter vieler Länder und höchster Behörden behandelt wurde. Der Kongress ist in glänzendster Weise verlaufen und zeigte vor allem eine erfreuliche Uebereinstimmung aller maßgebenden Faktoren, namentlich darüber, daß die Belehrung in der sexuellen Hygiene in der Schule gelegentlich des naturwissenschaftlichen Unterrichts ebenso notwendig sei, wie die Aufklärung speziell der abgehenden älteren Schüler durch Ärzte, die sexuell-pädagogische Ausbildung der Lehrer, die Einrichtung von Elternabenden behufs Aufklärung ihrer Kinder und Erziehung zu einer reinen sexuellen Auffassung.

### Zur Aufsichts- und Schadenersatzpflicht der Kommunen bei Unfällen auf öffentlichen Straßen.

Der 6. Zivilsenat des Reichsgerichts beschäftigte sich am 17. Juni mit folgender Angelegenheit: Von dem Bahnhof der Stadt Danzig fährt ein Anschlaggleis nach dem südlichen Vieh- und Schlachthofe, das unter anderem auch durch eine öffentliche Straße führt, die mit bewohnten Häusern auf einer Seite nur bebaut ist. Dort liegt auch das Marien-Krankenhaus. Für dieses wurden vom Bahnhof aus zwei Loren Kohlen transportiert. Als die eine Lore von Arbeitern des Krankenhauses — nicht der Stadt — entladen und eine Strecke fortgeschoben wurde, meinte der eine Arbeiter zu herumstehenden Kindern, daß sie den Wagen weiterziehen könnten. Der eine Junge — der Kläger — schob. Ein anderer kletterte unter den Wagen, loderte den einen Nagel

und die hierdurch fallende Klapptür quetschte dem jetzt klagenden — damals 10 Jahre alten Kulling drei Finger ab. Die erste Instanz wies die Klage — die auf Grund des § 1 des Reichshaftpflichtgesetzes und weil die Loren ohne die erforderliche Aufsicht gewesen seien — erhoben worden war, glatt ab. Das Oberlandesgericht Marienwerder stellte sich auf einen anderen Standpunkt. Da hier kein Eisenbahnbetriebsunfall vorliege, für den die Stadt haftbar sei, wurde die auf den § 1 des Reichshaftpflichtgesetzes sich stützende Schadenersatzforderung abgelehnt, dagegen für begründet anerkannt aus § 823 B. G. B. Die Stadt habe es bei einer Straße, die dem öffentlichen Verkehr erschlossen, besonders hier wo Kinder spielen, an den Loren an der erforderlichen Aufsicht fehlen lassen, denn dieser Mangel sei die Ursache des Schadens.

Das Reichsgericht hob das der Stadt ungünstige Oberlandesgerichtsurteil zugunsten der verurteilten Kommune auf. Die Klage müsse abgewiesen werden, da sie sich weder auf das Reichshaftpflichtgesetz, noch auf den § 823 B. G. B. stützen könne. Die entleerte Eisenbahnlore sei kein im Sinne des Gesetzes gefährliches Werkzeug, das man ohne Gefahr für die Kinder nicht unbeaufsichtigt stehen lassen dürfe. Die Stadt hatte keine Ueberwachungsspflicht, da das Krankenhaus den Wagen entladen hatte.

### Zur Leistungsfähigkeit der Konsumvereine.

Ueber einen interessanten Versuch, die Vorteile eines Konsumvereins augenfällig zu machen, wird uns aus Landsberg a. W. berichtet. Der Konsumverein Landsberg a. W. hatte am Sonntag während des Gewerkschaftsfestes im alten Schützenhause eine Ausstellung veranstaltet. An zwei langen Tischen waren Kolonialwaren aufgestellt und zwar so, daß den Waren des Konsumvereins bei Landsberger Kaufleuten gekaufte Waren derselben Art gegenüberlagen. Kleine Tafelchen unterrichteten über Preis und Gewicht der Waren sowie darüber, woher sie entnommen waren. Hierbei stellte sich heraus, daß die Konsumvereinsware reeller und besser war und daß mit verschwindenden Ausnahmen das Gewicht der Kaufmannsware nicht stimmte. — Fast jedes Pfund Hälftenfrüchte, Zucker, Kaffee usw. wies ein Mindergewicht von 6, 18, 22, ja bis 40 Gramm auf.

Eine bessere Gelegenheit, den Landsberger Arbeiterfrauen sinnfällig vor Augen zu führen, wie vernünftig sie handeln, dem Konsumverein beizutreten, konnte der Verein nicht wählen. Das Interesse der Frauen und ihrer Männer an der kleinen Ausstellung war recht stark und dürfte dem Konsumverein, der so durch die Tat bewies, welchen Grad von Leistungsfähigkeit er hat, manche Mitglieder zugeführt haben.

## Aus der Frauenbewegung.

### Frauenstimmrecht.

In England ist seit beträchtlicher Zeit eine lebhaftere Agitation für die Zulassung der Frau zu den Parlamentswahlen im Gange. Der Erfolg steht noch aus. Das Unterhaus hat, nachdem es früher jedesmal den Antrag auf Verleihung des Stimmrechts abgelehnt hatte, einen solchen am 3. Februar 1897 angenommen, das Oberhaus aber verhielt sich ablehnend. — Haben die Frauen in England nicht das Parlamentswahlrecht, so steht ihnen doch die Beteiligung an den Wahlen und auch die Wählbarkeit für die lokale Selbstverwaltung frei. Für die Gemeindeversammlungen und die Gemeinderäte der ländlichen Bezirke besitzen die Frauen das aktive wie das passive Wahlrecht, d. h. sie können wählen und gewählt werden. Die Wählbarkeit gilt außerdem auch für den Bezirksrat, der für jeden aus mehreren Kirchspielen zusammengestellten Grafschaftsbezirk zur Verwaltung des Gesundheitswesens und der öffentlichen Wege geschaffen wurde. In den städtischen Gemeinwesen hatten die Frauen schon früher als in den ländlichen einen gesetzlichen Anspruch auf Teilnahme an der Verwaltung erlangt; 1881 wurde das städtische Frauenwahlrecht auch auf Schottland ausgedehnt. Bei der Schaffung der Grafschaftsräte für England 1881, für Schottland 1889, wurde das Frauenwahlrecht in derselben Weise wie in den Städten geregelt. Für die Schulräte wurden die Frauen in England bereits im Jahre 1870 wählbar. In Irland haben die Frauen, soweit sie selbständige Steuerzahler sind, das aktive Gemeindewahlrecht seit 1887 und 1896 sind sie wahlberechtigt und wählbar für die Armenpflege. Die englischen Kolonien haben das kommunale Frauenstimmrecht meist nach dem Muster des Mutterlandes gestaltet.

In einigen englischen Kolonien haben die Frauen das Parlamentswahlrecht, so in Neuseeland seit 1893 und in Südaustralien seit 1894. Von den nordamerikanischen Staaten hatte New Jersey schon im vorigen Jahrhundert, nämlich 1776, den Frauen das Stimmrecht verfassungsmäßig eingeräumt, es aber 1807 wieder abgeschafft. Um die Mitte des vorigen Jahrhunderts entfaltete sich neben der Antisklavereibewegung auch eine Frauenwahlbewegung. Zuerst entzögte sich Wyoming den Frauen das Wahlrecht zu verleihen und damit zugleich die Wählbarkeit zu öffentlichen Ämtern; 1883 folgten Washington und 1893 Colorado. Utah gab schon 1870 den Frauen das Wahlrecht, um es ihnen 1887 wieder zu nehmen, worauf es dann wieder 1895 dauernd eingeführt wurde. Ein früherer Gouverneur von Colorado hat dem tugendhaften Verfassungsfundament von Oklahoma (seinem Territorium, das zum Range eines States aufsteigen im Begriff ist) sein Gutachten erstattet. Vor allem hebt er die vorzüglichen Erfahrungen im Schul- und Erziehungswesen hervor; die Schulangelegenheiten sind den Frauen überwiesen worden, erklärte er, wie haben immer einen weiblichen Staatschulinspektoren gehabt. Wo immer Frauen in Rente hineinkamen, haben sie sich nicht einen einzigen Mißbrauch zu schulden kommen lassen und nicht der leiseste Verdacht ist je auf sie gefallen. Niemand ist eine Noheit gegen Frauen im Wahlkampfe vorgekommen. Die Männer sind besser daran, das Land ist besser daran und die Frauen sind nicht schlimmer daran.

Die Vorgänge in Finnland, wo die sozialdemokratische Fraktion die stärkste im Parlament ist, sind bekannt. Hier gelangt die Frau mit dem 24. Jahre in den Besitz der Staatsbürgerrechte, und eine ganze Anzahl Frauen sitzt in der neu gewählten Volksvertretung. In Russland hat sich die wohammedanische Partei der Reichsduma für die Proklamierung der Frauenrechte ausgesprochen; wie in Finnland soll auch die Frau des Islams mit dem 24. Jahre die völlige politische Gleichberechtigung genießen.

Und in Deutschland, das angeblich in der Welt voran ist? Hier gestehen mehrere Staaten (Preußen, Sachsen, Braunschweig usw.), in den Landgemeinden, Bayern im reichsheimlichen Teil, Sachsen-Weimar und andere, in allen Gemeinden, den Frauen das Wahlrecht zu. Allerdings ist das Wahlrecht vor der Bedingung selbständigen Grundbesitzes abhängig, es dient also nur der Vertretung wirtschaftlicher Interessen und entbehrt des persönlichen Charakters, weshalb die Frauen in diesen Fällen ihr Wahlrecht auch meist nur durch männliche Stellvertretung ausüben dürfen.

Wie sehen, wie weit Deutschland in dieser Frage noch zurück ist; nur als Inhaberin des Geldfußes zählt die Frau für gewisse Rechte; im übrigen sind bei uns noch nicht einmal die allerersten Anfänge zur politischen Windmahlung der Frau zu bezeichnen. Abgesehen von dem Wahlrecht zu den Vertretungskörpern, abgesehen von der Teilnahme an den Organen der Selbstverwaltung, entbehrt bei uns die Frau auch die staatsbürgerlichen Rechte (genannt sei nur das Vereinsrecht), die ihre die Geltendmachung ihrer politischen und sozialen Ansprüche gestatten.

Wer am weitesten zurück ist, soll die größten Anstrengungen machen, um ans Ziel zu gelangen. Deutschlands Arbeiterfrauen, die ihr den starken Rückhalt an der Sozialdemokratie haben, schließt auch dieser Partei an, kämpft für sie und ihr Kampf für eure Rechte. Der Weg des Sozialismus ist die Befreiung der Frau aus jahrtausend alter Rechtlosigkeit.

Ueber die Arbeits- und Lohnverhältnisse der Pfläckerinnen in der Stadt Ingern hat der dortige christliche Arbeiterinnenverein eine Enquete veranstaltet, an der sich 93 Arbeiterinnen durch Ausfüllung der Fragebogen beteiligten. Nach den in einer Broschüre veröffentlichten Ergebnissen beträgt die tägliche Arbeitszeit der Pfläckerinnen

vor der Hochsaison an den ersten 5 Wochentagen 1 1/2 Stunden, an den Sonntagen 12 Stunden, während der Saison 1 3/4 Stunden im Durchschnitt. Bei 8 Arbeiterinnen steigt die Arbeitszeit sogar auf 1 7/8 Stunden. Dazu kommt dann noch weitere regelmäßige Sonntagsarbeit, die in einzelnen Betrieben ebenfalls 9 bis 11 Stunden beträgt. Und dabei hat der Konton Luzern ein besonderes Arbeiterinnenchutzgesetz mit dem 11stündigen Maximalarbeitszeit, dem Verbot der Nacht- und Sonntagsarbeit! Die organisierte Arbeiterschaft des Kantons Luzern kämpft seit Jahren für die entscheidende Durchführung dieses Gesetzes und sie verlangt hierzu auch eine Gewerbeinspektorin, aber bis jetzt vergebens.

Was die Lohnverhältnisse der Wäscherinnen betrifft, so bestehen Stunden-, Tage-, Wochen-, Monats- und Stücklohn nebeneinander und so man schwankt der durchschnittliche Stundenlohn von 20 bis 80 Rappen (15 bis 24 Pf.) in den selbständigen Wäschereien und zwischen 22 und 29 Rappen in den Gasthofwäschereien. Je länger die Arbeitszeit, desto geringer der Stundenlohn. Die durchschnittlichen Wochenlöhne betragen 16,88 bis 19,50 Frank in den selbständigen Wäschereien und 22,04 bis 22,81 Frank in den Gasthöfen.

Der Verfasser fordert zum Schluß die Anstellung eines Gewerbeinspektors und einer Inspektorin und die Unterstellung der größeren Wäschereibetriebe unter das Fabrikgesetz.

Die Regierung des Kantons Luzern besteht aus 5 Katholiken und Liberalen, erstere haben somit die große Mehrheit und nur schone Legenheit, katholische Sozialpolitik praktisch zu betreiben.

Die Kleiderrechnung der oberen Schicht in England. „Wall Mall“ äußert sich laut Urteil eines erstklassigen Damenschneiders über die extravaganten Preise der Garderobe unserer wohlhabenden Klasse. Eine „Lady“ kann sich für 28 000 M. jährlich in guter Kleidung halten. Diese Schätzung scheint jedoch noch zu niedrig gegriffen zu sein, wenn man folgende Preise vergleicht, wie eine Londonerin in einem Jahre bezahlt hat. Danach kosten ihre Kleider 12 570 M.; Mäntel usw. 4580 M.; Hüte 2950 M.; Sandalschuhe und Sonnenschirme usw. 4010 M.; Wäsche 6821 M.; Stiefel und Reitkleider 3000 M.; Automobilgarderobe 850 M.; Verschiedenes, einschließlich Wäsche-Reinigung, 8630 M. Dazu kommen noch die Ausgaben für die Toilette usw. und ergibt sich hieraus eine ganz stattliche Summe, mit der sich mehr als hundert Frauen der minderbegüterten Klasse, des Proletariats, einschließlich der Nahrung begnügen müssen. Doch so ist die heutige Welt. Auf der einen Seite Ueberfluß und Luxus, auf der anderen Armut, Elend und Hunger.

## Gerichts-Zeitung.

### Frühstücksbeutel durch einen Bäckermeister entwendet.

Der zu Nixdorf, Vobdistr. 64, wohnhafte Bäckermeister Franz Godowa stand dieser Tage als Kläger vor den Schranken des Nixdorfer Schöffengerichts, verließ den Gerichtssaal aber als moralisch Verurteilter. Er hatte die Grüntrahmhändlerin Frau Hurte, die in demselben Hause wie er wohnt, wegen angeblicher Verleumdung angeklagt. Im Laden der Beklagten war erzählt, der Kläger habe im Beantwortschreiben einen Frühstücksbeutel eines anderen Bäckermeisters entwendet. Das hatte Beklagte weiter erzählt. Vor Gericht trat sie durch ihren Verteidiger den Wahrheitsbeweis an. Als Zeuge behauptete der pensionierte Lokomotivführer Böhm: Im vergangenen Sommer, es mag im Mai oder Juni gewesen sein, habe ich selbst eines Morgens um 5 Uhr gesehen, wie der Kläger Frühstücksbeutel entwendete. Ich wollte ihn zur Polizei bringen, aber auf seine Bitten, ihn als Geschäftsmann nicht unglücklich zu machen, unterließ ich weitere Schritte und ließ ihn laufen. Das Gericht wies, da durch die völlig glaubwürdigen Aussagen des Zeugen die Entwendung der Beutel durch den Bäckermeister Godowa erwiesen war, die Klage ab, sprach die Beklagte frei und legte dem Kläger die Kosten auf. Der Verleumdungsfall des Bäckermeisters Godowa dürfte nun eine Anklage gegen ihn wegen Diebstahls folgen. Godowa ist übrigens im vergangenen Jahre bereits wegen Mißhandlung eines Gefellen bestraft worden. Auch schwebt gegen ihn eine Anklage wegen vorsätzlicher Sachbeschädigung, die durch Einschlagen einer Schaufensterscheibe seiner Nachbarin begangen sein soll. Selbstredend gehört Godowa zu den Bäckermeistern, die nicht bewilligt haben.

### Der nervöse Prinzipal.

Einen Ueberfluß an Temperament und Verbosheit entwickelte der Fabrikant Emil Krüger, Nussauerstr. 42, gegenüber seiner Buchhalterin, der 19jährigen Olga M., wie eine gestern vor der fünften Kammer des Kaufmannsgerichts stattgehabte Verhandlung ergab. Die Klägerin M. befand sich seit dem 1. Mai in gekündigter Stellung bei dem Beklagten und hatte am 4. Mai Herrn K. gebeten, ihr Vorstellungsurteil zu gewähren. Der Chef lehnte ihr dies jedoch mit der Motivierung ab, sie könne ja dazu ihre Mittagszeit benutzen. Als nunmehr die Klägerin in ruhigem Ton einwandte, sie hätte sich erkundigt, die Mittagszeit brauche sie dazu nicht in Anspruch zu nehmen, wurde der Beklagte gleich ausfallend und rief der Klägerin zu: „Halten Sie Ihre Klappen!“ und „Ich schlage Ihnen verschiedene Pakzähne ein.“ Die Buchhalterin erklärte, auf Grund dieser Behandlung sofort die Stellung verlassen zu wollen, worauf ihr der Beklagte höhnisch zurief, sie solle nur machen, daß sie herauströme. Aus Angst vor Vorwürfen seitens der Eltern überlegte sie es sich, setzte sich an den Arbeitstisch und arbeitete ruhig weiter. Nach etwa zehn Minuten betrat der Chef diesen Raum und zog ihr mit den Worten: „Was, Sie sind ja immer noch da?“ mit Behemung den Stuhl von hinten fort, so daß sie schließlich mit voller Wucht zu Boden fiel.

Vom Vorliegenden nach dem Grund dieser eigenartigen Umgangsweise mit seiner Angestellten gefragt, gab er die sonderbare Entschuldigung an, er sei nur Kaufmann und nicht Kaufmann, sei außerdem sehr nervös und durch die ewigen Vorstellungsgesuche der Klägerin gereizt worden. — Das Kaufmannsgericht sah in dem Verhalten des Beklagten einen berechtigten Grund für die Klägerin, folgte das Dienstverhältnis aufzulösen. Es kam aber leider nicht zu einem den Beklagten verurteilenden Erkenntnis, weil sich die Klägerin mit einem Vergleich in Höhe von 40 M. einverstanden erklärte.

### Zur Haftung aus einem Straßenbahnunfall.

Die Klägerin eines jenseitigen Reichsgerichts entschiedenen Rechtstreites verunglückte am 8. September 1903 auf einem Wagen der Hamburger Straßenbahn. Sie machte gegen die genannte Straßenbahngesellschaft Schadenersatzansprüche in Höhe von 600 M. jährlicher Rente aus Grund des § 1 des Reichshaftpflichtgesetzes geltend. Es handelt sich hierbei um folgenden Unfall: Während früher an dem Vorderperson der Hamburger Straßenbahn beiderseitig Verschlußhaken angebracht waren, sind diese Haken im Herbst 1903 im Interesse des Publikums an der Einseitigkeit entfernt worden. Und zwar ist dies auf Anordnung der Polizei geschehen mit dem Ergebnis, daß sich seit dieser Zeit weniger Unfälle im Straßenbahnverkehr ereigneten. Die Klägerin war zu der Zeit der Aenderung drei Monate verreist gewesen und besaß am Tage der Rückkehr abends gegen 11 Uhr, vom Bahnhof kommend, einen so geänderten Wagen der Hamburger Straßenbahn. Sie schritt durch den leeren Wagen nach dem Vorderperson und stellte sich direkt hinter den Wagenführer. In der Meinung, daß der Schaffner hinter ihr herkomme, trat sie bald darauf rechts seitwärts und fiel, indem sie dem Schaffner Platz machen und sich an die früher dort angebrachte feste Verschlußhaken anlehnen wollte, vom Wagen.

Das Landgericht Hamburg hatte ihre infolge der beim Abmarsch erfolgten Verletzungen erhobenen Schadenersatzansprüche dem

Grund nach für gerechtfertigt erklärt, während das Oberlandesgericht Hamburg die Klägerin auf Grund des eigenen Verschuldens abwies.

Dieses Urteil wurde auf die Revision der Klägerin hin vom Reichsgericht aufgehoben, da sich das Berufungsgericht auf den Standpunkt gestellt hatte, daß ausschließlich das eigene Verschulden der Klägerin an dem Unfälle schuld war, während das Reichsgericht bei der Aufhebung des Urteils betont, daß immer nur das überwiegende Verschulden in Betracht kommen könne und das Verschulden gegenüber der Betriebsgefahr auf jeden Fall durch eine Begründung hätte abgewogen werden müssen. Infolgedessen wurde die Sache noch einmal an das Oberlandesgericht Hamburg zurückverwiesen.

In der neuen Verhandlung erkannte das Oberlandesgericht Hamburg dahin, daß es der Klägerin vier Fünftel des Schadens als ersatzpflichtig zusprach und sie nur zu einem Fünftel abwies. In der Begründung dieses Urteils ist ausgeführt, daß es dahingestellt bleiben könnte, ob die Klägerin infolge eines zu weit nach rechts getretenen Schrittes oder durch das beabsichtigte Ansehen abgestürzt ist. Die offene Seitenöffnung hätte für den vorstehenden Fahrgast genügenden Grund zur Aufmerksamkeit geboten, und hätte seitens der Fahrgäste durch Festhalten an den Reifungsstangen die erhöhte Betriebsgefahr umgangen werden können. Es liege somit auch durch die Befestigung der Vordertüren kein schuldhaftes Handeln des Beklagten vor. In Betracht komme allerdings, daß die Klägerin den geschaffenen Zustand nicht gekannt hätte und im ersten Augenblick sich in dem Glauben befand, es beständen noch die alten Verhältnisse. Insofern wurde sie auch entschuldigt. Immerhin habe sie aber gegen die im Verkehr erforderliche Sorgfalt verstoßen, da sie den Vorderperson ohne sich umzusehen betreten hatte, denn bei der geringsten Vorsicht hätte sie das Fehlen der rechten Seitenstange bemerken müssen. Nach allen diesen Erwägungen habe nach § 254 des Bürgerlichen Gesetzbuches eine Verteilung des Schadens im Verhältnis von 1 zu 4 einzutreten.

Die gegen das oberlandesgerichtliche Urteil neuerdings von der Beklagten eingelegte Revision wurde vom VI. Zivilsenat des Reichsgerichts zurückgewiesen.

### Ein Fahrstuhlunfall.

bei welchem ein Mensch um das Leben kam, beschäftigte gestern die siebente Strafkammer des Landgerichts I. Wegen fahrlässiger Tötung war der 23jährige Fahrstuhlführer Johannes Siebert vor dem Strafrichter angeklagt. Der schon vorbestrafte Angeklagte ist gelernter Sattler, hat sich dann als Fahrstuhlführer ausbilden lassen und hat am 12. Februar dieses Jahres die Prüfung durch die Behörde abgelegt. Seit Ende März war er in dem Geschäftshause der bekannten Paulina Kayler u. von Großhain in der Klosterstraße 1-2 angestellt und hatte hier einen elektrischen Aufzug zu bedienen. Schon nach wenigen Tagen nach seinem Dienstantritt wurde der Angeklagte zum Urheber eines entsetzlichen Unglücksfalles. Am 3. April d. J. demagte der Schuhmachermesser Becker den von dem Angeklagten geführten Aufzug, um nach einem im vierten Stockwerk gelegenen Schuhwarenlager zu gelangen. In dem Fahrstuhl befand sich außerdem noch der Telephonarbeiter Lehmann, der im dritten Stockwerk ausstieg. Hier beging S. eine grobe Nachlässigkeit dadurch, daß er ehe die Tür geschlossen war, wieder die Maschine in Bewegung setzte. Unglückslicherweise stand Becker gerade in der Nähe der Tür und wurde, als der Fahrstuhl nach oben fuhr, von der Türöffnung erfasst und zwischen Aufzug und Wand festgeklammert. Als der Angeklagte sah, welches Unheil er angerichtet hatte, ließ er den Fahrstuhl wieder abwärts gehen und erteilte damit nur, daß der Verunglückte nunmehr in den Schacht hinabstürzte und mit zerstückelten Gliedmaßen in dem Keller liegen blieb. — Die Beweisaufnahme erbrachte, trotz des Leugnens des Angeklagten, daß er in unverantwortlich leichtsinniger Weise gehandelt hatte. Der Staatsanwalt beantragte mit Rücksicht hierauf eine Gefängnisstrafe von sechs Monaten. Das Urteil lautete auf vier Monate Gefängnis.

Interne Angelegenheiten aus der Vermögensverwaltungsstelle für Offiziere und Beamte lagen einer Privatklage zugrunde, die gestern vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte zur Verhandlung kam. Wegen Verleumdung des Rechtsanwalts Dr. Ahmann war der Freiherz Dellef von der Vollenberg-Schirp angeklagt. Nach vielstündiger Verhandlung endete der Prozeß mit folgendem eigenartigen Vergleich: Die Parteien sind sich darüber einig, daß die tatsächlichen und rechtlichen Verhältnisse in der Vermögensverwaltungsstelle für Offiziere und Beamte derartig berrwickelter und komplizierter Natur sind, daß Zerwürfne und Mißverständnisse durchaus erklärlich sind. Dies vorausgeschickt, nehmen der Angeklagte und der Privatkläger alle gegenseitig gefassten Vorwürfe mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück und ziehen auch die Klage und Widerklage zurück. Die Kosten wurden gegenseitig aufgeteilt. — Danach sieht es ja mit der Vermögensverwaltungsstelle für Offiziere und Beamte recht eigenartig.

## Verfammlungen.

Die Grenzstreitigkeiten zwischen dem Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter und dem Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiterverband, sowie die Angriffe, die auf der letzten Generalversammlung dieses Verbandes gegen jenen Verband gerichtet wurden, beschäftigten am Sonntagmorgen eine Mitgliederversammlung der Filialen Berlin I und II des Brauereiarbeiterverbandes, die Kellers großen Saal füllte. Der Verbandsvorsitzende Martin Ebel hielt das Referat. Er wies ganz entschieden den Vorwurf zurück, daß der Brauereiarbeiterverband zünftlerisch und keine moderne Arbeiterorganisation sei und in der Agitation eine Art Konbitterakt betriebe. Mit vieler Wärme habe man innerhalb des Verbandes die zünftlerische Gesinnung, die früher den Brauereiarbeitern anhaftete, beseitigt. Zum Beweise dafür, daß der Brauereiarbeiterverband sich als eine moderne Arbeiterorganisation bewährt, wies der Redner auf die großen, opferreichen und keineswegs erfolglosen Kämpfe hin, die der Verband geführt hat. Desgleichen führte der Redner eine Reihe von Tatsachen zum Beweise dafür an, daß der Brauereiarbeiterverband nicht Mitglieder anderer Organisationen zu sich herüberzu ziehen sucht. Hinsichtlich der Bierfahrer, um die es sich hauptsächlich bei dem Vorwurf der „Kaubritterakt“ handelte, führte der Redner aus, daß diese Gruppe von Arbeitern so eng mit dem Brauereiarbeiter verknüpft sei, daß sie im Interesse der Einheitlichkeit der Lohnbewegung zum Brauereiarbeiterverband gehören müßten. Die Bierfahrer seien größtenteils aus den eigentlichen Brauereiarbeitern hervorgegangen und besonders in kleineren Brauereien seien sie vor und nach dem Bierausfahren im inneren Betrieb tätig. Ferner bemerkte der Redner, daß der „Courier“ nach der Vorstandskonferenz im vorigen Jahre geschrieben habe: nun seien die Bierfahrer dem Transportarbeiterverband überwiesen. Diese Darstellung der Konferenzbeschlüsse sei durchaus falsch, und das hätten auch die Genossen Stube und Knoll von der Generalkommission bestätigt. Beim geordneten Verhältnisse hinsichtlich der Organisation der Brauereiarbeiter eintraten sollten, müßten außer den Bierfahrern auch die Arbeiter der Biermüllereien dem Brauereiarbeiterverband angegeschlossen sein, denn die Brauereien suchten manchmal Tarifverträge dadurch zu umgehen, daß sie einen Teil ihres Betriebes den Biermüllereien übertrugen. Nur durch einheitliche Organisation könnten geordnete Verhältnisse in den Brauereien geschaffen werden. Durch ruhige Aufklärungsarbeit müsse man dahin wirken, diese Einheitsorganisation zu fördern. — Der Vortrag wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Zur Versammlung war auch die Generalkommission der Gewerkschaften eingeladen. Sie hatte zwar keinen Vertreter entsandt, doch lag ein Schreiben von der Generalkommission vor, worin erklärt wird, daß der Genosse Knoll auf der Generalversammlung der Transportarbeiter nicht, wie der „Courier“ berichtete, gesagt habe: „Die Art der Agitations-

weise des Brauereiarbeiterverbandes wird auch von der Generalkommission mißbilligt“, sondern daß seine Ausführungen die waren, daß, wenn das, was auf der Generalversammlung gesagt wurde über die Agitationsweise des Brauereiarbeiterverbandes, zutreffend, diese von keinem vernünftigen Menschen und ebensowenig von der Generalkommission gebilligt werden könnte. — Die Versammlung nahm schließlich einstimmig eine Resolution an, in der die Versammelten mit den Ausführungen sich einverstanden erklärten.

Bei der Firma Miz u. Geseff herrscht große Unzufriedenheit unter den Arbeitern und Arbeiterinnen. In einer Betriebsbesprechung am Donnerstagabend in Jähles Lokal, Dammwegstraße, wurden die Verhältnisse innerhalb jener Werke beleuchtet in einem Vortrag, den Guische vom Metallarbeiterverband vor den Angestellten hielt. Die Geschäfte der Firma gehen gut, die Preise ihrer Produkte wurden erhöht und doch müssen die Angestellten sich Lohnabzüge gefallen lassen, bei der Arbeit hatten und viele Leberstunden machen. Wenn statt 63 Stunden in einer Woche, 70 und 80 Stunden gearbeitet wird, dann spricht man von den „guten Löhnen“, die die Arbeiter verdienen. In der Stanzerei ist es für die Arbeiterinnen sehr gefährlich, wenn sie durch die Hast die nötige Vorsicht beiseite setzen. Viel geklagt wird über schlechte Werkzeuge, die von der Firma geliefert werden; auch fehlt es an genügenden Schutzvorrichtungen, z. B. an den Bohrmaschinen. Man ist einem Spionagesystem auf die Spur gekommen und hat entdeckt, daß schwarze Listen geführt werden. Ueber die Annahme der Meister wurde Bescheid geführt, ebenso über die Arbeitsordnung. Ein Arbeiterauschuss besteht nicht mehr, weil ein Zusammenarbeiten mit den Vertretern der Firma nicht möglich war. Um so mehr müssen die Angestellten es als ihre Pflicht ansehen, dem Verbands beizutreten. Guische empfahl, daß in allen Abteilungen energig Stellung gegen die bestehenden Mißstände genommen werde, um sie zu beseitigen. Auch Arbeiterinnen waren zahlreich anwesend; diese erhalten vielfach Löhne von 8 bis 12 M., höchstens 18 bis 20 M. pro Woche, im Durchschnitt etwa 15 M.

Eine sehr gut besuchte Versammlung der Sektion der Packer, Lager-, Hülsen-, Hof- und Transportarbeiter aus der Metall-, Elektroindustrie, einberufen vom Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands, Ortsverwaltung Berlin II, tagte am Sonntag in den „Germania-Prachtställen“. Die Versammlung nahm den Bericht der Delegierten entgegen und beschäftigte sich eingehend mit den auf dem Verbandstag gefassten Beschlüssen. Bei der Berichterstattung wurde besonders hervorgehoben, daß die Berliner Delegierten es sehr unangenehm empfunden hätten, daß ihnen von auswärtigen Delegierten der Vorwurf gemacht worden sei, daß die Berliner Verwaltungen nicht auf dem Boden der Zentralisation stehen, sondern ihrer Tendenz nach zu urteilen, lokalistisch veranlagt seien.

Es wurde ferner darauf hingewiesen, daß gerade die Berliner im Verlaufe der verfloffenen Geschäftsperiode eine große Zahl von Lohnbewegungen mit gutem Erfolg durchgeführt hätten, was den beteiligten Mitgliedern Lohnzulagen von 3, 6 und 10 M. pro Woche gebracht hätte. Aber in keinem Fall sei zu konstatieren, daß die Verwaltung an die Beteiligten herorgetreten sei um ihnen zu sagen, daß sie nun auch ihrerseits verpflichtet seien, durch höhere Beitragsgeldleistung die Widerstandskraft der Organisation für zukünftige Kämpfe zu stärken. Berlin stehe immer noch auf einem Wochenbeitrag von 40 Pf., wogegen alle anderen Verwaltungen schon seit längerer Zeit einen Ortszuschlag von 5 und 10 Pf. eingeführt hätten. Ferner wurde darauf hingewiesen, daß der Verbandstag beschlossen hat, vom 1. Juli dieses Jahres ab einen Wochenbeitrag von 30 Pf. pro Quartal und Mitglied zu erheben, ferner das Verbandsorgan „Courier“ alle 8 Tage erscheinen zu lassen. Auch wird der Name des Verbandes geändert und nennt sich unsere Organisation vom 1. Juli ab: „Deutscher Transportarbeiter-Verband“. Diese Änderungen, die der Verbandstag beschlossen hat, so führte die Berichterstattung aus, legen den Verwaltungen eine ganze Reihe von neuen Ausgaben auf, die eine Beitragserhöhung bedingen.

In der Diskussion wurde die Notwendigkeit einer Beitragserhöhung allseitig anerkannt. Durch Beschlußfassung, die einstimmig erfolgte, wurde der wöchentliche Beitrag um 10 Pf. erhöht. Zum Schluß wurde noch der Wunsch ausgesprochen, daß auch die Kollegen der anderen Sektionen sich mit dieser Frage möglichst bald beschäftigen.

Der Verband der Maser, Filiale Berlin, beschäftigte sich in der letzten Mitgliederversammlung am Donnerstag, den 13. Juni, zunächst mit der Beitragserhöhung. Aus den Ausführungen des Vorsitzenden Rieh war zu entnehmen, daß der Beschluß des letzten Verbandstages eine Mehrleistung aus Sommerbeiträgen von 5 Pf. pro Woche vorsieht zur Deckung der Mehransprüche an die Hauptkasse bei Streiks, Reisekosten usw. Weiter gelte es auch, einen Fonds am Orte zu sammeln, um den gegebenen Anforderungen vollauf gerecht zu werden. Die Versammlung nahm schließlich mit 296 gegen 193 Stimmen den Antrag Streleow an, welcher vom 1. Juli ab einen Wochenbeitrag von 60 Pf. während der Sommermonate vorsieht. Der Winterbeitrag ist, wie ergänzend mitgeteilt wurde, gemäß dem Beschluß der Generalversammlung, auf 20 Pf. pro Woche festgelegt. Die Beschlußfassung über den Punkt: „Erfolgswahl eines Hausfaktors“, wurde nach längerer Diskussion zurückgestellt, um zum Knapp im Baubereufe und in Sachen des Baubereufers Stellung zu nehmen. Rieh erörtert diese Bewegungen und resümiert dahingehend, daß es Pflicht eines jeden Kollegen sei, den Bauarbeitern und Bäckern die größtmögliche Solidarität zu bezeugen.

Der Verein Berliner Hausdiener, Mitgliedschaft I des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes beschäftigte sich in der am Freitag in den „Ruskerfälen“ stattgefundenen außerordentlichen Generalversammlung mit der Berichterstattung von der zu Pfingsten im „Generalschaftshause“ stattgefundenen V. Verbands-Generalsversammlung. Mit den dort gefassten Beschlüssen, achtstündiges Erscheinen des „Courier“, Erhöhung der Unterhaltungsätze sowie Dauer derselben, Cautionierung Groß-Berlins usw. erklärten sich die Versammelten nach kurzer Diskussion einverstanden. Die Wahlen zum Zentralvorstand gaben nachstehendes Resultat: Vorsitz im Zentralvorstand Karl Alsbold, Revisoren Herr. Spickermann und Adolf Webers.

Verein der Lehrlinge, jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen Berlin und Umgegend. (Abteilung V und VI.) Heute abend 8 Uhr Kombinierte Versammlung bei Her. Raumannstr. 9. Bes. und Diskussionsklub „Zahorik“. Heute abend 8 1/2 Uhr bei Tolldorf, Gledsbergstr. 53. Sitzung. Gäste willkommen. Bes. und Diskussionsklub „Wehr Licht“. Heute abend Vortrag bei Knapp, Grünhaldenstr.

## Eingegangene Druckschriften.

„Die Neue Gesellschaft.“ Heft 12 Herausgeber Dr. G. Braun und Alf. Braun. Preis 10 Pf. Verlag Berlin W. 15.

Witterungsübersicht vom 18. Juni 1907, morgens 8 Uhr.

| Stationen | Barometerstand mm | Windrichtung | Windstärke | Wärme | Temp. in C. | Stationen | Barometerstand mm | Windrichtung | Windstärke | Wärme | Temp. in C. |
|-----------|-------------------|--------------|------------|-------|-------------|-----------|-------------------|--------------|------------|-------|-------------|
| Stolmenbe | 763,5             | SW           | 3 bedekt   | 13    | Saparanda   | 760,5     | SW                | 2 heiter     | 17         |       |             |
| Hamburg   | 763,5             | SW           | 3 bedekt   | 10    | Petersburg  | 762,0     | SW                | 1 wolfig     | 17         |       |             |
| Berlin    | 764,5             | SW           | 2 wolfig   | 16    | Seily       | 763,5     | SW                | 4 bedekt     | 13         |       |             |
| Frankfurt | 764,0             | SW           | 1 wolfig   | 14    | Aberdeen    | 758,5     | S                 | 1 Zerst.     | 11         |       |             |
| München   | 764,5             | SW           | 1 wolfig   | 14    | Paris       | 765,0     | ND                | 1 heiter     | 13         |       |             |
| Wien      | 764,5             | SW           | 2 wolfig   | 17    |             |           |                   |              |            |       |             |

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 19. Juni 1907. Etwas wärmer, zunächst ziemlich heiter bei mäßigen südwestlichen Winden; später zunehmende Bewölkung und leichter Regen. Berliner Wetterbureau



Partei-Angelegenheiten.

Dritter Wahlkreis. Sonntag, den 23. Juni, findet ein Ausflugs- mit Familie nach Kienitz bei Köpenick statt. Treffpunkt mittags im Restaurant Heidekrug. Zahlreiche Beteiligung erwartet. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Religionsprügel.

In der Schule darf bekanntermachen gehalten werden. Das Prügelrecht bleibt den Schulpädagogen erhalten, wenn auch Gesetzesbestimmungen und besondere Dienstvorschriften die Prügelstrafe zu etlicher Mäßigung mahnen. Lehrer und Lehrerinnen nützen dieses Recht so vollständig aus, wie es ihnen irgend möglich ist. Manche und manche von ihnen gehen in der Ausnützung ihres Prügelrechtes sogar noch über das Mögliche hinaus, trotz Vorschrift und Befehl. Gehauen wird auch im Religionsunterricht. Wenn der Stifter der christlichen Religion einem dieser prügelnden Religionslehrer zuschauen könnte! Wenn er sehen möchte, daß in unserem modernen Religionsunterricht nicht nur Lehrer und Lehrerinnen, sondern sogar Geistliche Ohrfeigen und Stockhiebe austeilten!

Einer dieser Diener Gottes, die ohne Kohlstod nicht mit den Kindern fertig werden können, gibt Religionsunterricht an der katholischen Sd. Gemeindefschule (Müllerstraße, Ecke Trifflstraße). Der Herr heißt Schnura, trägt den Titel Kuratus und versorgt als Geistlicher den Seelsorgebezirk „St. Joseph“ (Stadtteil Wedding). Von Herrn Kuratus Schnura wurde kürzlich ein 11jähriger Schüler S., der in den Verdacht gekommen war, während des Unterrichts gekipelt zu haben, mit dem Stock auf die Hände geschlagen. S., der seine Unschuld beteuert hatte, erklärte dem prügelnden Kuratus ins Gesicht hinein, er werde das seiner Mutter sagen. Da packte Herr Schn. den Jungen am Hosenbund, legte ihn mit kräftigem Schwung auf den Tisch und hieb nun erst recht mit dem Stock auf ihn los. Als der Kuratus mit seiner Prügelgeheul fertig war und den Jungen freigab, zeigte sich unter dessen Kinn eine blutende Hautabrischung. S. hatte sich geschunden an der Kante des Tisches, über den er von dem stockschwingenden Gottesdiener gelegt worden war. Herr Schn. schickte den Jungen hinaus, damit er sich abwäsche. S. aber lief nach Hause, um seiner Mutter zu zeigen, wie der Herr Kuratus ihm mitgespielt habe. Frau S. lehrte mit dem Jungen zur Schule zurück und stellte in der Pause den Kuratus zur Rede. Dieser antwortete ihr krank, der Junge werde sich wohl „gekriegt“ haben. Frau S. hat hinterher ihren Jungen einem Arzt zugeführt; sein Attest bescheinigt eine „marfistulöse Wunde“, die sich unterhalb des Kinnes befindet und „durch eine Hautabrischung verursacht“ worden sei. Der Herr Kuratus hatte der Frau S. zugeredet, sie möchte doch nicht zum Arzt gehen; aber die Frau wußte, was sie zu tun hatte. Sie hörte auch nicht auf die Witte des Kuratus, dem Rektor keine Mitteilung zu machen. Der Rektor, dem sie den Vorgang berichtete, ging in die betreffende Klasse und kehrte zurück mit der Meldung, es stimme so. Was wird nun dem Herr Kuratus Schnura geschehen?

Gleichfalls in dem Stadtteil Wedding hat sich kürzlich eine andere Prügelaffäre zugetragen, bei der wiederum ein Geistlicher in Frage kommt. In diesem Fall handelt es sich aber um einen evangelischen Geistlichen, um den Pfarrer Egidi von der Dankeskirche. Wir stellen beide Vorkommnisse nebeneinander, damit keine der beiden Konfessionen, zwischen denen ja stets ein Kampf um die „Vorität“ geführt wird, sich zurückgesetzt fühle. Im Konfirmationsunterricht war's, wo Herr Egidi nicht der Prügel entraten zu können glaubte. Vor einiger Zeit hatte er seinen Konfirmanden anbefohlen, selbstig die Kirche zu besuchen. Da hatte er recht; denn wer sich konfirmieren lassen will, wird nicht schon vor der Konfirmation die Kirche meiden dürfen. Als Herr E. wieder mal durch Nachfragen festzustellen suchte, wer seinem Befehl Folge geleistet habe, sollen von etwa 70 Konfirmanden nur etwa 20 eine den Herrn Pfarrer befriedigende Auskunft gegeben haben. Ueber die übrigen brach nun ein Strafgericht herein. Herr E., der gegenüber seinen Konfirmanden durch das Gewicht seiner Persönlichkeit so wenig vermoht hatte, wußte sich hier keinen anderen Rat als — Liebe. Die Prügel, durch die der evangelische Pfarrer die Jungen in dem Gotteswort geneigter zu machen suchte, fielen zwar nicht so grob aus wie diejenigen, die bei dem katholischen Kuratus die unentbehrliche Zugabe zum Religionsunterricht bildeten. Dafür zeichnete sich jeder die evangelische Prügelgeheul durch Massenhaftigkeit aus. Wir haben eine Anzahl der Egidischen Konfirmanden aufgesucht und sie über die Prügel befragt. Fast überall, wo wir fragten, ist uns auf das bestimmteste berichtet worden, Herr E. habe seine kirchenscheuen Konfirmanden sämtlich einen nach dem andern geschlagen; nur ein einziger der Befragten hat die Einschränkung gemacht, einer oder zwei der Uebelthäter seien geschont worden. Uns ist es schier unmöglich, zu glauben, daß ein Geistlicher es fertig kriegt, im Laufe einer einzigen Stunde auf etwa ein halbes Hundert Jungen einzuhauen. Welchen Mann von feinerem Empfinden würde nicht der Fall überkommen, wenn er eine solche Exekution ansühren müßte! Indes, wir legen kein Gewicht auf die Genauigkeit der Zahl. Festzustehen scheint aber, daß Herr Pfarrer Egidi eine ganz ungewöhnlich große Zahl von Konfirmanden hintereinander geschlagen hat, weil sie der Kirche fern geblieben waren. Auch das genügt schon, um ihn und seine Artgenossen zu kennzeichnen.

Wir wissen im voraus, daß die Pastorenblätter — diesmal Blätter beider Konfessionen in seltener Eintracht — hier wieder in das Web- und Wutgeflecht ausbrechen werden: „Seht Ihr's, so beschimpft die Sozialdemokratie die Religion!“ Ein gewiß gegen einen Geistlichen darf niemand etwas sagen. Wer einen Geistlichen angreift, der begeht ja ein „Religionsverbrechen“, wie es schlimmer nicht gedacht werden kann. Was sollte denn das Gänlein der noch Gläubigen denken, wenn jeder die Geistlichen so zeigen dürfte, wie sie sind? Interessant ist übrigens, daß der erste Anstoß zu dieser unserer Veröffentlichung uns gekommen ist von dem entrüsteten Vater eines Jungen, der selber zu den wenigen gehörte, die den ausforschenden Pfarrer befriedigt hatten und daher nicht geprügelt worden waren. Unter uns gesagt: Wir sind der Meinung, daß kaum jemand der Kirche so sehr Abbruch tut wie gerade jene Lehrer und Geistlichen, die ihre Zöglinge mit Ohrfeigen und Stockhieben zu gläubigen Christen erziehen zu können meinen. Wer der Kirche Schaden und ihr den Nachwuchs abwendig machen will, der müßte solche prügelnden Gottesdiener geradezu noch ermuntern, sich in dieser Arbeit beileibe nicht stören zu lassen.

In dieser Woche findet eine Sitzung der Stadtverordnetenversammlung nicht statt.

Die Deputation für die Straßenreinigung beschloß in ihrer gestrigen Sitzung die Aufnahme von fünf weiteren Straßen in den Arbeitsplan. Sie stimmte der Einstellung einer zweiten Ordnung bei der Direktion zu, wie auch der Gleichstellung des Depotverwalters mit den Oberaufsehern. Desgleichen der definitiven Anstellung des Hilfsaufsehers Grimm.

Beschlossen wurde die Erweiterung des Depots in der Reibelstraße, sowie die Beschaffung zweier Kochapparate, um den Arbeitern Gelegenheit zu bieten, Speisen und Getränke zu wärmen, wie auch den Versuch zu machen, den Arbeitern unentgeltlich gekochten Kaffee zu liefern. Bewährt sich der Versuch, dann soll die Einrichtung sämtlichen Arbeitern der Straßenreinigung — vorbehaltlich der Zustimmung der städtischen Behörden — zugänglich gemacht werden.

Das Gesuch der Witwe des verstorbenen Arbeiters Klein wird der Stützungsdeputation überwiesen, da die Witwe leider nicht auf Grund des Ordnungsstatuts unterstützungsberechtigt ist.

Aus gemachten Mitteilungen der Verwaltung ist zu entnehmen, daß im abgelaufenen Etatsjahr von den eigenen Arbeitern 2924 Reparaturen ausgeführt wurden, die einen Kostendruck von 8084 M. erforderten. Mit den neuen Sprengvorrichtungen wurden bisher 40 Wagen verladen. Der Autoprengwagen, der verkehrsweise benutzt wird und bis 17 Meter Sprengfläche bearbeitet, hat verschiedene Verbesserungen erfahren, so daß er demnächst allen Anforderungen genügen dürfte.

Von den etatsmäßig vorgesehenen 88 neu anzustellenden Aufsehern sind 14 in den Dienst eingetreten. Die Vorbereitungsarbeiten für die eigenen Depots des Wagenparks der Verwaltung sind in Angriff genommen.

Die Deputation für Blindenpflege stimmte in ihrer gestrigen Sitzung nachträglich der durch den Herrn Direktor der Anstalt bewirkten Anschaffung von Lehrmitteln zu; künftig soll jedoch der Direktor gehalten sein, vor der Anschaffung die Genehmigung des Schulrats bzw. der Deputation einzuholen.

Aus Anlaß der Verteilung der Zinsen eines Legats wird dem Herrn Direktor aufgegeben, künftig bei dem Bezug von gleichen Zuwendungen Empfohlenen deren Arbeitsverdienst und die besonderen Gründe beizufügen, die bei der Auswahl entscheidend waren.

Zwei Unterstützungsanträge wurden genehmigt. Ferner bewilligte die Deputation die bewilligten Mittel, um 50 Kindern der Blindenschule die Teilnehmer an einem vierwöchentlichen Aufenthalt in der Ferienkolonie zu ermöglichen. Die Kinder werden in Reinsberg untergebracht und sich während der Feriendauer unter der Leitung einer Vorsteherin, der fünf Pflegerinnen assistieren, in guter Obhut befinden.

Gegen die Herrschaftliche Laubenzolonie-Generalpächter kämpfen auch die sogenannten Pflanzervereine, die in den meisten Laubenzolonien bestehen. Bisher haben sie in dieser Hinsicht noch nicht viel ausrichten können, wie man es ihnen wünschen muß. Aber immerhin wird doch mancher allzuheißer Uebergriff, den ein Generalpächter sich erlauben will, durch sie abgewehrt. Der Kampf gegen die Generalpächter ist allerdings für die meisten Pflanzervereine nicht der ursprüngliche und nicht mal der hauptsächlichste Zweck ihres Daseins. Es soll sogar Pflanzervereine geben, die unter dem Einflusse geriebener Generalpächter rasch genug ein Mittel nicht zur Schwächung, sondern vielmehr zur Befestigung der Generalpächter-Selbstherrlichkeit geworden sind. Aber im allgemeinen sind die Pflanzervereine den Generalpächtern doch sehr unerwünscht. Der offene oder geheime Haß, den so mancher Generalpächter ihnen entgegenbringt, beweist das zur Genüge. Es gibt noch Laubenzolonien, in denen bisher kein Pflanzerverein zustande gekommen ist. Wird da einmal von Kolonisten der Versuch gemacht, sich gleichfalls eine Organisation zu schaffen, so kann man's erleben, daß der in seiner Selbstherrlichkeit bedrohte Generalpächter die Ausführung dieses hochverräterischen Planes mit allen Mitteln zu hindern sucht.

In den Laubenzolonien, denen noch ein Pflanzerverein fehlt, gehört die Kolonie „Zum Rehbod“, die in Nixdorf an der Eisenstraße und am Köllnischen Ufer liegt. Generalpächter ist dort ein Herr Lufatis. Ueber diesen Herrn wird uns von den Pächtern seiner Kolonie die Klage vorgetragen, daß er die Kolonie sozusagen als ein heiliges Reich und sich selber als Selbstherrscher darin betrachte. Bei Meinungsverschiedenheiten, die zwischen ihm und einem Pächter entstehen, greift er gern und rasch zu der Drohung: „Herunterfahren!“ Er weiß, wie schmerzhaft es in der Regel einen Pächter trifft, wenn er von dem Land „heruntergeschmissen“ wird, das er Jahre hindurch mit Mühe und Fleiß bearbeitet hat. Die Furcht des Pächters, sein ihm liebgeordnetes Stück Land verlassen zu müssen, ist für Herrn Lufatis das Mittel, mit dem er jeden „Aufsässigen“ immer wieder niederzwingt. Lange genug hat er sich auch erlauben dürfen, gegenüber manchem seiner Pächter einen Ton anzuschlagen, der beschimpfend und entwürdigend für sie war. Der einzelne war ja machtlos und riskierte höchstens eine „Faust in der Tasche“, ein Verein aber wollte auf der nur Keinen Kolonie nicht zustande kommen. Auch die Erhöhung des Pachtzinses von 75 Pf. auf 90 Pf. pro Aute, die zu Anfang dieses Jahres den Pächtern aufgeschliffen wurde, mußte widerstandslos hingenommen werden. Schließlich aber wurde es auch hier den Pächtern zu arg. Den letzten Anstoß gab allerdings der Umstand, daß bei dem Vier, das Herr Lufatis selber abzog und in seiner Kolonie verkaufte, etlichen Pächtern der Appetit verging. Eine Anzahl Pächter traten sich zusammen und forderten von Herrn Lufatis, daß es anders werde in der Kolonie „Zum Rehbod“. Vor allem verlangten sie eine „bessere Behandlung“, wenn man so sagen darf. Das fuhr nun dem Selbstherrlichen Lufatis gewaltig in die Krone. „Hier hat“, so schäumte er seine Pächter an, „keiner etwas zu sagen außer mir. Mir hat keiner Vorschriften zu machen. Ich tue, was ich will. Wenn's nicht paßt, der kann bald machen, daß er runterkommt.“ Und gegenüber der Mäßigkeit, daß gar auf seiner Kolonie doch noch ein Verein entstehen könnte, kommandierte er kurz und bündig: „Verein gibt's überhaupt nicht, das verbitte ich mir!“ Werden nun „seine“ Pächter sich das gefügt sein lassen?

Auf dem zu Ehren der Londoner Gäste am Montagabend im Rathaus veranstalteten Bankett waren außer den städtischen Behörden von Berlin und Charlottenburg auch die staatlichen und die Reichsbehörden anwesend. Die erste Rede hielt der Staatssekretär Graf Posadowsky, der als Vertreter des Reiches die Gäste willkommen hieß. Um die Monarchen beider Länder hochleben lassen zu können, tat der Redner den Tatsachen in folgender Weise Gewalt an; er sagte:

„Wenn in der modernen Zeit die kommunalen Körperschaften in Großbritannien ebenso wie in Deutschland einen so großen Aufschwung genommen haben, so verdanken sie das dem Verständnis und Interesse, das die Monarchen beider Länder dem Wohle der schnell wachsenden städtischen Bevölkerung zugewendet haben, und ihrer Staatsweisheit, welche Aufgaben der allgemeinen Staatsverwaltung vertrauensvoll der Selbstverwaltung der Städte überläßt. Wir wollen deshalb heute an erster Stelle in Ehrenbeziehung den Monarchen der beiden großen Staaten gedenken und ihnen unsere Verehrung ausdrücken mit dem Rufe: Seine Majestät der deutsche Kaiser, König von Preußen und Seine Majestät der König von Großbritannien und Irland, sie leben hoch!“

Nach dem Grafen Posadowsky hieß der Oberbürgermeister als Vertreter der Stadt Berlin die Gäste willkommen und der Lord Mayor erwiderte in freundschaftlicher Weise die hübsche Rede des Herrn Reichssekretär. Wie wir hören, sollen sich die englischen Gäste des näheren über die Selbstverwaltung Berlins erkundigt haben und sollen nicht wenig erstaunt gewesen sein, als sie hörten, daß in sehr vielen Fällen bei uns von Selbstverwaltung gesprochen wird, obwohl von der Stadt gefasste Beschlüsse von den Aufsichtsbehörden bestätigt oder abgelehnt werden können.

Gestern besuchten die englischen Gäste die königlichen Museen, dann die zweite städtische Handwerkerschule, um nachmittags die Hochbahn zu besichtigen und dann einer Einladung der Stadt Charlottenburg Folge zu leisten. Im Rathaus von Charlottenburg folgte ein großer Empfang, wobei der Bürgermeister Matting und der Stadtverordnetenvorsteher Rosenburg an die Gäste Willkommensworte in englischer Sprache richteten, die vom Lord Mayor ebenso freundlichst erwidert wurden. Darauf wurde eine Besichtigung der Charlottenburger Waldschule vorgenommen, einer Einrichtung, die für viele Kommunen vorbildlich sein kann. Ist auch diese Einrichtung für Charlottenburg noch wenig zureichend, so ist ihr Zweck nur zu begrüßen. Vielleicht nehmen sich die Berliner Stadtverordneten und Stadträte, die an der Besichtigung teilnahmen, ein Beispiel daran und belämpfen in Zukunft weniger nachdrücklich, wie das bisher geschah, die Anträge unserer Genossen im Roten Hause bezüglich der Einrichtung solcher Anstalten.

Abzug zweier Maler im Stettiner Bahnhof. Ein verhängnisvoller Unglücksfall hat sich Montagnachmittag in der großen Einfahrtsallee des Stettiner Bahnhofs zugetragen. Einige Maler waren damit beschäftigt, an den Seitenwänden Malerarbeiten zu vollenden; sie hatten sich teils auf ein kleines Gerüst, teils auf Leitern gestellt. Plötzlich brach bei einer der Leitern eine Sprosse und sie stürzte infolgedessen um. Zwei der Maler wurden aus beträchtlicher Höhe mit in die Tiefe gerissen. Es waren dies der 34jährige Gustav Peinert, Gartenstr. 28 wohnhaft, und der gleichaltrige Hans Fritsch aus Erner. Sie wurden beide nach der Unfallstation in der Eichendorffstraße gebracht. P. hatte bei dem Sturz einen Armbruch, einen Kniegelenksbruch und andere Verletzungen davongetragen. F. hatte ebenfalls erhebliche Verletzungen erlitten.

Im Schlaf ertrunken. Von einem traurigen Geschick ist der Schiffseigner Albert Schulz, der mit seinem Kahn in einem Schlepperzug die Oberspree hinauffuhr, betroffen worden. Der alte Mann hatte sich während der Fahrt auf das Hinterteil der Zille gesetzt und war eingeschlafen. Dabei stürzte er plötzlich nach hinten und fiel von dem Fahrzeug hinab. Er versank in der Tiefe und konnte nach langem Absuchen nur noch als Leiche geborgen werden.

Die Leiche eines jungen Mädchens ist gestern aus dem Tegeler See gelandet worden. Am Morgen 65 des Tegeler Forstes hatten es die Wellen ans Ufer getrieben. Die unbekannte Lebensmüde war etwa 18 Jahre alt und hat der Kleidung nach anscheinend den besseren Ständen angehört. Sie hat dunkelblondes Haar, niedere Stirn, blaugraue Augen und war bekleidet mit blauem Kostümkleid mit weißem Einsatz, grauem Unterrock und weißer Wäsche. Am Ufer lag der Gut der Toten. Die Ohren wiesen kleine goldene Ohrringe auf.

Gefahr eines städtischen Steuererhebbers. Der Kriminalpolizeal wurde von der städtischen Steuerkasse die Anzeige erstattet, daß der 46 Jahre alte Steuererheber Johann P. am Freitag das Rathaus mit Steuerquittungen verlassen habe, um etwa 2500 M. Steuern einzuziehen. Er sei noch nicht zurückgekehrt und es werde vermutet, daß er die eingezogenen Beträge unterschlagen habe. Kriminalbeamte fanden den P. schließlich in der Marienstr. in einem Restaurant mit Damenbedienung und nahmen ihn fest. Er bestritt, eine Unterschlagung begangen zu haben und erzählte, ihn seien am Freitag in einer Gastwirtschaft 500 M. aus seiner Geldtasche gestohlen worden. Deshalb habe er sich nicht nach dem Rathause zurückgetraut und bei seinen Bekannten den Versuch gemacht, sich das fehlende Geld zu borgen. Leider sei dieser Plan ohne Erfolg geblieben. Auch seine Frau habe ihm nicht geholfen. Diese hat der Erzählung ihres Mannes keinen Glauben geschenkt, da er ihr auf dieselbe Weise schon mehrfach Geld abgenommen hat. Bei der polizeilichen Feststellung stellte sich heraus, daß von dem durch P. eingezogenen Steuern 470 M. fehlten. Ein Kassierer der Stadtkasse nahm die noch vorhandenen Gelder und Steuerquittungen in Empfang. Gegen den leichtsinnigen Beamten wurde das Strafverfahren eingeleitet.

Der Schauplatz eines wüsten Erzeßes war Montagabend das Haus Tieditz, 15. Hier wohnte im dritten Stock der Maler Breiter, der in seiner Wohnung ein Absteigequartier unterhält. Gegen ihn war Anzeige bei dem zuständigen Polizeirevier erstattet worden, und B. war der Meinung, daß der in demselben Hause wohnende Tischler Leppens der Urheber der Denunziation war. Er und seine „Freunde“ hielten den 60jährigen Mann darum, und vorgestern kam es zwischen beiden Parteien zu einem Streit. Gegen 8 Uhr abends drang der Maler mit einem zweiten Manne in die Leppenssche Wohnung und schlug mit einem Feuerhaken demohnen auf den alten Mann ein, daß dieser blutüberströmt zusammenbrach. Dann bedrohten die beiden rohen Patrone die Hausverwalterin Frau Sommer, so daß diese aus Angst aus dem Fenster auf die Straße springen wollte. Von den vor dem Hause in großer Zahl sich sammelnden Leuten wurde die Feuerwehr requiriert, die alsbald mit dem Strungloch erschien, jedoch nicht in Tätigkeit zu treten brauchte, da es inzwischen gelungen war, Frau S. von dem Sprung zurückzuhalten. Stundenlang hallte das Haus Tieditz, 15 von dem wüsten Geschrei des B., seiner „Freunde“ und „Freundinnen“ wider, und nur mit Mühe gelang es dem Polizeileutnant, der mit mehreren Schutzleuten erschien, vor dem Hause die Ruhe herzustellen. Die Ergebenen zogen sich bei Annäherung der Beamten schleunigst in ihre Wohnung zurück. Der schwerverletzte Tischler Leppens mußte nach der Unfallstation in der Eichendorffstraße gebracht werden, wo ihm ein Notverband angelegt wurde.

Aus dem Lagen See gelandet wurde vorgestern die Leiche des Restaurateurs Richard L. aus der Wollmerstr. 23 in Berlin. Wie aus bei dem Toten vorgefundenen Papieren hervorging, hat der Geschäftsmann aus Schwermut Selbstmord verübt, nachdem er mehrere Tage planlos in der Umgebung der Reichshauptstadt umhergeirrt war.

Vor den Augen seiner Familie Selbstmord verübt hat vorgestern der 47 Jahre alte Restaurateur A. aus der Zingendorferstraße. W., dessen Geschäft in letzter Zeit sehr schlecht gegangen war, sollte, weil er die Rente nicht bezahlen konnte, gestern ausziehen. Vorgestern ging der Restaurateur, der sich seine drückende Lage sehr zu Herzen nahm, mit seiner Frau und seinen fünf Kindern spazieren, um, wie er sagte, einmal auf andere Gedanken zu kommen. An der Volkswaldbrücke rief sich W. von seiner sechsjährigen Tochter, die er an der Hand führte, plötzlich los und stürzte sich kopfüber in die Spree. Frau A. brach angesichts dieses Voralles beinungslos zusammen. Auf das Geschrei der Kinder eilte sofort Schiffer und Strahnpassanten herbei, die Rettungsversuche unternahm. Leider blieben diese erfolglos. Der Restaurateur ertrank vor den Augen seiner Kinder. Die Leiche konnte bisher nicht geborgen werden. Frau A. liegt schwer krank danieder.

Gesperet ist bis auf weiteres die Straße Am Friedrichshain von der Friedenstraße bis zur Bölowstraße (einschließlich Kreuzbaum) behufs Umpflasterung vom 19. d. ab.

Der Besucher des Berliner Aquarium sieht in einem neu-befestigten Seewasserbekken des oberen Grottenanges eine Gesellschaft aus der Adria stammender Fische, die sofort durch ihr eigenartiges Schuppenkleid auffallen. Dieses besteht aus eigentümlich lamellenförmigen Schuppen und zeigt als Grundfarbe ein schönes gold- und silberglänzendes Violett und Rotbraun, auf dem sich bei jungen Tieren acht silberne Längsbänder abheben, während am Grunde der Brustflosse ein schwarzer Zeichnungsfleck erscheint. Der mit Recht seinen Namen führende „Burrpuffisch“ bildet mit einer Anzahl anderer Gattungen und Arten die fast ganz tropische Familie der unechten Schuppenfische, die in Farbenpracht und Lebens-



holland., per Schock 0,00. Koffohl holland., per Schock 0,00. Weizföhl, dtm. per 100 Pfd. 0,00. Weizenföhl per 100 Pfd. 0,00. Sprutöl per 100 Pfd. 0,00. Weizenbarbier 100 Bund 0,60-3,50. Bergdorfer per 100 Bund 0,00. Weizen per 100 Pfd. 0,00. Sandmehls per 100 Pfd. 0,00. Walzmehls per 100 Pfd. 0,30-0,45. Radieschen per Schock 0,50-1,00. Salat per Schock 0,60-1,75. Spargel in 100 Pfd. 20-28, do. in 12-15, do. in 2-8, do. unsort.

0,00, do. Seeliger in 26-35, do. Seeliger in 12-20, do. Seeliger in 5-10. Stachelbeeren, grün, per 100 Pfd. 8-12, kofl. 8-10. Erdbeeren, franz. 50 Kg. 20-100, dito Holländer Korb 0,25-0,90, dito 50 Kg. 40-50, do. Dresdener, Kanne 0,30-0,75, do. hiesige 50 Kg. 25-05, do. Seeliger, 50 Kg. 30-60, do. Verberische, 50 Kg. 30-50, Tangerenländer 30-40, Walb, hiesige 70-80. Stiefchen, franz. in Kisten von je 1 Kg. Rüte 10-30, do. ital., 50 Kg. 22-25, do. Gubener,

50 Kg. 15-20, do. Stiel, 50 Kg. 8-25, do. Seibelberger, 50 Kg. 10-35, do. Verberische 50 Kg. 20-30. Zitronen, Messina, 300 Stück 9,00-12,00, 300 Stück 8,50-11,00, 200 Stück 6,00-12,00. Apfelsinen, Java, per Rüte 0,00, Ruccia 300er Rüte 0,00, do. 300er 0,00, Valencia 430er Rüte 18,00-25,00, do. 714er 22-30,00, Messina, 100er 4-7,00, 150er 5-8,00, 191er 8-13,00, 200er 7,50-12,50, 300er 0,00, 400er 0,00, 150er 0,00, 80er 0,00, 200er 0,00.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

### Theater.

**Rittwoch, den 19. Juni.**  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Kgl. Opernhaus. Margarete.  
Kgl. Schauspielhaus. Die Raben.  
Kleinert.  
Neues kgl. Opernhaus. Der Zigeunerbaron.  
Anfang 8 Uhr.  
Schiller Th. (Wallner-Theater). Die Fäulnis.  
Schiller Theater Charlottenburg. Geschloffen.  
Schiller N. (Friedrich Wilhelmstädtisches Theater) Drei Paar Schuhe.  
Deutsches. Der Jongleur.  
Kleines. Nachtsyl.  
Comische Oper. Hoffmanns Erzählungen.  
Erdien. Die lustige Witwe.  
Neues Schauspielhaus. Kapten nach Eden.  
Residenz. Haben Sie nichts zu verzeihen?  
Lustspielhaus. Die Welt ohne Männer.  
Thalia. Staatsanwalt Alexander.  
Luisen. Das Kästchen der Ehe.  
Bernhard Hofe. Der große Unbekannte.  
Koch. 4 1/2 Uhr: Die Schwärze.  
Der Gehülte des Teufels. Die Ballettschule.  
Metropol. Der Teufel lacht dazu.  
Wintergarten. La Tortajada.  
Spezialitäten.  
Walhalla. Der lustige Witwe. Spezialitäten.  
Follies Caprice. Gaiety. - Paris.  
Waldsee. Spezialitäten.  
Reichshallen. Stettiner Sänger.  
Urania. Taubentrafik 18/19.  
Die Gletscher der Hochgebirge und die Eiszeit unserer Heimat.

## Urania.

Wissenschaftliches Theater.  
Abends 8 Uhr:  
**Die Gletscher der Hochgebirge und die Eiszeit unserer Heimat.**

## ZOOLOGISCHER GARTEN

Heute nachmittag 5 Uhr:  
**Gastspiel**  
des Musikkorps der kais. 4. Matrosen-Regiment.  
Kais. Musikdir. F. Stolle.  
Eintritt 1 Mk., von abends 6 Uhr ab 50 Pf., Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

## WINTER GARTEN

## La Tortajada.

## Neues Programm.

## Apollo Theater

8 Uhr: Die bedeutenden Spezialitäten mit Jean Clements.  
Judas-Parodie Bartram u. Belleid.  
Abends 9 1/2 Uhr:

## Hartstein

mit seiner Variete:  
**Der lustige Witwe.**  
1. Bild: Das letzte Mal.  
2. Bild: Die Folgen davon.

## BERNHARD ROSE THEATER

Gr. Frankfurterstr. 132.  
Täglich:  
Anfang 4 1/2 Uhr.  
Im Garten:  
Das glänzende Juni-Programm.  
Paul Corradini. - The Laundry.  
Sperich 50 Pf. - Entree 30 Pf.  
Abends 8 1/2 Uhr im Theater:  
**Der große Unbekannte.**  
Sommerpreise.

## Walhalla Variete-Garten

Weinbergsweg 19/20, Köpenick, Tor.  
Spezialitäten-Vorstellung.  
**Promenaden-Konzert.**  
Anf. 8 Uhr 5; Vorstellung 7 Uhr.  
Bei ungünstigem Wetter  
Vorstellung im Theater 8 Uhr.  
Keine Sommerpreise.

## Belle-Alliance-Garten

Herlichster Sommergarten Berlins.  
**Weltberühmte Illumination.**  
Vollständig neue Anlagen.  
Täglich:  
**Elite-Variete-Vorstellung**  
Anf. wochentags 6, Sonntag 4 Uhr.

## Reichshallen-Theater.

Stettiner Sänger.  
Anfang wochentags 8 1/2 Uhr.  
Sonntag 7 Uhr.  
Reichshallen-Garten und Restaurant.  
**Militär-Konzert.**

## W. Noacks Theater.

Direktion: Rob. Dill. Baumstr. 16.  
Vollständig neues Programm!  
9 1/2 Uhr:  
**Berlin, wie es laut und kracht!**  
Lebensbild mit Gesang von Uta.  
Vor. 7 Uhr. Kaffeezeit u. 3 Uhr ab.  
Bei schlechtem Wetter: Vorst. im Saal.

## Brunnen-Theater

Sadstr. 58. Direkt.: Bornh. Ross.  
10 neue Attraktionen.  
Die weltberühmte Teufelpantomime  
**Eine unruhige Nacht**  
der Pholtes Gullano Compagnie.  
Zum ersten Male:  
**Carmen.**  
Kassations- u. Volksstück mit Gesang und Ballett in 5 Akten.  
Kassationsvorstellung 8 Uhr. Anf. 5 Uhr.  
Ballettvorstellung von 10-1 Uhr an der Theaterkasse.

## Schiller-Theater O.

(Wallner-Theater)  
Mietzsch-Oper.  
Rittwoch, abends 8 Uhr:  
**Die Zauberkiste.**  
Große Oper von W. A. Mozart.  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
Martha oder: Der Markt zu Richmond.  
Freitag, abends 8 Uhr:  
**Carmen.**

## Max Kliems Sommer-Theater

Hafenheide 13/15.  
Wirtschaftliche Leitung: Paul Milbitz.  
Täglich: Gr. Konzert, Theater u. Spezialitäten-Vorstellung.  
Jeden Montag: Sommerfest.  
Jeden Rittwoch:  
**Die beliebtesten Kinderstücke.**  
Jeden Donnerstag: Elite-Tag.  
Die Kaffeezeit ist täglich von 2 Uhr ab geöffnet.

## Fröbels Allerlei-Theater

(früher Pahlmann)  
Schönhäuser Allee 148 und  
Kahlsdamm-Allee 97/99.  
Kleines Volks-Theater Berlins.  
Heute Rittwoch:  
**Großer Elitetag** d. vollständig neuen erstklassigen Niesen-Juni-Spielplans.  
Karl Braun als Oberst  
Holmes  
und die übrigen 15 Kunststücke.  
Neu!  
Um 7/8 Uhr: **Großstadtüber.**  
Anfang 4 1/2 Uhr. Eintritt 30 Pf.

## Sanssouci

Kottbusser Straße 6.  
Direktion Wilhelm Reinert.  
Der Garten ist geöffnet.  
Sonnt., Mont., Donnerst.:  
**Hoffmanns Wärd. Sänger**  
u. **Tänzerinnen.**  
(Wagner-Programme: Entenbühnen, Quart., Coupl. etc.)  
Sonnt. Beg. 5, wochent. 8 1/2.  
Für nächste Saison sind  
jamt. Sonnab. bereits  
besetzt. Noch einige Rittwoch-  
Abende sind frei.

## Volksgarten-Theater.

Bad-Beckstr. - Bahnhof Gesundbrunnen - Bollermannstr.  
**Das Bild der Mutter**  
oder **Berliner Zimmerleute.**  
Volksstück mit Gesang in 3 Akten.  
Hierz.  
Das neue  
**Riesen-Spezialitäten-Programm.**  
Volksbelustigungen. X Großer Ball.

## Neue Welt

Hafenheide 108-114.  
Jeden Rittwoch:  
**Gr. Kindertrenden-Fest.**  
Puppen-Theater. - Bonbonregen.  
Kinematograph. Rinderfährte.  
Größtverlebung:  
I. Preise: 1 Silberne Tamenuhr.  
1 Silberne Herrenuhr.  
**Großes Doppel-Konzert**  
u. **Spezialitäten-Vorstellung.**  
Anfang 4 Uhr. Entree 15 Pf.  
Entree zum Konzertgarten 10 Pf.  
Morgen Donnerstag:  
**Großes Brillant-Feuwerk.**  
Braten von 3 ganzen Schweinen  
auf dem Stiefenapparat.  
Vorstellungen 75 Pf. Vorstellungen 75 Pf.

## Schweizergarten

Am Königstor. Am Friedrichshain.  
Stroßenbahn 1, 2, 4, 17, 59, 62, 63 u. 74.  
Täglich:  
**Theater-Vorstellung.**  
**Neue Spezialitäten.**  
**Kinematograph und Ball.**  
Freier Damontanz.  
Anfang 5 Uhr. Entree 30 Pf.

## Diez' Spezialitäten-Theater.

Landsberger Allee 76-79.  
Direkt. a. d. Ringbahnstation. Bequemste Fahrgelegenheit n. allen Stadttrich.  
**Ob schön! Täglich: Ob Regen!**  
Am herrlichen Garten oder großen Saal:  
**Die größte Sensation der Gegenwart:**  
**3 Röhre's Todesfahrt im drehbaren Globus.**  
Hans Röhr, der einzige Fahrer der Welt, welcher die endlose Schleiße, nur 3 Meter Durchmesser, vertikal durchfährt. - Carlos Brothers, phänomenale akrobatische Kunstisten. - Tho 5 Astleya, die fideles Farmer, brill. Musikant. - Max. Fredo mit seinem Lieber-Situs: Bonno, Hel, Schwein und Hund. Dazu das neue und beste Programm Berlins.  
Anf. 8 Uhr. Kaffeezeit. Volksbelustigungen aller Art. Entree 30 Pf.

## Schiller-Theater N.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater.  
Abends 8 Uhr: **Drei Paar Schuhe.**  
Sommerpreise.

## Deutsche Armee-, Marine- u. Kolonial-Ausstellung

**DAMUKA**  
**Am Wanneseebahnhof Friedenau**  
Eintritt 1 M., von 7 1/2 Uhr ab 50 Pf., Militär u. Kinder 25 Pf.  
**Geöffnet:**  
Ausstellungshallen bis 8 Uhr.  
Ausstellungsgelände bis 12 Uhr.  
Täglich: Große Konzerte.  
Ausstellungsgelände a 1 M. berechtigten zum Eintritt.

## Gustav Behrens-Theater.

Berlin W.,  
Goitzstraße 8.  
Das neue  
exquisite  
**Juni-Programm.**  
Schlager auf  
Schlager!  
Neu! Die Jungfrau v. Orleans.  
Komödie.  
**Greifenerberger proloungiert.**  
Neu! Emmeline u. Erich Hochberg,  
Opernduetts sowie die übrigen erst-  
klassigen Spezialitäten.  
Anfang 8 Uhr, Sonntag 6 1/2 Uhr,  
Sommerpreise.

## Gstbahn-Park

Am Küstrinerplatz, Ruderaderstr. 71  
**Hermann Imbs.**  
Täglich:  
**Großes Konzert,**  
**Theater- und Spezialitäten-**  
**Vorstellung.**

## Otto Pritzkow

Hänstraße 10.  
**Welt-Ausstellungs-**  
**Biograph (St. Louis)**  
Theater lebender  
Photographien.  
Täglich Eingang von  
Neuheiten.  
Den ganzen Tag Vorstellung.

## Nur noch bis Ende Juni geöffnet!

**Volksmuseum**  
Friedrichstr. 112.  
Nähe Cranienburger Tor.  
Anatomie! Pathologie!  
Samariterlehre! Mechanische  
Kolossalgruppen! Völkergalerie  
Täglich wechselnde Lichtbilder-  
vorträge über Visitenkarte des  
Verbrechers! Vorausbestim-  
mung des Geschlechts! Herma-  
phroditismus Volks-Krank-  
heiten etc.  
Eintritt 30 u. 50 Pf., Militär 20 Pf.,  
Kinder 10 Pf. 10415\*

## Gras-Kuhhütter

lieft frisch  
garantiert natur-  
rein, 10 Pfd.,  
Kofl. 7 Mk., 6 Pfd., Kofl. 4 Mk. (281/16  
Toni Andermann,  
Sünderg. R. 6. via Breslau.

## Haben Sie Stoff?

Ich fertige davon Anzug od. Paletot  
nach Mass, schnell, stark, zutreu,  
von 20 Mark an. Moritz Laband,  
Gronenburger Strasse 4, 1.

## Frucht-Essenzen

hoch-  
aroma-  
tisch  
für Händler zu Speise-Eis, sowie  
zugehörige Substanzen billigst bei  
**Otto Reichel, Eisenbahnstr. 4,**  
und in den Drogerien, die Original-  
Reichel-Essenzen führen.

## Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.  
Bureau: Engel-Wer 19. Telefon: Amt IV, Nr. 10 623.

## Bautischler.

Bezirksversammlungen am Rittwoch, den 19. Juni, abends 6 1/2 Uhr:  
**Bezirk I** im Hofsäger, Hasenheide 52.  
**Bezirk II** bei Litza, Memelerstr. 67.  
Donnerstag, den 20. Juni, abends 6 1/2 Uhr:  
**Bezirk III** bei Obligo, Schwedterstr. 23/24.  
Tagesordnung in allen Versammlungen:  
1. Was hat und die Aufbesserung gereicht und unsere weitere  
Taktik. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.  
**Die Branchenkommission.**

## Bezirksversammlung

**Rosenthaler u. Schönhauser Vorstadt** bei Obligo,  
Schwedterstr. 23/24,  
findet am Donnerstag mit den Bautischlern zusammen statt.  
88/14 J. K.: Merrettig.

## Verband der Wäsche- und Krawattenarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Filiale Berlin  
Am Donnerstag, den 20. Juni cr., abends pünktlich 7 1/8 Uhr,  
im Alten Schützenhause, Eintrichstr. 5:  
**Mitglieder-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Die bevorstehende Vereinigung mit dem Schneiderverband.  
2. Diskussion.  
3. a) Vierteljahresbericht des Kassierers. b) Abrechnung vom Rakten-  
ball. c) Abrechnung von der Urania-Vorstellung.  
4. Wahl eines Beisetzers zu der Ortsverwaltung.  
5. Beschlußes.  
Kollegen und Kolleginnen! Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes, be-  
sonders auch Pflicht der Delegierten, in dieser wichtigen Versammlung  
zu erscheinen. - Neue Mitglieder werden aufgenommen.

## Großes Sommerfest

Am Königstor im Schweizergarten Am Königstor.  
 Konzert  Theater  Spezialitäten-Vorstellung.   
**Kinder-Fackelpolonaise.**  
**Großer Fest-Ball.**  
Die Kaffeeküche ist von 3 Uhr an geöffnet.  
Anfang der Vorstellung 6 Uhr.  
Eintritt 30 Pf. - Kinder frei. - Programm 10 Pf.  
Garten, welche am Tanz teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.  
Die Ortsverwaltung.  
252/18 Neue Königsstr. 7, Tel. VII, 6781. J. K.: W. Esau.

## Restaurant „Hungrierer Wolf“ Strausberg II.

Herlich an Wald und Wasser gelegen. - Tanzsaal, Regeltbahn,  
Kaffeezeit.  
Es ladet die geübten Auszügler, Vereine und Radfahrer ergebenst ein  
Paul Carow.

## Schwarzer Adler

Friedrichsberg,  
Fersprechtr. Nr. 8.  
Heute Mittwoch:  
**Große Soiree**  
mit  
**Willy Walde-Sänger.**  
Nach der Vorstellung: Familien-Kränzen.  
Jeden Sonntag: Künstler-Konzert und Spezialitäten.

## Gesellschaftshaus

Zwinnmündertstr. 42  
Apparate 3.-, 5.-, 7,50 Mark, mit  
wegen Todesfall sofort zu verkaufen. Sanitätsrat C. Becker, Littenauerstr. 6.

## Phänomenen-

Nach  
Egyptischer Art  
hergestellt.  
Zigaretten  
mit Kopf  
3, 4 u. 5 Pf.  
das Stück.  
Zigarettenfabrik „NAMKORI“.

# Charlottenburg.

Sonntag, den 23. Juni, in den Gesamträumen des Volkshauses, Rosinenstr. 3:

## Sommerfest des Wahlvereins.

Zur Aufführung gelangen:

Humoristische u. Gesangsvorträge, turnerische Aufführungen usw.

Ferner: **Großes Preiskegeln und Preisschießen.**

Entree 25 Pf. — Herren, die am Tanz teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach. — Entree 25 Pf.

Die Kaffeeküche steht den geehrten Damen von 3 Uhr an zur Verfügung. Das Komitee.

## Deutscher Metallarbeiter-Verband

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau: Hof L. Amt 3, 1239. Charitstraße 3. Hof III. Amt 3, 1987.

**Mittwoch, den 19. Juni, abends 8 Uhr:**

## Allgemeine Versammlung

### Rohrleger und Helfer

Berlins und Umgegend

in Frankes Festfälen, Sebastianstr. 39.

Tages-Ordnung:

1. Die Tarifbewegung der Hamburger Kollegen.

Referent: Kollege Franz aus Hamburg.

2. Diskussion.

Zahlreicher Besuch wird erwartet.

**Donnerstag, 20. Juni, abends 8 1/2 Uhr:**

## Branchen-Versammlung

### Elektromonteur u. Hilfsmonteur

Berlins und Umgegend

in Frankes Festfälen, Sebastianstr. 39.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen Dr. Bruno Vorchardt über: Die Sozialdemokratie und das Genossenschaftswesen.

2. Diskussion.

3. Verbandsangelegenheiten.

Die Kollegen der Vorort-Elektrizitäts-Gesellschaft Steglitz, Allgemeine, Refner u. Vötkel, sind ganz besonders zu dieser Versammlung geladen.

**Donnerstag, 20. Juni, abends 8 1/2 Uhr:**

## Versammlung

aller in den

mechanischen Betrieben Berlins und Umgegend beschäftigten Kolleginnen und Kollegen

in den

Musiker-Festfälen, Kaiser Wilhelmstraße 18m.

Tages-Ordnung:

1. Bericht von der Münchener Generalversammlung. Referenten: Kollegen Max Guttsche und Albert Dräger.

2. Diskussion.

3. Bericht der Agitationskommission.

4. Neuwahl des Branchenvertreters und der Agitationskommission.

Kolleginnen und Kollegen! Um sich über die Neuerungen unseres Verbandes zu informieren, ist es Pflicht der Mitglieder, in der Versammlung vollzählig zu erscheinen.

Es wird daher zahlreicher Besuch erwartet.

Neue Zahlstellen sind errichtet bei:

**Richard Wegner, Halensee, Johann Georgstraße 13.**

**Richard Käsler, Reinickendorf, Ropenhagenerstraße 13.**

**Paul Wilk, Charlottenburg, Tauroggenerstraße 44.**

Die Ortsverwaltung.

## Teilzahlung

monatlich 10 M. Heizer Herrmann-Barthold nach Mah (billigste Preise). J. Tomporowski, Lindenstr. 110, 2. Etage. Nähe Veltmanplatz. Klasse 10%, billiger.

## Steppdecken

billigt direkt in der Fabrik 72. Wallstr. 72. wo auch alle Steppdecken aufgearbeitet werden. Bernhard Zirhmandel, Berlin S 14. Illust. Katalog gratis.

Unsere General-Versammlung findet am Donnerstag, 27. Juni 1907, 8 Uhr, im „Rheinisch-Lothring“, Friedenau, Rheinstr. 60, statt. 128/1 Konsumverein Friedenau u. Umgegend. Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung. Der Aufsichtsrat: J. H. Langmuß.

Englischen Unterricht, einzeln und im Büchel, erteilt 36372 Gertrud Swienty, Schöneberg, Sedanstraße 57, III.

## Dr. Simmel

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. Prinzenstr. 41, Moritzplatz, 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Wichtig für Bruchleidende. Meine Bruchbänder mit u. ohne Feder, sowie meine Leibbinden sind die bestzweckendsten u. verursachen keine Beschwerden. Außer empfohlen mein Lager von Bettunterlagen, Gummistrümpfen, Suspensoren, sowie sämtl. Ausspül-Apparate, Hygienische Schutzmittel. A. REICHE, Bandagist, Lieferant sämtl. Krankenkassen etc. Berlin C., Seydelstr. 15. Tel. I, 3256.

## Arbeiter-Rancher-Bund

Berlins und Umgegend. Hierdurch die traurige Nachricht, daß das Bundesmitglied Ulrich Friedrich aus dem Klub „Feste Brüder“ verstorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 19. d. Mts., nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Reichen Rixdorfer Kirchhofes am Mariendorfer Weg aus statt. Der Vorstand.

Für die Teilnahme bei der Beerdigung unseres lieben Sohnes und Bruders sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten, insbesondere dem Deutschen Metallarbeiterverband unseren innigsten Dank. 13425 Die tiefbetrübte Mutter Wilhelmine Erdmann nebst Kindern.

Dankfagung. Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, des Schlossers Wilhelm Kossert allen Freunden und Verwandten sowie dem Gesangsverein und den Kollegen meines Sohnes Wilhelm unseren besten Dank. 13465 Die trauernden Hinterbliebenen.

Allen Verwandten und Bekannten die tieftraurige Nachricht, daß meine innigstgeliebte Frau Louise Pagel geb. Münchow, am 17. Juni nach langjährigem Leiden und achtmonatiger schwerer Krankheit verstorben ist. 13445 Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 20. Juni, nachmittags 4 Uhr, vom Trauerhaus Eberhardstr. 50, nach dem Johannis-Kirchhof in Wilmersdorf aus statt. Der tiefbetrübte Gatte Karl Pagel.

Todes-Anzeige. Allen Freunden und Bekannten die traurige Mitteilung, daß mein lieber Mann, unser Vater Hermann Kemnitz

am 16. Juni nach kurzem Leiden verstorben ist. Die Beerdigung findet am 20. Juni, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Weihenfer Kirchhofes aus statt. 52442 Die trauernde Witwe Anna Kemnitz nebst Töchtern.

## Sozialdemokratischer Wahlverein

Bez. Weißensee. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied Hermann Kemnitz

verstorben ist. Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 20. Juni, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Weihenfer Kirchhofes in der Köpckestraße aus statt. 18/2 Um recht rege Beteiligung ersucht Der Vorstand.

## Turnverein „Fichte“

Am 17. Juni verstarb unser langjähriges Mitglied der seitenden Männer-Abteilung Julius Bodinus im Alter von 63 Jahren. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Donnerstag, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes in Rixdorf aus statt. Um zahlreiche Beteiligung bittet Der Vorstand.

## Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin. Todes-Anzeige. Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schleifer Paul Schenberg gestorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet heute, Mittwoch, den 19. Juni, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Rixdorfer Kirchhofes in Rixdorf, Rudowerstraße aus statt. Rege Beteiligung erwartet 120/13 Die Ortsverwaltung.

## Verband der Lederarbeiter Berlins

(Filiale I). Todes-Anzeige. Am Sonntag, den 16. d. Mts., verstarb unser langjähriges und treues Mitglied, der Weihenberger Paul Kühne im 39. Lebensjahre an Nierenentzündung. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet Mittwoch, den 19. Juni, nachmittags 6 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Pauls-Kirchhofes in Wilmersdorf aus statt. Zahlreiche Beteiligung erwartet 292/3 Der Vorstand.

## Zentral-Verband der Töpfer Deutschlands.

Filiale Berlin. Todes-Anzeige. Den Kollegen zur Nachricht, daß am Montag, den 17. Juni, der Kollege Emil Sebastian (Bezirk Gesundbrunnen) im Alter von 50 Jahren an Herzschwäche verstorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 20. Juni, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Pauls-Kirchhofes, Zeebrücke am Halensee, aus statt. Um rege Beteiligung ersucht 200/3 Der Vorstand.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines unvergesslichen Mannes, unseres guter Vaters, des Gärtners Paul Reinfarth (Ewinemänder-Gesellschaftshaus) sagen wir allen Freunden, Nachbarn sowie dem Wahlverein unseren herzlichsten Dank. Witwe Reinfarth und Söhne.

## Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin. Mittwoch, den 19. Juni, abends 8 1/2 Uhr, in der Brauerei Friedrichshain, Am Friedrichshain 16-23: Außerordentliche General-Versammlung aller zum Zweigverein Berlin gehörigen Zahlstellen und Bezirke der Maurer. Tages-Ordnung: Bericht über den Stand unserer Lohnbewegung. 140/12\* Mitgliedsbuch legitimiert. Ohne dasselbe kein Zutritt. Die Verbandsleitung. Rixdorf. Die Versammlung findet nicht Mittwoch, sondern Freitag, den 21. Juni, bei Thiel, Bergstr. 151/152, abends 6 1/2 Uhr, statt.

## Nachtrag zur Liste der boykottfreien Bäckereien.

|  |  |   |
|--|--|---|
| Brandenburgstr. 21, Feder, Dallborferstraße, Markthalle Stand 175/176, Hähnch.   | Schulstr. 67, Kurzmann, Stargarderstr. 69/70, Funk, Wiesenstr. 28, Seeger. | Ober-Schneeweide, Rathenaustraße, Petereit.                             |
| Grasmoosstr. 2, Müller, Hofmannstr. 6, Müller, Grünauerstr. 26, Barak, Hansburgstr. 29, Edder, Läderstr. 60, Klüping, Walmderstr. 6, Hirschfeld. | Brix, Jahnstr. 41, Lutz.   | Rixdorf, Neue Donaustr. 52/53, Kuntel.                                  |
|  | Lichtenberg, Scharnweberstr. 8, Schubert.                                  | Tempelhof, Borussiastr. 8a, Schulze (nicht Zerbahn, Steglitzerstr. 79). |

Buttel, Reinickendorf-W., Antonienstr. 42, Jigen, Milchhändler, Soldinerstr. 5 und Freienwalderstr. 24, Frieße, Milchhändler, Jasmunderstr. 20, und Gein, Pappel-Allee 53, beziehen aus unbewilligten Bäckereien.

Die Bewilligung zurückgezogen haben: S. Eder, Anklamstr. 57. Dreßler, Pappel-Allee 85. Scheunemann, Strelitzerstr. 31. Legler, Varninstr. 5. Legler, Weinstr. 27. Schön, Mühlenstr. 51. Otto Würbe, Rostigstr. 49. J. Göstwein, Allensteinerstr. 9. F. Dähne, Stralauer Allee 23. Hanke, Fennstr. 51. E. Barth, Drontheimerstr. 13. Frb. Susat, Rixdorf, Falkstr. 21. F. Lorenz, Steinmehlst. 131. Zahl, Hochstädterstr. 23. Menfing, Diesenthalerstr. 2.

Gesperri sind ferner die Brotfabrik Wittler, Müllerstr. 33/34, und die Großbäckerei Blotner.

Die verehrliche Bevölkerung von Berlin und Umgegend ersuchen wir, genau auf die roten Karten zu achten, die alten Plakate sind ungültig.

Die Lohnkommission. Verbandsbureau: Auguststr. 36, Tel. Amt III. 1243.

Nur Cacao kommt in Betracht

wenn Sie für Ihre Familie ein nährreiches, wohlschmeckendes und ergiebiges Frühstücks-Getränk gebrauchen. Cacao ist ein Cacaopräparat reich an Blut und Knochen bildenden Nährsalzen. Ein Teelöffel genügt für eine Tasse. 1/4 Pfund-Paket 50 Pfg. ::::::::::::::: 1/2 Pfund-Paket 1 Mk.